

# Vormärz

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis: 3.50 RM. monatlich 1.10 RM. vierteljährlich 3.50 RM. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummern mit Mehrzweck-Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnements: 1.10 RM. pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Anzeigeband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Inserions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenbreite oder deren Raum 60 Pf. für politische und gesellschaftliche Berichte und Berichtigungs-Berichte 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das heißt gedruckte Wort 10 Pf. (unabhängig 2-zeilige gedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Wittwoch, den 13. November 1912.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## An die sozialistischen Parteien und Arbeitervereinigungen! An die Arbeitergenossenschafts- und Gewerkschaftsorganisationen!

In Anbetracht der Gefahren des gegenwärtigen Augenblicks und um mit einer allgemeinen Bewegung die Kundgebung unserer österreichischen Genossen, die am 10. November stattfand, gegen die Ausdehnung des balkanischen Konflikts zu unterstützen, hat das Internationale Sozialistische Bureau beschlossen, am 17. November in allen Großstädten Europas internationale Meetings zu organisieren. Es beschloß dabei die Abhaltung des Internationalen Kongresses, der 1913 in Wien hätte stattfinden sollen, zu beschleunigen und vor dem 1. Januar 1913 einen außerordentlichen Kongress einzuberufen. Unter diesen Umständen wurde der Wiener Kongress für 1914 vertagt, und das Exekutivkomitee hat das ihm von den sozialistischen Organisationen Europas gemachte Anerbieten, den außerordentlichen Kongress 1912 in dieser Stadt abzuhalten, dankend angenommen.

Dieser Kongress wird am 24., 25. und eventuell 26. November stattfinden, und zwar in der Burgvogelthalle. Gemäß den vom Londoner (1896) und Pariser (1900) Kongressen angenommenen, von späteren Kongressen bestätigten Beschlüssen ladet hiermit das Internationale Bureau zur Teilnahme an diesem Kongress ein:

1. Alle Vereinigungen, die den wesentlichen Grundzügen dem Sozialismus zustimmen: Sozialisierung der Produktions- und Austauschmittel, internationale Vereinigung und Aktion der Arbeiterklasse, Eroberung der öffentlichen Gewalt durch das in einer Massenpartei organisierte Proletariat.
2. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, also die Notwendigkeit der politischen, das heißt legislativen und parlamentarischen Aktion anerkennen, sich jedoch nicht in direkter Weise an der politischen Bewegung betätigen.

In seiner letzten Sitzung vom 28./29. Oktober 1912 hat das Bureau die Tagesordnung für den Kongress festgesetzt und als einzigen Punkt derselben aufgestellt:

### Die internationale Lage und die Vereinbarung für eine Aktion gegen den Krieg.

Um eine gedeihliche Kongressarbeit zu ermöglichen, bittet Sie das Exekutivkomitee, die Texte aller die vorstehende Tagesordnung betreffenden Resolutionen bis spätestens zum 20. November an das Internationale Sekretariat in Brüssel, Volkshaus, einzusenden.

Die Resolutionen werden einer Spezialkommission überwiesen werden, die sich aus je einem Delegierten der folgenden Länder zusammensetzt: Deutschland, England, Frankreich, Rußland und Oesterreich. Die Kommission wird dem Kongress Bericht erstatten und ein endgültiges Projekt vorlegen.

In der Hoffnung, daß der Baseler Kongress einen der wachsenden Macht der sozialistischen Internationale entsprechenden Verlauf nehmen möge, senden wir Ihnen, Genossen, unsere brüderlichen Grüße.

### Das Exekutivkomitee des Internationalen Sozialistischen Bureaus:

Edouard Anseele, Léon Burnemont, Emile Vandervelde, Camille Huysmans, Sekretär.

## Die Friedenskundgebung Berlins.

Am 17. November werden in Berlin sechs Versammlungen stattfinden, in denen gegen das friedengefährdende Treiben der europäischen Regierungen, gegen alle egoistischen Einmischungsversuche der Mächte in die Balkanangelegenheiten Stellung genommen werden soll. Wir haben die Freude, der Berliner Arbeiterschaft mitteilen zu können, daß an ihrer Friedenskundgebung die Genossen Jaurès, Paris, Macdonald-London und Bernersdorfer-Wien teilnehmen werden. Wir erwarten, daß die arbeitenden Massen unserer Stadt diese Versammlungen zu einer impotanten Befundung ihres entschlossenen Friedenswillens gestalten werden.

## Bischöflich geduldete und kontrollierte Gewerkschaften.

Die antigewerkschaftliche Enzyklika des Papstes stößt in der Zentrumspresse auf verlegenes Schweigen. Die kirchlichen Blätter haben zwar meist die bischöfliche deutsche Uebersetzung des päpstlichen Urteils über die christlichen Gewerkschaftsorganisationen im vollen Wortlaut mitgeteilt, aber eine offene Kritik des Inhalts der Enzyklika oder auch nur einen schwachen Protest gegen die Einmischung des Papstes (das heißt der römischen Kurie) in die gewerkschaftlichen Organisationsfragen der deutschen Arbeiter hat bisher, soweit uns bekannt geworden ist, kein einziges kirchliches Blatt gewagt. Und noch viel weniger hat sich unter den Hunderten von Zentrumsblättern, die so oft mit verlogener Rabulistik die alberne Mär von der absoluten Interkonfessionalität des Zentrums und der christlichen Gewerkschaften verkündeten, auch nur ein einziges gefunden, das den Nachspruch des Papstes energisch zurückweist und die christlichen Gewerkschaften auffordert, unbekümmert um den päpstlichen Mias ihre eigenen Wege zu gehen. Selbst die kirchlichen Blätter, die einen halb-gewerkschaftlichen Charakter haben, hüllen sich in untertäniges Schweigen. Der ganze verlogene Spul, der sich im Juni dieses Jahres nach den bekannten beiden Telegrammen des päpstlichen Kardinal-Staatssekretärs Merry del Val in den ultramontanen Organen der sogenannten Kölner Richtung breit machte, ist plötzlich total hinweggefegt. Niemand getraut sich mehr, wie noch im Juni der Befehlshaber des badischen Zentrums, der Geistliche Rat Th. Wader, offen zu erklären, daß sich in keinem Fall das Zentrum und seine Organisationen der kirchlichen Autorität unterstellen dürften. Hundebemüht, wie ein mit Fuchstritten bedachter Köter, steckt die ganze ultramontane Presse kölnischer Richtung die päpstliche Verurteilung der christlichen Gewerkschaften ein; und das Hauptblatt dieser Gruppe, die ehrsame „Köln. Volksztg.“, weiß nichts Besseres zu tun, als sich einen saden gemeinplätzlichen theologisch-kirchenrechtlichen Kommentar zu dem päpstlichen Todesurteil schreiben zu lassen, in dem lang und breit auseinander-gesetzt wird, daß der Papst nicht „ein rücksichtsloses Durchführen regionaler Scheidung“ bezüglich der rein-katholischen Arbeitervereine und der christlichen Gewerkschaften fordert, daß der Ausdruck „Interkonfessionalismus“ sich nicht völlig mit dem Ausdruck „interkonfessionelle christliche Religion“ deckt, und daß ein Bischof zwar in seiner Diözese die christlichen Gewerkschaften verbieten kann, deshalb aber noch nicht in jedem Fall die „Pflicht“ hat, sie zu verbieten usw.

Um den ganzen Unterschied zwischen damals und heute zu begreifen, braucht man nur die freie Haltung, die im Juni dieses Jahres die „kölnisch“ insigerte Zentrumspresse gegenüber den Telegrammen des päpstlichen Staatssekretärs annahm, mit der feigen, hündischen Gefügigkeit zu vergleichen, mit der heute dieselbe Presse den päpstlichen Entscheidungs-spruch hinnimmt. Damals rief der in der Depesche Merry del Val enthaltene Satz: „Er (der Heilige Vater) ermahnt sie (die christlichen Gewerkschaften) dringend, nicht nur im Privatleben, sondern auch in der öffentlichen und sozialen Tätigkeit den Lehren und Weisungen des Heiligen Stuhles aus treuester Zu folgen, besonders jenen, welche in der Enzyklika Rerum novarum niedergelegt sind!“ in der auf Arbeiterleser berechneten katholischen Presse ein wildes Gelärm hervor. Der Papst, so erklärt man mehr oder weniger deutlich, hätte sich nur darum zu kümmern, ob die Lehren und Morallehren der Kirche befolgt würden; die politischen und wirtschaftlichen Angelegenheiten gingen ihn gar nichts an. Sogar die „Apologetische Korrespondenz“ des katholischen Volksvereins erklärte feierlichst in ihrer Nr. 24 (vom 15. Juni):

„Wir Katholiken müssen uns darüber klar sein, daß die päpstliche Unfehlbarkeit und Lehrgewalt mit dem Vorgehen in der Gewerkschaftsfrage nichts, aber auch gar nichts zu tun hat. Der Papst ist nicht unfehlbar in seinen privaten, persönlichen Ansichten. Gewiß ist der Papst auch der oberste Hüter und Wächter über die Reinheit des Glaubens und der Sitte; er hat das Recht und die Pflicht, jeder Gefährdung der Glaubenseinheit und der sittlichen Grundzüge des Christentums mit allem Nachdruck entgegenzutreten bezw. jede derartige Gefährdung hintanzuhalten. Ob eine solche Gefährdung tatsächlich vorliegt, ist eine Frage, die aus den vorliegenden Tatsachen selbst beurteilt werden muß. In der Beurteilung dieser Tatsachen aber ist der Papst ein Mensch und auf menschliche Aussagen und Zeugnisse angewiesen. Sind diese menschlichen Aussagen und Zeugnisse falsch, so kann sich darauf ein verhängnisvolles Fehlurteil aufbauen. ...“

Es ist selbstverständlich keineswegs eine Verletzung der dem Papste gezollten Ehrfurcht und Unterwerfung, wenn man einen solchen Urteilspruch als einen Fehlpruch betrachtet, weil er eben auf falschen, fehlerhaften Voraussetzungen beruht. Wir sehen an Stelle einer kindlich naiven Ehrfurcht gegen den Papst jene männlichstarke, gerade, wahrhaftige Ehrfurcht, welche auch in schwierigen Lagen in ihrer Treue nicht wankend wird, die aber auch den Versuch einer Zurechtweisung des Papstes als einen Faustschlag in das Gesicht der Kirche empfindet und auf der eigenen Wange brennen fühlt.

Und ebenso schlug die „Köln. Volksztg.“, die heute sich in stiller Befriedenheit damit begnügt, sich von „kirchenrechtlich geschulten Theologen“ einen Beschönigungskommentar schreiben zu lassen, im Juni ganz rabiate Lüne an. Das schon erwähnte Haupt des badischen Merkantilismus, Herr Wader, bewies damals in diesem Blatt mit der ihm eigenen gründlichen Kirchengelehrsamkeit, daß eine politische Partei ihre Unabhängigkeit von der kirchlichen Autorität um jeden Preis wahren müsse. Sobald sich das Zentrum darauf einlasse, von den Trägern der kirchlichen Gewalt Binde und Weisungen zu empfangen, wäre es einem unaufhaltsamen Verfall überantwortet.

Nach katholischer Kirchenauffassung eine unerschämte Annahme, die völlig dem dritten Glaubenssatz des vatikanischen Konzils vom Jahre 1870 widerspricht, nach dem der Papst nicht nur bloß in Sachen des Glaubens, und der Sitten, sondern überhaupt „höchste Jurisdiktion“ über die Gläubigen besitzt. Als die römische Kurie sich jedoch durch die kölnisch insigierten Blätter des „versuchten Westens“ nicht einschüchtern ließ, und der Papst sechs Tage später kategorisch erklärte, die kirchlichen Blätter hätten das Maul zu halten, er werde kraft seines heiligen Amtes den Streit über die Gewerkschaftsfragen entscheiden, verstummte denn auch sofort das ganze Geschwätz. Gehorjam gehorchte alles dem Befehl des Herrschers aller Gläubigen. Keines der Blätter, die noch eben in langen sophistischen Auseinandersetzungen zu beweisen verucht hatten, daß das Zentrum eine nichtkonfessionelle, politische Partei sei, die es ablehne, Verwaltungsbefehle aus Rom zu befolgen, wagte auch nur den geringsten Einspruch gegen die Annahme des Papstes, der eigenmächtig eine politische Frage vor sein Forum zog. Nur einige wenige christlich-gewerkschaftliche Stimmen vermochten sich vorerst noch nicht ganz zu beruhigen.

Jetzt sind auch diese Stimmen verstummt. Die Führer der christlichen Gewerkschaften unterstellen sich willig der bischöflichen Aufsicht und bequemen sich dazu, als bischöfliche Marionetten zu fungieren ganz, wie wir vorausgesagt haben. Das sollten auch diese in der München-Gladbacher Druckanstalt in christlicher Demut und Einfacht dressierten Herren anfangen? Sie machen mit, wenn man sie nur vorläufig duldet und auf ihren Posten läßt. Vielleicht erscheint gar noch demnächst eine Art Manifest dieser bischöflich „Geduldeten“, in welchem sie patetisch erklären, daß sie durch die päpstliche Enzyklika nicht im geringsten in der Vertretung der Interessen ihrer Gewerkschaften gehindert werden und nach wie vor als mannhafte Streiter ihre Gefolgschaft zum Siege führen werden. Besonders Herr Karl Mathias Schiffer, Zentrumsabgeordneter für Neckinghausen, versteht sich ja auf solche Phrasen.

Am der Tatsache, daß die päpstliche Enzyklika ein Todesurteil für die christlichen Gewerkschaften bedeutet, wird dadurch nichts geändert — mag vorerst auch dieses Urteil noch nicht vollstreckbar sein. In einzelnen ihrer Forderungen und Bestimmungen geht die Enzyklika sogar noch über die Bedingungen hinaus, welche die Fuldaer Bischofskonferenz vom 14. Dezember 1910 für die Tolerierung der christlichen Gewerkschaften aufgestellt hat. Die Gewerkschaften werden völlig der Laune und Gnade des Bischofs ausgeliefert! Es steht ganz in seinem Belieben, ob er den katholischen Arbeitern seiner Diözese gestatten will, einer christlichen Gewerkschaft anzugehören, oder ob er kurzweg erklären will, die rein-katholischen Arbeitervereine seiner Diözese genügen dem vorhandenen Bedürfnis, christliche Gewerkschaften wären deshalb überflüssig. Jemand eine Appellation an eine höhere Instanz gibt es gegen solche Entscheidung nicht. Selbst wenn sich aber der Bischof entschließt, in seinem Sprengel die christlichen Gewerkschaften zu „tolerieren“, kann er jederzeit ganz nach seinem Ermessen seine Erlaubnis zurückziehen, selbst wenn die Gewerkschaften völlig die in der Enzyklika gestellten Bedingungen erfüllen, also sich völlig unter die Aufsicht des Bischofs stellen und strikte den ihnen von den bischöflichen Behörden erteilten Weisungen folgen. Deutlich heißt es in der Enzyklika, daß die Duldung nur so lange gilt, als sie nicht durch „Hinzutritt neuer Umstände“ aufhört, „opportun oder gerecht“ zu sein. Ob aber solche neuen Umstände eingetreten, ob die Duldung noch opportun oder noch angebracht ist, darüber hat ausschließlich und allein der Bischof zu entscheiden. Findet er, die Duldung der christlichen Gewerkschaften sei in seinem Sprengel nicht mehr nötig, so kann er einfach den seiner Autorität unterstehenden Katholiken verbieten, noch länger Mitglieder solcher Vereine zu sein.

So schwebt über den christlichen Gewerkschaften ständig das Damoklesschwert. Der geringste Widerspruch gegen die bischöflichen Befehle, die geringste Verletzung des ihnen auferlegten Kadavergehorsams kann zu einem Verbot führen. Sie haben keinerlei Existenzberechtigung; sie sind ein Uebel, das man lediglich aus politischen Gründen unter gewissen Bedingungen duldet.

Dort aber, wo der Bischof die christlichen Gewerkschaften duldet, hat er über sie oder, genauer genommen, über ihre katholischen Mitglieder, das strengste Aufsichts- und Kontrollrecht. Nicht nur muß jedes solches Mitglied einem rein-katholischen Verein angehören und dort durch sein Wohl-



verhalten und seine Glaubenseifrigkeit beweisen, daß sein Seelenheil durch den Umgang mit evangelischen Arbeitsgenossen nicht gefährdet ist: es dürfen die christlichen Gewerkschaften auch keine Beratungen pflegen, keine Beschlüsse fassen, keine Handlungen irgend welcher Art begehen, die den Grundfäden der katholischen Lehre, der Sittendisziplin oder den Geboten der kirchlichen Obrigkeit widersprechen. Was aber nach den katholischen Grundfäden erlaubt oder nicht erlaubt ist, darüber hat wieder allein der Bischof zu befinden. Die Gewerkschaftsmitglieder haben in jedem Fall Order zu parieren. Ob also zum Beispiel das Eintreten in eine Lohnbewegung oder einen Streik gestattet ist, ob der Streik fortgesetzt werden darf oder abgebrochen werden muß, ob an die Unternehmerrchaft Lohnverhöhnungsforderungen gestellt oder sie in Zeitungsartikeln und Flugblättern scharf angegriffen werden dürfen, über alle diese Fragen hat endgültig der Bischof zu entscheiden. Verboten er solche Maßnahmen, haben die katholischen Gewerkschaftsmitglieder unbedingt zu folgen.

Das sind die schönen Segnungen, mit denen die neue Enzyklika Pius X., des vielgepriesenen „Arbeiterpapstes“, den deutschen katholischen Arbeiter beglückt. Er wird völlig ent-

mündigt und für unfähig erklärt, selbst nach eigenem Ermessen seine wirtschaftlichen Interessen wahrzunehmen. Er hat nur eine Pflicht, blindlings den Befehlen des höheren Klerus zu folgen. Die Frage ist nur, ob dieser aufgezwungene Kadavergehorsam nicht schließlich manchen katholischen Arbeiter der alleinseligmachenden Kirche entfremden, ob nicht gerade trotz aller Gegenbemühungen des Klerus die weiße Enzyklika des großen „Arbeiterpapstes“ die Ursache des Abfalls so manchen Arbeiters werden wird, in dem das Gefühl für Menschenwürde und Persönlichkeitsfreiheit noch nicht völlig erstickt ist. So wenig wir auch sonst für die Prophezie der „Deutschen Tageszeitung“ übrig haben, dürfte sie doch schließlich mit ihrer Voraussage recht behalten: „Es wird kommen, wie man es in Rom erwartet: die Bischöfe und die von ihnen geführte Geistlichkeit werden das sinkende Schiff der christlichen Gewerkschaften verlassen und mit sich zu den katholischen Fachvereinen hinüberziehen, was ihnen irgend erreichbar ist und was nicht vorzieht, ins Lager der Sozialdemokratie abzuschwenken. Die Einrichtung der christlichen Gewerkschaften jedoch wird ein sozialgeschichtlicher Begriff bleiben, ein weiterer Name auf der langen Liste der Opfer, die Rom nun schon in Deutschland gefordert hat!“

### Rumänische Ansprache.

**Budapest, 12. November.** Der frühere rumänische Ministerpräsident Carp ist heute — wie verlautet, in einer Sondermission — hier eingetroffen. Er ist der Ueberbringer eines Handschreibens König Karls an den Kaiser Franz Josef. Die Mission Carps scheint darin zu bestehen, die Ansprüche Rumäniens mit der durch die Erfolge der Bulgaren geschaffenen neuen Situation in Einklang zu bringen.

### Die Auffassung in London.

**London, 11. November.** (Sig. Ber.) Die Rede, die Herr Asquith am Sonnabend in der Guildhall über die Situation gehalten hat, hat hier ziemlich ungeteilte Zustimmung gefunden. Der englische Ministerpräsident hat drei Grundfäden aufgestellt. Er erklärte zunächst, daß die allgemeine Meinung Europas darin einig sei, daß die Sieger der Bräute ihres Sieges nicht beraubt werden dürfen. Soviel hat schon Sir Edward Grey gesagt und das ist ohne Zweifel jetzt die Auffassung aller Parteien in England. Diese Anerkennung Asquiths wurde denn auch in der Guildhall mit ganz ungewöhnlich begeisterten Beifall aufgenommen.

Zweitens erkannte Asquith ausdrücklich an, daß England kein direktes Interesse an den Einzelheiten der schließlichen Division der Balkanhalbinsel habe, daß es aber andere Mächte gebe, die eine besondere Stimme beanspruchen dürfen, wenn die Zeit zur endgültigen Regelung kommen wird. Das ist natürlich eine Anerkennung der besonderen Interessen Oesterreichs in einer mahnenden, aber durchaus laubalen Form, die den österreichischen Kriegsbehörden jeden Vorwand nehmen sollte.

Der dritte Grundfaden der englischen Regierung ist ebenfalls an die österreichische Adresse gerichtet und erklärt, daß England für den Augenblick und solange der Krieg noch andauert, die Ausrüstung und das Betreiben isolierter Fragen mißbilligen würde. Isoliert und sofort behandelt, können diese Fragen leicht zu unvermeidlichen Differenzen führen, während sie bei einer späteren und allgemeinen Behandlung sich vielleicht lenkbarer erweisen würden.

Man kann freilich nicht wissen, ob die englische Regierung bei dieser Haltung nicht irgendwelche besondere und egoistische Zwecke verfolgt, aber es kann nicht zweifelhaft sein, daß sie für den Augenblick den Weg des europäischen Friedens weisen will. Es gibt im gegenwärtigen Augenblick kein dringenderes Interesse für die Völker Europas, als zu verhindern, daß es aus Anlaß trivialer österreichisch-serbischer Streitigkeiten wegen der albanischen Küste zu dem Ausbruch eines überleitenden Konflikts kommt, ehe die Stimme der Besonnenheit und vor allem die Stimme des europäischen Proletariats sich Gehör verschaffen können.

Weniger als die Rede Asquiths war die ihr vorausgehende und im üblichen Beirüstungston gehaltene Rede des Flottenministers Churchill zur Beachtung geeignet. Insbesondere war der Passus schlecht angebracht, daß die englische Flotte trotz der Abfahrt von Kriegsschiffen nach dem Ägäischen Meer auch in der Nordsee für alle Eventualitäten gerüstet sei, obschon keinerlei Störung zu befürchten sei. Zur Entschuldigung Churchills mag dienen, daß skrupelloser Kriegshörer schon eine Panik wegen der angeblichen Entblühung der Nordsee fabrizieren wollten und daß selbst der konservative Führer Bonar Law dieses Treiben in bedingter Weise ermutigte.

**London, 12. November.** Wie das Reutersche Bureau erfährt, haben Erkundigungen in diplomatischen Kreisen ergeben, daß die etwas beunruhigende Auffassung der Lage in den österreichischen und russischen Blättern von den beratungswürdigen Londoner Kreisen nicht geteilt wird. Im Gegenteil sagt man die Lage ruhig auf, auf Grund des engen Kontaktes, der unter den Mächten aufrechterhalten wird, und ihres Entschlusses, sich nicht durch irgendeine Einzelfrage, die aus Anlaß des Krieges entsteht, in einander gegenüberstehende Lager bringen zu lassen.

### Oesterreich gegen eine Konferenz?

**Wien, 12. November.** An nichtdiplomatischen Stellen bleibt man dabei, daß die Situation wohl äußerst ernst, aber keineswegs schon kritisch sei. Man kann in den nächsten Tagen noch recht aufregende Stunden erleben, da Oesterreich-Ungarn keine Linie breit hinter dem den Serben gegenüber vertretenen Standpunkt zurückweicht. Auf eine Konferenz, wie sie von London mit großem Nachdruck gewünscht wird, werden weder Oesterreich-Ungarn noch Deutschland eingehen. Eine Entscheidung über die albanische Frage dürfte noch im Laufe der nächsten Woche erfolgen. Bis dahin sollen auch die von Oesterreich geplanten Heeresmaßnahmen aufgeschoben werden. Eine der schwierigsten Aufgaben der österreichischen Diplomatie ist augenblicklich noch die Vermittelung zwischen Rumänien und Bulgarien.

### Friedenskundgebungen in Deutschland.

Die Stuttgarter Parteigenossen hatten für Sonntag nach dem größten Saale der Stadt, der Hallschuhbahn, eine Versammlung einberufen, die sich zu einer riesigen Demonstration gestaltete. Genosse Scheidemann hielt ein zündendes Referat über die Kriegsgefahr, als einer Folge der Habgier und Brutalität der kapitalistischen Gesellschaft. Die Versammlung diente gleichzeitig der Eröffnung des Wahlkampfes in Stuttgart.

Im Reichstagswahlkreise Bayreuth wurden am Sonnabend und Sonntag sechs Versammlungen gegen Krieg und Kriegsgefahr abgehalten, die sehr stark besucht waren. Selbst die Bewohner der entlegensten Fichtelgebirgsdörfer sind von der Friedensbewegung ergriffen.

Eine imposante Friedenskundgebung wurde auch in Hof (Bayern) veranstaltet. Das Versammlungslokal, in dem Genosse Scheidemann über die politische Lage sprach, war überfüllt. Begleitet wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt.

In Würzburg, der fränkischen Bischofsstadt, sprach in einer von 2500 Personen besuchten Versammlung gleichfalls Genosse Scheidemann über die Kriegsgefahr. Er rechnete gleichzeitig gründlich mit dem Militarismus ab, der in Oesterreich zum Kriege hege, in Deutschland nichts für den Frieden tut und Erzberger phantastische Weltverteilungspläne spinnen läßt. Gegner meldeten sich nicht zum Wort.

### Die Friedensdemonstration in Oesterreich.

**Wien, 11. November.** (Sig. Ber.) Auch in Wien fanden auch im übrigen Reich massenhaft besuchte Protestkundgebungen und Straßendemonstrationen gegen die Kriegstreiber statt. In St. Pölten (Nieder-Oesterreich) fand eine große Versammlung unter freiem Himmel statt, die von mehreren tausend Personen besucht war. Der Aufmarsch zur Versammlung erfolgte in geschlossenen Zügen. Das Referat erhaltete Abg. Polste. Nach der Versammlung fand eine mächtige Demonstration statt.

## Fortdauer der Spannung.

Die Situation ist unverändert ernst. Nachdem der österreichische Gesandte in Belgrad erklärt hat, daß Oesterreich Serbien einen Hafen an der Adria nicht zugestehen wolle, hat heute auch der italienische Geschäftsträger eine ähnliche Erklärung abgegeben und mitgeteilt, daß Serbien Albanien nicht besetzen dürfe, weil Italien Rechte darauf geltend mache. Der serbische Ministerpräsident ist daraufhin nach Uesküb abgereist, um dem König Bericht zu erstatten. Unterdessen führt die serbische Presse eine sehr kriegerische Sprache gegen Oesterreich und wird darin von der russischen noch kräftiger unterstützt. Der Gegensatz zwischen dem Dreieund einerseits — denn die deutsche Regierung empfängt jetzt ihre Weisungen von Wien! — und Serbien-Rußland andererseits besteht also in unverminderter Stärke fort. Bewahrheitet sich die Meldung der „Frankfurter Ztg.“, daß Oesterreich und damit auch Deutschland den von London aus gemachten Vorschlag, die albanische wie alle anderen Fragen auf einer europäischen Konferenz zu erledigen, wirklich abgewiesen hat, dann stellt sich diese unverantwortlich den Frieden gefährdende Politik auch noch in Gegensatz zu den englischen und französischen Vermittlungsversuchen. Es ist der reine Wahnsinn!

In Oesterreich wird zwar die Nachricht der Mobilisierung dementiert, es steht aber fest, daß in aller Stille die umfassendsten Maßnahmen zur Mobilmachung der Armee und der Flotte getroffen werden. In Wien wohnende österreichische Reserveoffiziere haben bereits die Einberufung erhalten und in Ungarn wurden zahlreiche Ersatzreservisten zur Ausbildung einberufen. In den Kriegshäfen herrscht fieberhafte Tätigkeit, um die Flotte für eine Kundgebung an der albanischen Küste fertigzumachen.

Die deutsche Presse führt fort, in dieser gefährlichen Situation über das feste Auftreten des Dreieundes erstreut zu tun. Keine bürgerliche Stimme wagt einen Widerspruch dagegen, daß wir zu Handlangern des österreichischen Thronfolgers gemacht werden. Um so stärker wächst die Empörung in der deutschen Arbeiterklasse über dieses Spiel mit dem Feuer. Wir würden gegen einen Krieg um deutscher kapitalistischer Interessen willen protestieren. Aber hält man es wirklich für möglich, deutsche Arbeiter auf die Schlachtfelder zu schicken wegen fremder dynastischer Interessen? Wegen Albanien, wegen des serbischen Hafens an der Adria darf kein Krieg geführt werden, das könnte ja kein Mensch mit gesundem Sinnen in Deutschland begreifen. Es ist höchste Zeit, daß es zum Einlenken kommt. Und die deutsche Regierung darf die provokierende Prestigepolitik der Habsburger nicht länger ermutigen, sie muß endlich die Wiener Herren zur Raison bringen.

### Oesterreich und Serbien.

#### Italienische Vorstellungen in Belgrad.

**Wien, 12. November.** Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Belgrad: Der italienische Geschäftsträger suchte gestern den Ministerpräsidenten Pasitsch auf, nachdem der österreichisch-ungarische Gesandte ihn verlassen hatte, und gab im Namen seiner Regierung folgende Erklärung ab: Die italienische Regierung hat immer die nationale Entwicklung Serbiens mit dem größten Wohlwollen begleitet. Die italienische Regierung hat es auch verstanden, daß Serbien das Verlangen hat, den Stammesgenossen in Mazedonien zu Hilfe zu kommen. Aber gerade der Grund, der die Serben dazu veranlaßt hat, in diesen Krieg zu gehen, müßte den Serben die Verantwortung auferlegen, Albanien gegenüber eine andere Haltung anzunehmen, als es gegenwärtig geschieht. Auf Grund des nationalen Prinzips hat Serbien den Krieg begonnen, und es darf dieses Prinzip den Albanen gegenüber nicht verletzen. Vom nationalen Standpunkte aus wäre es zu verurteilen, wenn die Serben die albanische Nation unterdrücken wollten. Italien fühlt sich in Angelegenheiten Albanien und der Frage der albanischen Häfen mit Oesterreich-Ungarn solidarisch. Italien gibt Serbien den Rat, seine Ansprüche zu mäßigen. Italien würde dazu beitragen, daß die wirtschaftlichen Bedürfnisse nach Möglichkeit befriedigt werden.

Ministerpräsident Pasitsch antwortete, er verkenne nicht die wohlwollende Gesinnung

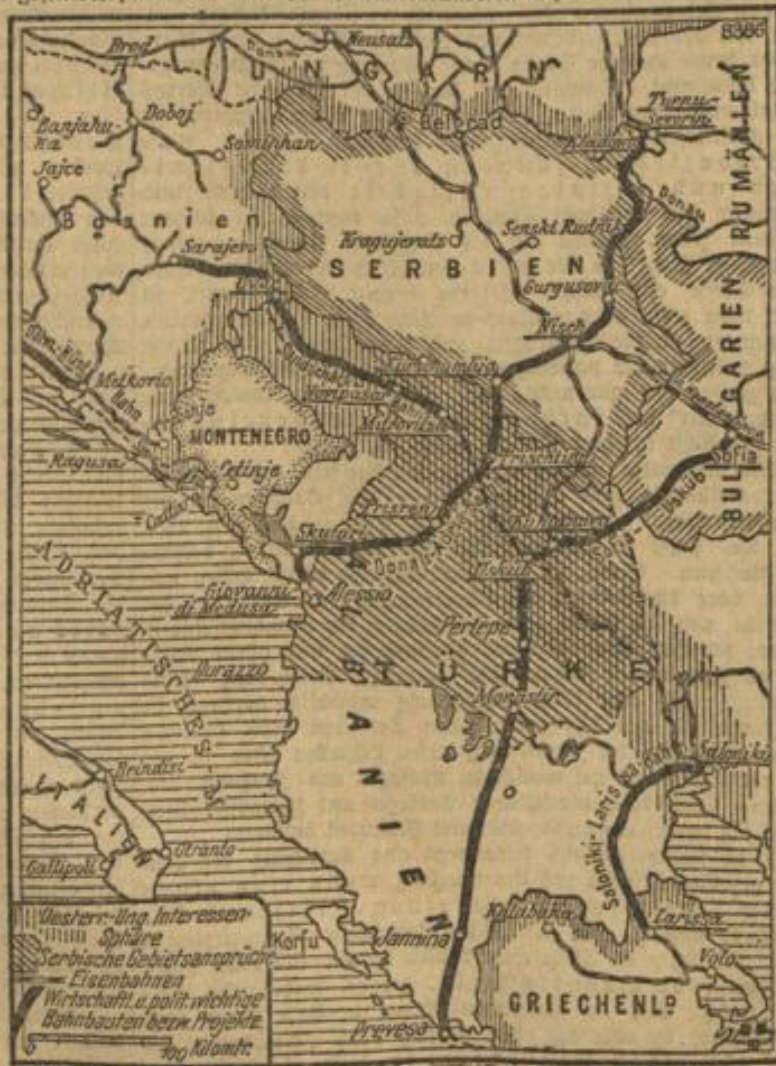
der italienischen Regierung; die serbische Regierung werde den Rat der italienischen Regierung in Erwägung ziehen.

#### Eine österreichische Drohnote.

**Wien, 12. November.** Das „Fremdenblatt“ schreibt: Oesterreich-Ungarn hat seit Ausbruch des Krieges seine Sympathien für die Balkanstaaten bewiesen, und kein Zweifel konnte über die Stellung Oesterreich-Ungarns mehr Platz greifen. Oesterreich-Ungarn erkennt im vollen Maße die politische und wirtschaftliche Selbständigkeit der Balkanstaaten an, findet es auch begreiflich, daß Serbien bestrebt ist, einen Hafen für seinen Export zu gewinnen, mit der einzigen Beschränkung, daß dieser Hafen nicht an der Adria liege. Oesterreich-Ungarn hat bewiesen, daß es die wohlwollendsten Intentionen gegenüber den Balkanstaaten hegt, und daß sein Entgegenkommen nur dort seine unerlässliche Grenze findet, wo das österreichische Interesse beginnt. Wenn trotz dieser unüberleglichen Tatsache ein Teil der russischen und serbischen Presse fortfährt, Oesterreich-Ungarn als Friedensstörer hinzustellen und der Geschäftigkeit gegen die Balkanstaaten zu zeihen, so muß diese grundfalsche Auffassung darauf zurückgeführt werden, daß die Flut der Ereignisse diese publizistischen Organe von einem ruhigen und objektiven Urteil abteilt. Es ist zu hoffen und zu erwarten, daß die Befangenheit der Geister einer gerechten Beurteilung weichen wird. Dann wird wohl allgemein anerkannt werden, daß Oesterreich-Ungarn sich der äußersten Zurückhaltung (!) beflissen hat und daß die Monarchie von dem einzig richtigen Grundsatz in der Politik, fremde Rechte zu achten, eigene nicht zu mißachten, nicht abgewichen ist.

#### Offizielle italienische Äußerungen.

**Rom, 11. November.** „Tribuna“ schreibt in einem Leitartikel, Europa, das auf dem Balkan das Prinzip der Nationalität anwende, habe ein volles Recht darauf, dieses Prinzip auch auf Albanien auszuweiten. Was den von Serbien verlangten Hafen an Adriatischen Meere anbetreffe, so sei nicht einzusehen, weshalb Serbien, wenn es sich nur von Handelsinteressen leiten lasse, auf Durazzo bestche, dessen Bestimmung die Zerstückelung und Okkupation Albanien bedeuten würde, anstatt sich mit einem montenegrinischen Freihafen oder mit einem Zugang zum Ägäischen Meer zu begnügen. Hinsichtlich der von Oesterreich-Ungarn betonten kommerziellen und wirtschaftlichen Interessen glaubt die „Tribuna“ nicht, daß Oesterreich und Ungarn zuungunsten anderer Nationen von Serbien besondere Privilegien verlangen wolle. Das Blatt gibt der Meinung Ausdruck, daß es nur die Aufrechterhaltung eines Durchgangswegs nach dem Ägäischen Meer durch die neuen Gebiete der Balkanverbündeten anstrebe.



0 Karte zum oesterr.-ungar.-serbischen Konflikt.



Am der Spitze des Juges wurde ein großes Leinwandtransparent getragen: Krieg dem Kriege! Es lebe die internationale Solidarität der Völker!

In Wien Neustadt referierte Abgeordneter Patnerstorfer. Nach Schluß der Versammlung demonstrierten mehr als tausend Genossen in einem Zuge durch die Straßen für den Frieden. Die Versammlung in der Industriehalle in Graz, der Hauptstadt Steiermarks, war massenhaft besucht. Es waren gegen 15 000 Arbeiter anwesend. Die Rede des Abgeordneten Seig rief die Versammelten zu einem nicht endenwollenden Volksaufmarsch hin. Nach der Versammlung formierten sich die Massen zu einem gewaltigen Demonstrationzug, in dem besonders die vielen Fahnen und Standarden mit den Aufschriften „Wegen den Krieg!“ Aufsehen erregten. Es waren auch sehr viele Frauen im Zuge vertreten. Auf dem Hauptplatz hielt Genosse Seig eine feurige Ansprache. Die Versammlung war äußerst erregt und man hörte fortwährend die Rufe: Krieg dem Kriege! Nieder mit den Kriegsherrn! Hoch die internationale Völkerbrüderung!

Die Volkversammlung in Innsbruck (Tirol) im großen Stadtsaal gestaltete sich zu einer mächtigen Kundgebung gegen den Krieg. Der Saal und die Galerien waren überfüllt. Nach Schluß der Versammlung zogen die Versammlungsteilnehmer auf den Ringplatz, wo Abgeordneter Abram vor der Annafälle eine Ansprache hielt. Die Kundgebung erregte großes Aufsehen.

In Villach (Kärnten) gestaltete sich die Versammlung zu einer wahren Massenkundgebung gegen den Krieg. Es waren über tausend Arbeiter anwesend. Das Referat hielt der Genosse Abgeordneter Gröber.

In Mährisch-Schönberg fand eine imposante Versammlung auf dem Veldersberg statt, wo Abgeordneter Eidersch referierte. Nach Schluß der Versammlung zogen die Teilnehmer durch die Stadt zum Marktplatz, wo sich der Zug auflöste.

In Jägerndorf (Schlesien) waren mehr als 2000 Personen an der Versammlung und Demonstration beteiligt. Ebenso war in Warnsdorf (Böhmen) eine mächtige Kundgebung gegen den drohenden Krieg.

In einem Vorort von Reichenberg, in Franzdorf, wurde heute eine Versammlung gegen den Krieg, in der Abgeordneter Schäfer sprach, vom Regierungvertreter aufgelöst, und zwar mit folgender Begründung: Es hätten sich als der Redner davon sprach, daß hinter dem Kriege das Gespenst der sozialen Revolution lauere, in der Versammlung allzu laute und erregte Zwischenrufe erhoben.

## Tage des Massenmordes.

Die Aufregung über die diplomatischen Verwickelungen lenkt die Aufmerksamkeit etwas ab von den Vorgängen auf dem Kriegsschauplatz. Trotzdem wüten hier noch alle Gräueltat und Schrecken des organisierten Massenmordes. Die kriegerischen Aktionen konzentrieren sich jetzt auf drei Punkte: die Tschataldschalinie, Adrianopel und Skutari. Tag und Nacht donnern hier die schweren Positionsgeschütze, rücken Sturm- oder Ausfallkolonnen in die Laufgräben, rattern Maschinengewehre und der Tod hält seine reiche Ernte. Und neben Toten und Verwundeten verschlingt jetzt der Kriegsmoloch noch die Leichen derer, die der Seuche zum Opfer fielen. Denn in den belagerten Städten, und im Lager der Türken greift die Cholera immer weiter um sich. Es ist kaum anzunehmen, daß die Bulgaren von dieser Plage verschont bleiben. In den genannten drei Punkten scheint die alte, zähe Defensivkraft des Türkenheeres in einem letzten Energieaufwand noch einmal aufzuspielen, aber all das Blut, das noch vergossen wird, kann die Herrschaft des Halbmondes in der europäischen Türkei nicht wieder herstellen.

Die für Kriegs- und Heldentum schwärmende christliche Presse kann nicht genug Ruhmens machen von der Angriffslust der Bulgaren, die auch den deutschen Rekruten als nachahmenswertes Beispiel hingestellt wurde. In Wirklichkeit bedeutet aber dieser gewaltige Überlaß des bulgarischen Volkes eine Unsumme von Elend, Kummer, Sorgen und Tränen in Zehntausenden von Familien; und dem künftigen Wirtschaftslieben Bulgariens wird diese Verschleuderung kostbarer Menschenleben auf lange Zeit hinaus schwere Wunden schlagen. Das letztere wird auch das Schicksal Kleinasiens sein. Das große Heer der aus den kleinasiatischen Ländern stammenden türkischen Soldaten wird durch den Tod und infolge der Verlotterung der Heeresorganisation aufgerieben. Keines von jenen Schlachtopfern weiß, ob es jemals die heimatische Scholle wieder sieht, die brach und wüßt da liegt, da die kräftigen Arme zu ihrer Bestellung fehlen. Und dabei schwärmen schon die internationalen Rasgierer, die nach Heeren der asiatischen Türkei gieren. Ja, es mangelt nicht an gewissenlosen und verbrecherischen Hehern, die die Säure und Genuß des organisierten Massenmordes auch in die Gefilde der europäischen Großstaaten tragen möchten. Aber die Arbeiter Westeuropas sind keine fanatisierten orthodoxen bulgarischen Bauern und keine stumpfe, analphabetische syrische oder anatolische Landleute; sie wollen sich nicht im Dienst imperialistischer Großmännlichkeit zur Schlachtbank treiben lassen.

## Ostlicher Kriegsschauplatz.

### Das Ringen um Adrianopel.

Wien, 12. November. Ueber die Operationen vor Adrianopel meldet der Berichterstatter der „Reichspost“: Die Bulgaren haben vor Adrianopel keinen leichten Stand, da ihre schwere Belagerungsartillerie zwar hinsichtlich des toten und lebenden Materials vorzüglich, aber nicht genügend zahlreich ist, während einzelne türkische Werke eine relativ große fortifikatorische Stärke besitzen. Die Bulgaren ersehen den Mangel an genügend zahlreicher Belagerungsartillerie in wahnwitzigem Vorwärtsschritt durch heroische, aber entschieden blutige Infanteriekämpfe. Ich sah zwei Bataillone im Sturm vorgehen, von denen kaum zwei Kompagnien zurückkamen. Von Sabinkof aus stoßen die bulgarischen Kolonnen allmählich in dem Raume zwischen dem Werke Kinali Nislet und dem nördlich gelegenen Remertaba vor, und ebenso entbrennt allmählich aufs neue der Kampf bei Marasch, das nunmehr ein niedergebrannter Trümmerhaufen ist. Seit vorigem Sonntag sind auch serbische Truppen bei der Belagerungsarmee vor Adrianopel eingetroffen. In Mustapha Pascha sind ungefähr 1 1/2 Divisionen durchmarschiert. Die Entscheidung dürfte auf beiden Punkten, bei Tschataldscha sowie bei Adrianopel, ungefähr gleichzeitig fallen.

### Der neue türkische Oberbefehlshaber.

Konstantinopel, 11. November. Mahmud Mukhtar Pascha, welcher den Flügel bei Kirkkilisse und später bei

Wisa kommandierte, ist gestern hier eingetroffen und abends nach Tschataldscha abgereist. Abends geht ein Militärzug mit Truppen und zahlreichen Offizieren nach Tschataldscha ab. Der Militärkommandant im Jemen, der frühere Generalstabschef Fzetz Pascha, welcher, wie bereits gemeldet worden ist, eiligt nach Konstantinopel berufen wurde, soll in einigen Tagen eintreffen und das Oberkommando der Armee übernehmen.

## Die Cholera im türkischen Heere.

Konstantinopel, 12. November. Die Cholera greift unter den auf dem Kriegsschauplatz befindlichen türkischen Truppen und unter den Verwundeten und Flüchtlingen von Tschataldscha immer mehr um sich. In Konstantinopel kommen ganze Hügel an, in denen Verwundete und Cholerafranke zusammen eingepfercht sind.

Die Türken benutzen den Vormarsch der Bulgaren, sich hinter den Schützengräben zu verchanzen und so ihre Verteidigungslinie zu befestigen. Wenn die Bulgaren den

### Tschataldscha-Gürtel

nehmen wollen, so kann dies nur unter großen Menschenopfern geschehen, denn die Türken haben inzwischen auch Zeit gefunden, aus Kleinasien Verstärkungen heranzuziehen.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Die Griechen in Saloniki.

Athen, 12. November. Gestern ist die erste Depesche aus Saloniki hier eingetroffen. Darin verlangt der Chef der Telegraphie in der Armee des Kronprinzen die Entsendung von fünf- und zwanzig Telegraphenbeamten und von verschiedenem Material, da die Telegraphenleitungen an verschiedenen Stellen der Stadt durch Feuerbomben zerstört seien.

## Südlicher Kriegsschauplatz.

### Die Kämpfe im Epirus.

Athen, 12. November. General Sopundjasis telegraphiert aus Arta: Die griechische Armee hat gestern die Festungswerke von Pendepigadia besetzt. Der Feind wurde verfolgt, zog sich auf die Höhen hinter Pendepigadia zurück und stellte dort Batterien auf, die den ganzen Tag feuerten, ohne jedoch Erfolg zu erzielen.

## Vom montenegrinischen Kriegsschauplatz.

### Das Bombardement von Skutari.

London, 12. November. Das Reutersche Bureau meldet aus Njeka unter dem 11. November: Das Bombardement von Skutari ist gestern abend wieder aufgenommen worden. Die Türken zogen sich auf die höchsten Stellen zurück. Wegen des Mangels an Lebensmitteln und wegen des herrschenden Schneetreibens versuchten sie am Abend, die Stellungen zu verlassen und sich in die Stadt zurückzuziehen; sie wurden aber durch die Montenegriner zurückgeworfen.

### Mühselige Lage der Montenegriner.

Wien, 12. November. Die Südslawische Korrespondenz meldet aus Cattaro: Einwandfreie Berichte stellen fest, daß die militärische Lage vor Skutari für die Montenegriner entschieden ungünstig ist. Die Kolonnen aus dem linken Vojanauer wurden nach dreitägigem Kampfe von Esad Pascha bis nach Velaj zurückgeworfen. Vor dem Eintreffen der Serben unter Jankowitsch ist keine Verbesserung der Lage der Montenegriner zu erwarten, welche durch Ueberschwemmung der Vojana und große Schneefälle Verpflegungsschwierigkeiten haben.

Die Meldungen über die Befehung von Giobanni di Medina und Alessio durch die Montenegriner haben sich als falsch erwiesen.

## Das Ende eines Renegaten.

Madrid, 12. November 11,30 Uhr vormittags.

Auf den Ministerpräsidenten Canalejas feuerte soeben ein unbekannter Mann vier Revolverkugeln ab. Der Minister war sofort tot. Der Mörder wurde ergriffen, konnte aber Selbstmord begehen.

Als im Herbst des Jahres 1909 der weiße Schrecken auf Spanien losbrach, als die Diktatur des Säbels wüthete, der auch der Friedenler Ferrer zum Opfer fiel, da erhob sich eine gewaltige Bewegung im spanischen Volke, der das konservative Regime unter dem Ministerpräsidenten Maura zum Opfer fiel. Zwischen der sozialistischen und der republikanischen Partei wurde ein Bund geschlossen, dessen Programm freilichliche Forderungen enthielt. So sollten sämtliche Ausnahme-gesetze, besonders aber die grausame Inquisition der Militär-prozedur aufgehoben werden. An Maura's Stelle trat Ferrer, der bemüht war, nach Kräftigen Reformen durchzuführen. Aber die Hof- und Militärpartei und das clerikale Geschlecht, das an dem Marke des spanischen Volkes saugt, mußte Ferrer zu stürzen. An den Intriguen war auch der ehemalige Republikaner Canalejas beteiligt, der dann schließlich zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. Aber dieser ehemalige Republikaner, dessen demokratische Illusionen nichts als Lug und Trug waren, wurde der größte Feind der Freiheit und des Fortschritts. Unter seiner Minister-schaft kehrten die schlimmen Zustände des Regimes Maura wieder. Er war die Triebfeder, daß sich Spanien kopf-über in das marokkanische Abenteuer stürzte, daß tausende von Söhnen des Volkes im Kampfe mit den wilden Af-fablen und anderen marokkanischen Stämmen Tod und Sied-tum fanden. Im Innern des Landes aber ließ er die mili-tärische Blutherrschaft weiter wüthen. Eine angebliche und bis heute nicht aufgeklärte Empörungssache auf dem Kriegsschiff „Ramañica“ wurde im White erstickt, barbarische Kerkerstrafen wurden gegen oppositionelle Schriftsteller und Künstler ver-hängt, mißliebige Professoren wurden ins Gefängnis geworfen und bei den Wahlen begünstigte der Tyrann mit der „demokratischen“ Vergangenheit die ärgste Korruption und Wahlbeeinflussung. Gegen die streifenden Arbeiter in Bilbao und an anderen Orten wurden auf den Befehl Canalejas die brutalsten Unterdrückungsmaßregeln angewendet, die gewerkschaftliche Bewegung durch eine ferdele Klassenjustiz lahmgelegt. Und erst vor wenigen Wochen wurde das Werk dieses Ministers gekrönt durch ein Todesurteil, das in Barcelona über ein Mitglied des dortigen Stadtrates wegen Teilnahme an den Ereignissen des Jahres 1909 ver-hängt wurde.

Die Laufbahn eines ehrgeizigen, brutalen und mächtigen Strebers ist durch die Revolverkugeln jäh abgeschlossen worden. Seine Gewaltpolitik, die die sozialistische Bewegung erdroffeln wollte, ebnete den in Spanien stets anarchistischen Tendenzen erst recht den Weg. Jetzt zeigen sich die Folgen.

Madrid, 12. November. Zu dem Anschlag auf den spanischen Ministerpräsidenten wird noch gemeldet: Als sich Canalejas zum

heutigen Ministerrat begab, wurden von einem der Polizei Bekannten Anarchisten namens Manuel Verdinas Serrate drei Schüsse auf ihn abgegeben, die seinen sofortigen Tod herbeiführten. Der Mörder, der aus Grado (Provinz Guasca) stammt, beging nach der Tat Selbstmord. Die Aufregung in der Stadt ist ungeheuer. Auf der Puerta del Sol, wo das Attentat geschah, haben sich Tausende ange-gesammelt. Bei dem Attentat wurde ein Vorübergehender leicht verwundet.

## Die Teuerung.

### Die wissenschaftliche „Deutsche Tageszeitung“.

Das Agrarierorgan richtet an die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ allerhand Fragen. Das offiziöse Blatt hatte nämlich ausgeführt, daß zurzeit der Fleischverbrauch zweifellos zu niedrig sei, da er nur etwa 88 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung be-trägt, aber bei einer richtigen Ernährung pro Kopf um 100 bis 150 Kilogramm betragen müsse. Daraus knüpft die „Deutsche Tageszeitung“ den Satz: „Wir möchten den Arzt sehen, der geneigt wäre, eine solche Forderung zu be-gründen!“ Da nämlich zur Bevölkerung auch Kinder gehören, würde der erwachsene Mensch nach dieser Behauptung jährlich etwa 75 Kilogramm Fleisch benötigen. Wir könnten ja den Ge-lehrten der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Beantwortung dieser Frage überlassen, wollen ihr indes in diesem Falle gut-mütigerweise einmal zu Hilfe kommen.

Zunächst sei einmal angenommen, daß auf je drei Personen ein Kind entfällt, was, wie sich das Agrarierblatt aus der Sta-tistik überzeugen kann, recht reichlich gerechnet ist. Dann ergibt sich für je drei Köpfe der Gesamtbevölkerung von dreimal 88,5 Kilo-gramm gleich 265,5 Kilogramm Fleisch. Da nun die Kinder keines-wegs durchweg aus Säuglingen bestehen, sondern in sehr hohem Prozentsatz aus schulpflichtigen Kindern, ist es nicht zu hoch gegriffen, wenn wir von den 265,5 Kilogramm Fleisch 86,5 Kilo-gramm auf das Kind rechnen. Das sind pro Kopf des Kindes genau 100 Gramm täglichen Fleischverbrauchs. Da größere Kinder keiner schlechteren, sondern im Gegenteil einer reichlicheren Er-nährung als Erwachsene bedürfen, wäre das wirklich nur ein recht winziger Fleischverbrauch. Sollte das Herr Dertel bezweifeln, so geben wir ihm den Rat, doch einmal in den Speisewagen der D-3 Züge zu beobachten, wie gut die Kinder der Bourgeoisie mit dem Drei-Mark-Menü fertig werden, das doch mindestens doppelte so viel Fleisch enthält, als wir in unserer Durchschnitts-berechnung angenommen haben. Jede Fahrt im D-Zug wird ihm dazu Gelegenheit bieten.

Für die zwei Erwachsenen bleiben danach noch 180 Kilogramm Fleisch pro Jahr, gleich 178 Gramm pro Kopf täglich übrig. Rech-nen wir aber mit Professor Erlen-Zürich, daß das besser situierte Jehntel der Bevölkerung doppelt so viel Fleisch verzehrt, als im Durchschnitt die übrigen neun Jehntel der Bevölkerung, so vermindert sich der Fleischverbrauch pro Kopf der Erwachsenen auf 188 Gramm täglich, und für die Kinder auf nicht ganz 90 Gramm pro Tag.

Wenn aber angeführt wird, „übrigen“ Fleischkonsums die „Deutsche Tageszeitung“ nach dem Arzt fragt, der eine solche Forderung zu begründen geneigt wäre, so sei ihr mitgeteilt, daß Professor Rudner 100 Gramm Fleisch pro Tag für den Erwachsenen als angemessen erachtet, und daß auch das amtliche Gesundheitsbüchlein einen täglichen Fleischverbrauch von 150 Gramm für notwendig erklärt!

Zum Ueberflus wollen wir noch hinzufügen, daß die Marin-berstellung zur Ernährung eines jungen kräftigen Manneskörpers nicht etwa nur 158 Gramm täglich für notwendig hält, sondern nicht weniger als 335 Gramm pro Tag, nämlich pro Woche 800 Gramm Rindfleisch, 750 Gramm Schweinefleisch und 800 Gramm Hammelfleisch. Das ist also mehr als das Doppelte dessen, was selbst nach den Angaben der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“, die dadurch die Entrüstung der „Deutschen Tageszeitung“ erregt hat, auf den Kopf eines Erwachsenen entfallen müßte!

### Die Fleischermeister wollen nicht.

Der Stadtrat von Vegesack hat mit der dortigen Schlächter-innung verhandelt, ob die Fleischpreise ermäßigt werden könnten. Die Schlächter haben das verneint, die jetzigen Viehpreise liehen Herabsetzung der Fleischpreise nicht zu. Falls der Stadtrat jedoch billiges Fleisch besorgen kann, sind die Schlächtermeister bereit, das Fleisch mit einem Aufschlag von 5 Proz. zu verkaufen. Nun hat sich der Vegesacker Stadtrat mit den Vorständen der preussischen Nachbar-gemeinden Grohe und Kummund in Verbindung gesetzt, um auf diesem Wege vielleicht ein gemeinsames Vorgehen zur Belämpfung der Fleischsteuerung zu erzielen. Die Verhandlungen sind noch nicht ab-geschlossen, scheinen aber ebensowenig einen Erfolg zu versprechen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. November 1912.

### Der Streikbrecher in Notwehr.

Wie erinnerlich sein dürfte, wurde in der Nacht vom 14. zum 15. September dieses Jahres in Burg bei Mogelburg der Schuh-fabrikarbeiter Frische aus offener Straße durch den berufsmäßigen Streikbrecher Joseph Ruppert erschossen. Am Freitag hatte sich Ruppert vor dem Edouardgericht Mogelburg wegen vorsätzlicher Körperverletzung mit Todeserfolg zu verantworten.

Bei der Firma A. G. Wolf standen seit Mai d. J. die Holz-arbeiter im Streik. Der 35jährige Tischler Ruppert aus Dorst-luhe, der schon früher durch Vermittlung eines Arbeitswilligen-genossen in Altona, Hamburg, Dortmund und anderen Orten Streik-brecherdienste getan hatte, trat am 6. September bei der Firma Wolf als Arbeitswilliger ein und wurde in einer Parade im Hofstrich einquartiert. In der Nacht zum 15. September gegen 2 Uhr kam er aus einer Wirtschaft nach Hause und begehrte, da er seinen Schlüssel hatte, durch übermäßig lautes Klopfen Einlaß. In diesem Augenblick kam Frische mit noch drei Kameraden an dem Hofstrich vorbei. Einer von Frisches Begleitern machte dabei zu dem Arbeitswilligen die Bemerkung: „Du kannst wohl nicht rein?“ Das nahm dieser gewaltig krumm. Es gab noch eine kurze Rede und Gegenrede und dann feuerte der Streikbrecher zwei Schüsse aus seiner Browningpistole ab, von denen einer den Ge-nossen Frische in die Brust traf und nach wenigen Minuten seinen Tod herbeiführte.

Ueber die Einzelheiten, wie sich der Vorfall abspielte, gingen die Schilderungen der Beteiligten auseinander. Der Streikbrecher behauptete, daß der Erschossene ihm gedroht, ihm ins Gesicht gespien und mit einem Gegenstand in der erhobenen Hand, vermutlich einem Messer, auf ihn losgegangen sei. In seiner Angst habe er, um den Angreifer kumpfnäßig zu machen, erst einen Schreckschuß und dann einen zweiten Schuß gegen den Arm Frisches abgegeben. Von den drei Begleitern Frisches hat der eine sich gleich nach dem Beginn des Wortwechsels entfernt. Die beiden anderen sagten aus, der Streikbrecher habe auf die im Vorbeigehen getane Be-merkung „Du kannst wohl nicht rein?“ geantwortet: „Ihr habt wohl lange keine blaue Wölkchen im A... gehabt?“ Als sie stehen geblieben wären und sich derartige Redensarten verboten hätten, habe Ruppert sofort die beiden Schüsse abgegeben. Der erschossene Frische habe keinerlei Schimpf- und Drohwoorte ausge-sprochen. Ins Gesicht gespien habe er dem Streikbrecher schon des-halb nicht können, weil er von ihm mindestens sechs bis zehn Schritt entfernt gewesen wäre.



Der Staatsanwalt Heisenberger beantragte, die Schuldfragen zu verneinen. Die beiden Zeugen hätten offensichtlich die Unwahrheit gesagt. Man dürfe dem Angeklagten glauben, daß er sein Leben gefährdet glaubte, da er aus seinen früheren Erfahrungen heraus allen Grund hatte, die Streikenden zu fürchten. Wenn er sich vielleicht auch nicht wirklich in Notwehr befunden hätte, so doch in Putativnotwehr (vermeintliche Notwehr). Und wenn er die Grenzen der Notwehr überschritten habe, so habe er das in Verwirrung und Schrecken getan. Gewiß sei es bedauerlich, daß durch den Schuß ein junger Mensch zu Tode gekommen sei, aber nicht den Angeklagten treffe die Schuld, sondern diejenigen, die die Verhältnisse so zugespitzt hätten, daß man wenig waffentüchtigen Leuten, wie dem Angeklagten, das Waffentragen zu ihrem Schutze habe erlauben müssen.

Die Geschworenen verneinten nach kurzer Beratung die Schuldfragen, worauf der Gerichtshof auf Freisprechung erkannte.

### Auch eine Affenkomödie.

Es ist auch eine schöne Gegend, der Reichstagswahlkreis Remel-Heuberg. Schon 1908 mußte dort der nationalliberale Kommerzienrat Schwabach-Verlin sein Mandat niederlegen, er war dazu wohl moralisch gezwungen. Von konservativer Seite kam ein Wahlprotest, da nach ihrer Feststellung ein großer Teil der Wähler durch Geld- und Bierspenden zugunsten des Herrn Schwabach bestochen worden und gestimmt hätte. Wenn das junkerliche Schnaps und der Kandidat ein Konservativer gewesen wäre, ja, Bauer, das ist etwas anderes, aber so — wir protestieren!

Wie wenig übrigens bei der Schwabachschen Agitation der politische Anstand zu tun hatte, zeigten auch rote Plakate, die man damals am Tage vor der Stichwahl in Remel und seinen Vororten unter den Hunderten von Arbeitern verbreitete. Die Genossen wurden darin aufgefordert, nach dem angeblichen Beschluß einer ebenso angeblichen Parteiverammlung für Schwabach zu stimmen. Wer dieses Plakat verbreitet hat, ließ sich leider nicht feststellen!

Wie es bei der Wahl von 1912 im Wahlkreis Remel-Heuberg ausgefallen hat und wie es jetzt dort zugeht, zeigen folgende schöne Bemerkungen, die wir der jüngsten Nummer des „Bund der Landwirte für Ostpreußen“, amtliches Blatt der Provinzialabteilung, entnehmen. Es wird da festgesetzt, daß der Herr Geheimrat Schwabach kürzlich wieder einmal eine Tournee durch seinen Wahlkreis absolviert habe, angeblich, um von seiner parlamentarischen Wirksamkeit Rechenschaft zu geben. Sekundlich sekundiert wurde Schwabach von dem neuen nationalliberalen Parteisekretär Paulewicz. Die von diesem gehaltenen Reden überschritten in so vielen Fällen das Maß des Gewöhnlichen, daß der „Bund der Landwirte für Ostpreußen“ es sich nicht versagen kann, ein Beispiel herauszugreifen:

Das Freibier. In einigen Kreisen, wo Landräte Abgeordnete sind, stehen die Wähler unter deren Kommando. Bierfässer werden angezogen, die Leute gehen wie Vieh zur Tränke und lassen sich für Bier und Schnaps die Freiheit nehmen. Doch jetzt steigt die Morgenröte auf, der hoffentlich bald der helle Sonnenschein folgen wird. Also schloß Herr P. in Deutsch-Crottingen und baldigt folgten — zwar kein Sonnenschein, wohl aber drei Ästel Freibier! In Dargun gab es ein Ästel Bier, einen Liter Schnaps, in Stargard wurden zwei Ästel Bier und drei Liter Schnaps gespendet. Ja, so drei Bierchen, die können schon eine ganz anständige — Morgenröte geben!

So geht es weiter! Und die Leute, die sich so bekämpfen, gegenseitig mit Schmutz bewerfen und die Wähler mit Bier und Schnaps abjagen, die finden sich brüderlich zusammen, wenn es gilt, den „Vorwärts“ wegen Beleidigung des Dreiklassenhauses zu belangen. Auch das ist eine Affenkomödie.

### Oesterreich-Ungarn.

#### Südslawische Obstruktion.

Wien, 12. November. Abgeordnetenhause. Bei Fortsetzung der Debatte über die Erlasse des Justizministers betreffend Interpellationen ergriff heute 11 Uhr vormittags als erster Redner der slowenische Abgeordnete Verstobfel das Wort. Im Verlauf seiner Ausführungen vermahnte er sich dagegen, daß seiner heutigen Rede etwa eine Obstruktionstendenz untergeschoben würde. Die Gründe für die schärfste Tonart lägen vielmehr in den Zuständen in Kroatien und in den Verhältnissen in den „Bilajets“ Steiermark und Kärnten. Der Abgeordnete Verstobfel beendete um 3 1/2 Uhr seine Rede, nachdem er vier und eine halbe Stunde gesprochen hatte. Nach ihm ergriff der deutsch-nationale Abgeordnete Koller das Wort.

### Belgien.

#### Ministerkrise.

Brüssel, 11. November. Die belgische Regierung plant eine Umgestaltung des Rekrutierungsgesetzes und damit eine Erhöhung des Effektivbestandes der Armee. Ueber die Umgestaltung der Reformen sind offenbar im Ministerium Differenzen entstanden. Der Kriegsminister General Michel hat nämlich heute seine Demission gegeben, die der König angenommen haben soll.

Brüssel, 12. November. Der Ministerpräsident de Broqueville ist zum Kriegsminister ernannt worden. Das Portefeuille des Verkehrsministeriums, das er bis jetzt verwaltet hat, wird geteilt in ein Eisenbahnministerium, das der frühere Minister für Ackerbau und öffentliche Arbeiten van de Vyvere verwaltet, und in ein Marine-, Post- und Telegraphenministerium, an dessen Spitze der Antwerpener Deputierte Seghees tritt. Der ehemalige Deputierte Gelleputte tritt wieder in das Ministerium ein und wird wie früher Minister für Ackerbau und öffentliche Arbeiten.

#### Eine Regierungserklärung.

Brüssel, 12. November. Ministerpräsident de Broqueville leitete die Arbeiten der Kammer mit der Verlesung der programmatischen Erklärung ein, die unter anderem ein Gesetz über die Versicherung gegen Alter, Krankheit und Invalidität, ferner ein Gesetz zur Schaffung billiger Wohnungen und außerdem eine Militärreform vorsieht, die geboten erscheint durch die Rolle, die Belgien bei einem etwaigen Kampfe der Westmächte Europas unter Umständen spielen könne. Obwohl Belgien das größte Vertrauen zu den Mächten habe, die seine Neutralität garantiert hätten, könne doch die Möglichkeit nicht von der Hand gewiesen werden, daß alle Garantien der belgischen Neutralität unter Umständen kriegsführend werden könnten. Deshalb dürfe nicht gelehnet werden, daß die strategische Lage des Landes Sicherheiten erfordere, damit man sich ausschließlich auf die nationalen Streitkräfte stützen könne.

Der Ministerpräsident erklärte weiter, daß im Laufe der Session der Kammer ein Schulgesetz zugehen werde. — Von einer Partei sei die Verfassungsänderung gefordert worden unter gleichzeitiger Drohung, die nationale Tätigkeit zu suspendieren, wenn ihren Wünschen nicht Folge geleistet werde. Die Regierung erkenne an, daß die Formeln des Wahlrechts abänderungsfähig seien, man müsse es aber ablehnen, unter einem Druck zu verhandeln. Jedenfalls müsse erst die Basis einer Verständigung, die zwei Drittel der Kammermitglieder

auf sich vereinige, gefunden werden, ehe diese Frage in Angriff genommen werden könne.

Hierauf stellte der Deputierte Vanderbelde im Namen der sozialistischen Partei den Antrag auf Abänderung der Verfassung.

Die Verhandlung über die ministerielle Erklärung wird kommende Woche beginnen.

### Demonstration des Brüsseler Proletariats.

Brüssel, 12. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Zur heutigen Parlamentsöffnung hatten die Brüsseler Parteiorganisation und das Gewerkschaftskartell große Demonstrationen organisiert. Alle organisierten Arbeiter feierten. Der Zug, welcher die sozialistischen Abgeordneten und die Träger einer Petition zugunsten des gleichen Wahlrechts bis zum Parlament begleitete, war gewaltig. Das Parlamentsviertel war zwar abgesperrt, aber die Polizeifordons waren zu schwach, um die Massen zurückzuhalten, die ohne Ausschreitungen bis zum Parlament vordrangen. Dort wurden die Abgeordneten mit Hochrufen auf das gleiche Wahlrecht empfangen. Erst nach Anfang der Sitzung gelang es der Polizei, die Manifestanten in die untere Stadt zurückzudrängen.

### England.

#### Eine Schlappe der Regierung.

London, 11. November. Unterhaus. Die Regierung erlitt heute bei Beratung der Homerulebill eine unerwartete Niederlage, indem ein Änderungsantrag der Opposition in bezug auf den finanziellen Teil des Gesetzes mit 28 gegen 206 Stimmen angenommen wurde.

Das Amendement war von dem Unionisten Sir Frederik Banbury beantragt worden. Es setzte fest, daß die unter den Verordnungen der Homerulebill von dem englischen Schahamt an das irische Schahamt jährlich zu zahlende Summe 250000 Pfund Sterling nicht übersteigen sollte. Die Regierung hatte dem Amendement wenig Gewicht beigemessen. Der Generalpostmeister Samuel sprach gegen den Antrag und bezeichnete ihn als ungewöhnlich. Die Liberalen hatten nicht vermutet, daß die Opposition einen plötzlichen Angriff geplant hatte. Das Haus ist bei Eröffnung der Montagssitzung gewöhnlich nicht stark besetzt, doch war die Opposition heute nachmittag in ihrer ganzen Stärke zur Stelle.

Nach kurzer Debatte schritt man zur Abstimmung und gleichzeitig, noch ehe die Stimmenzahl bekannt gegeben war, wußte man, daß die Regierung eine Niederlage erlitten hatte. Laute Jubelrufe tönten aus dem Abstimmungsraum, in dem die Unionisten ihre Stimmen abgaben. Als Banbury wieder den Saal betrat und aus den Händen des Clerks die Liste mit der Stimmenzahl empfing, was bedeutete, daß sein Amendement durchgegangen war, brachen die Mitglieder der Opposition in eine Demonstration des wildesten Enthusiasmus aus. Sie sprangen auf, ergingen sich in tosenden Weisfall und warfen ihre Hüte in die Luft. Es verging einige Zeit, bis das ziffermäßige Resultat der Abstimmung bekannt gegeben werden konnte. Es ließ den Enthusiasmus der Opposition noch einmal zum Ausbruch kommen. Bonar Law erhob sich und gab dem Siegesgeschrei der Opposition die Direktive. Asquith, der nicht zugegen gewesen war, wurde sofort herbeigerufen. Nach einer Konferenz mit dem Haupteinpeitscher beantragte er die Vertagung der Debatte. Dies Anzeichen des Dilemmas, in dem sich die Regierung befand, verursachte einen neuen Ausbruch tosender Jubelrufe von seiten der Oppositionsmitglieder. Sie schrien, als Asquith das Haus verließ, ihm zu: „Leben Sie wohl! Das Land wartet auf Sie. Sie werden niemals zurückkehren.“ Der Antrag auf Vertagung wurde angenommen, worauf das Haus auseinanderging.

Sofort nach Vertagung des Hauses wurde eine Kabinettsitzung einberufen, um die neu geschaffene Situation in Erwägung zu ziehen. Die Niederlage der Regierung hat große Schwierigkeiten technischer Natur im Gefolge, da das Amendement die Wirkung haben kann, daß die finanziellen Bestimmungen der Homerulebill ersichtlich gestört werden, und da mancherlei Hindernisse einem Widerruf des Beschlusses durch das Haus im Wege stehen.

London, 11. November. In einer heute abend veröffentlichten offiziellen Kundgebung erklärt die Regierung, daß sie die heutige Abstimmung nicht als eine solche ansehe, welche eine Aenderung ihres Programms herbeizuführen geeignet sei. Insofern als die heutige Abstimmung den am letzten Donnerstag in der Kommission mit einer Majorität von 121 Stimmen angenommenen Beschluß umstoße, werde die Regierung Schritte tun, um die wirkliche Meinung des Hauses zu erfahren. Die Kundgebung erinnert daran, daß Asquith in einer am 5. Oktober in Ladybank gehaltenen Rede erklärte, er würde seinen Weg nicht durch derartige unerwartete Unterhausabstimmungen beeinflussen lassen.

London, 12. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Niederlage, die die liberale Regierung gestern abend bei der Abstimmung über eine Finanzklausel zur Homerulevorlage erlitt, dürfte für die politischen Verhältnisse Englands keine ernsthaften Folgen haben. Es handelte sich um eine sogenannte Snapdivision, bei der die konservative Opposition die sich in Sicherheit wiegenden liberalen Einseitiger überraschte, indem sie plötzlich einen in einem benachbarten Klub im Hinterhalt liegenden Hausen konservativer telephonisch nach dem Parlament rief, um ein absurd, von dem Clowen der konservativen Partei gestelltes Amendement durchzuführen. Anfangs glaubte man, daß die Regierung verloren sei. Man berief sich auf einen Präzedenzfall im Jahre 1905, als Balfour ein ähnlich unerwartetes Abstimmungsergebnis benutzte, um zu demissionieren. Aber der heutige Fall liegt etwas anders. Damals war die konservative Partei durch die Chamberlainischen Propaganden und Intrigen gänzlich zerrüttet und Balfour konnte sich nicht mehr halten. Die jetzige liberale Regierung verfügt aber unter normalen Verhältnissen über eine Mehrheit von über 100 Stimmen. Die Regierung hat daher beschlossen, zu bleiben. Es ist interessant, zu erfahren, daß sich von den 41 Arbeiterparteilern nur 11 an der Abstimmung, und zwar zugunsten der Regierung, beteiligten.

London, 12. November. Unterhaus. Vor vollendetem Hause und unter allseitiger großer Erregung, gab Ministerpräsident Asquith die Erklärung ab, er werde morgen einen Vorschlag einbringen dahingehend, daß die gestrige Entscheidung des Hauses über das Amendement Banburys für ungültig erklärt werde. (Lachen auf

Seiten der Opposition, Beifall bei den Ministeriellen.) Die Debatte über diesen Vorschlag wird allgemeinen Charakter tragen und die Abstimmung darüber wird auf ein Vertrauensvotum hinauslaufen. Die finanziellen Vorschläge der Homerulebill werden Gegenstand neuer Erwägung sein, wenn der Vorschlag angenommen wird und es besteht kein Zweifel, daß sich die Regierung ihre gewöhnliche Majorität sichern wird.

### Aus der Partei.

#### Unser französisches Zentralorgan, die „Humanité“.

Unser französisches Zentralorgan, die „Humanité“, wird vom Dienstag, den 25. Januar, an sechsseitig erscheinen. Außerdem soll das Blatt, wie in der Montagsnummer mitgeteilt wird, in Zukunft in einer der Partei gehörigen Druckerei hergestellt werden. Der Nationalrat (Parteiausschuss) beschloß, eine neue Auflage von 300000 Franc zu diesem Zweck aufzunehmen. Die Frage kommenden Korporationen erwarten, daß durch die Errichtung einer eigenen Druckerei für die „Humanité“ die erzielten jährlichen Ersparnisse sich auf nicht weniger als 40000 Franc belaufen werden.

#### Protokoll vom Cheminier Parteitag.

Die erste Auflage ist vollständig vergriffen. Organisationen, die ihre Bestellungen noch nicht aufgegeben haben, bittet der Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co. m. b. H., Berlin, dies sofort zu tun, da die zweite Auflage der Höhe der eingegangenen Bestellungen angepaßt wird und ein weiterer Nachdruck nicht stattfindet.

#### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

##### 1000 M. Geldstrafe

erhielt der frühere Redakteur der „Freien Volkszeitung“ in Göttingen (Württemberg), Genosse Dr. Thalheimer, vom Schounggericht Ulm judiziert für zwei Artikel, in denen eine Aufreizung zum Klassenhass und zwei Aufforderungen zum Ungehorsam gegen Gesetze erlitten wurden. Von den beiden letzteren Vergehen wurde eines von den Geschworenen verneint, das andere bejaht, ebenso die Aufreizung zum Klassenhass. Der eine Artikel richtete sich unter der Aufschrift: „Reserve hat Ruh“ an die entlassenen Reservisten, die aufgefordert wurden, sich der Sozialdemokratie anzuschließen. Um das Maß der Empörung zu illustrieren, das der Militarismus auslöste, wurde das Beispiel des albanischen Soldaten angeführt, der seinen Offizier erschoss, weil ihm dieser eine Beleidigung zugefügt hatte. Unter dem Widerspruch des Angeklagten nahm der Staatsanwalt an, daß zur Abschaffung dieses Beispiels aufgefordert wurde. Der andere Artikel bildete einen Bericht über eine Rekrutenabschiedsfeier, in dem gebiet wurde, gegebenenfalls sollten sich die Soldaten des 4. und 5. Gebots erinnern und sich nie gegen das eigene Volk mißbrauchen lassen. Dieser Satz wurde als Verletzung des Genossen Anfel, der eine Ansprache gehalten hatte, wiedergegeben. Anfel, gegen den gleichfalls feinerzeit Anklage erhoben worden war, bestritt, so gesprochen zu haben und wurde deshalb außer Verfolgung gesetzt.

### Der Balkankrieg.

#### Bürgerliche Abgeordnete gegen den Krieg.

Wien, 12. November. (B. T. Z.) Abgeordnetenhause. Nach einer 4 1/2 stündigen Rede des slowenischen Abgeordneten Verstobfel sprachen die Abgeordneten Koller, Renner und Stranitzky. Letzterer wurde wegen der Ausfälle gegen den Justizminister wiederholt zur Ordnung gerufen, was von den Sozialdemokraten und Tschechen mit lärmenden Protestrufen erwidert wurde. Die gestern eingebrachte Vorlage betr. Abänderung des Wechsellrechts wurde im dringlichen Wege ohne Debatte in allen Lesungen angenommen. Am Schlusse der Sitzung protestierte der alldeutsche Abgeordnete Pro auf das nachdrücklichste gegen die etwa bestehende Absicht, deutsches Blut für die Rettung der verfehlten österreichischen Politik hinzugeben, während die österreichischen Slaven offen mit den Balkanslaven fraternisieren. Der Präsident möge die maßgebenden Faktoren zu einer baldigen Erklärung der unbedingten Friedensabsichten der Monarchie veranlassen.

Der tschechisch-radikale Abgeordnete Kofjac erklärte, die Bevölkerung ohne Unterschied der Nationalität wolle keinen Krieg. Der christlich-sozialen Abgeordnete Frenschke lief dagegen: Dann muß aber erst Serbien seine Frechheiten beiseite lassen! (Anhaltende Zwischen- und Pfuirufe bei den tschechisch-radikalen und andauernder großer Lärm.) Abgeordneter Kofjac erklärte fortzufahren: Die Tschechen wollen eine aufrichtige Freundschaft mit den vereinigten Balkanstaaten. Das Balkanproblem muß definitiv gelöst werden. Wer eine Autonomie Albaniens verlangt, gefährdet die weitere Ruhe Europas. Die Slaven verlangen, daß ihre Gefühle ebenso respektiert werden, wie die deutschen. Kein Krieg mit Deutschen und auch nicht mit Slawen! (Beifall bei den tschechisch-radikalen.)

#### Ständiges Vorrücken der Bulgaren.

Sofia, 12. November. (B. T. Z.) Die „Agence Bulgare“ meldet: Die in Mazedonien operierenden bulgarischen Truppen haben am 6. November die Städte Strumiza und Demirhissar eingenommen. Die bulgarischen Truppen drängen vorgeschoben bis zu den Tschataldtscha-Stellungen vor, ohne auf irgendwelchen Widerstand zu stoßen. Die Städte Rodast, Gregli, Silivri und Ridia sind besetzt. Die zweite bulgarische Armee, die Adrianopel belagert, zieht den Belagerungsring um die Stadt immer enger. Die Forts Papazlepe und Kartalpepe sind eingenommen worden. Die Gerüchte, daß die Bulgaren bei Einnahme dieser Forts große Verluste erlitten hätten, entbehren jeder Begründung.

### Letzte Nachrichten.

#### Protestaktion gegen das russische Bluturteil.

Petersburg, 12. November. (B. T. Z.) In einem großen Teile der hiesigen Fabriken wurde heute als Protest gegen das in Sebastopol gegen 17 Matrosen gefällte Todesurteil gestreift. Auch in Riga traten die Arbeiter vielfach in den Ausstand.

#### Chinesischer Protest gegen das russische Intrigenspiel in Ostasien.

Mukden, 12. November. (B. T. Z.) Das russisch-mongolische Uebereinkommen hat in der gesamten Presse große Erregung hervorgerufen. Die Blätter erblicken in demselben den Wiederbeginn der russischen Tätigkeit im fernem Osten und sehen eine baldige Annexion der Manchurien voraus. Angesichts der erwiesenen Feindschaft Russlands gegen China klagen sie Rußland an, daß es die Zurückführung Chinas einseitig und fordern die Regierung auf, mit einer militärischen Expedition nach Asien darauf zu antworten. Sie sind überzeugt, daß die Nation die Würde und Integrität Chinas zu schützen wissen wird.



# Unerläßliche Pflichten!

## Arbeiter, Partei- und Gewerkschafts- genossen Berlins!

Am Sonntag, den 17. November, von  
10—6 Uhr, findet die

### Gewerbegerichtswahl

statt.  
Es ist deshalb zur Vermeidung der Ueberfüllung der Wahllokale am Sonntag die **unerläßliche Pflicht** eines jeden Arbeiters, möglichst schon des Vormittags zur Wahl zu gehen und seine Stimme für die **Nummer V**, der Liste der **Freien Gewerkschaften** abzugeben.

Ebenso unerläßlich ist es für jeden Arbeiter und jede Arbeiterin, in einer der

### Protestversammlungen gegen den Krieg zu erscheinen, um für den Frieden zu demonstrieren!

## Partei- und Gewerkschafts- genossen!

Am Sonntag gilt es doppelt die Pflicht zu tun!

Alle Genossen, die sich schon zur Wahlhilfe am Sonntag bereit erklärt haben, sind von dem Besuch der Protestversammlungen befreit.

**Der Zentralvorstand**      **Der Ausschuss**  
**der Sozialdemokratischen**      **der Gewerkschaftskommission**  
**Wahlvereine.**      **Berlins und Umg.**

### Quittung.

Im Monat Oktober gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

- 2. Köln Reg. B. 20, —, Hamburg, f. Strimensch. 1. Du. 158,80.
- 3. Barmen, a. Konto 1. Du. 1000, —, Berlin A. P. Hansdiertel 8, —, 5. Dresden-Land 8. f. Str. a. Konto 4000, —, 8. 3. oldend. Nr. 3. u. 1. Du. 124,90; Dresden Ost u. West, 1. Du. 1988,80.
- 9. Falkenberg O./S. B. 2. 3, —; Wes. Vonnern f. 13. Nr. 4. Du. (Kantam-Demmin 22,74, Ulfedom-Wolfin 143,22, Randow-Greifenhagen 688,21, Steintin 531,63, Pirny 18, —, Rausgach-Regenwalde 16,20, Greifenberg 9,80, Witow-Schlwe 7,20, Köstlin-Kolberg 71,28, Belgard-Dramburg 10,11, Reustettin 19,59, Stralund 208,80, Greifswald 93,81) Summa 1791,09.
- 11. Soargemünd-Gordach 1. Du. 36,87; Efen, 1. Du. 991,40; P. P. S. 4. Du. 206,80 (darunter Kattowig 73, —, Deuthen 35,94); Gr.-Berlin f. Binnenich. 66,80; Spandau f. Binnenich. 7,60.
- 14. Mürs-Nees 1. Du. 141,65; „Himmelsinstrument“ 1,60; Kirten-Vorwärts 20, —.
- 15. 2. oldend.

### Kleines feuilleton.

Wann begannen die Kriegsrüstungen der Balkanstaaten? Erst die Zukunft wird vielleicht einmal enthüllen, an welchem Zeitpunkt die heute verbündeten vier Balkanstaaten miteinander in nähere Fühlung traten und den Krieg beschlossen. Aber wenn die Geheimmaten auch in strenger Verwahrung gehalten werden, eine Reihe von Fingerzeigen sind doch vorhanden: die Statistik liefert uns ein Material, das wertvolle Schlüsse gestattet. Der französische Statistiker Max Dutaay vergleicht die Anläufe von Kriegsmaterial, die während der letzten zehn Jahre von den drei größeren Balkanstaaten in Europa gemacht worden sind. Die Zahlen für das aus Deutschland und England bezogene Kriegsmaterial waren nicht zu erlangen, dafür aber die Zahlen der Räte in Frankreich, wo große Mengen von Munition, Pulver, Handfeuerwaffen und auch Geschütze bestellt und abgenommen wurden. Da zeigt sich denn, daß bis zum Jahre 1906 die Bestellungen auf Kriegsgeschütze verhältnismäßig gering geblieben sind, nur im Jahre 1904 ist bei Bulgarien und Griechenland eine gewisse Zunahme festzustellen, die in beiden Staaten mit der Reorganisierung der Artillerie zusammenhängt und bereits 1906 wieder abnimmt. Mit dem Jahre 1907 aber beginnt plötzlich und zwar gleichzeitig bei den drei Balkanstaaten eine ganz gewaltige Zunahme der Bestellungen. Die Zunahme, die so überraschend gleichzeitig einsetzt, ist ganz beispiellos. Ein Vergleich der Anläufe von Kriegsmaterial während der Jahre 1902 bis 1906 und während der Zeit von 1907 bis 1911 läßt deutlich erkennen, daß sich im Balkan besonders vorbereiten mußte. In den ersten fünf Jahren werden an Kriegsgeschütze insgesamt gekauft: von Bulgarien 2428 Zentner, von Griechenland 3410 Zentner und von Serbien gar nur 35 Zentner. Dem gegenüber steigen die Anläufe von 1907 bis 1911, also für einen Zeitraum gleicher Dauer, bei Bulgarien auf 16 951, bei Griechenland auf 18 177 und bei Serbien auf 16 219. Aber die angegebenen Zahlen werden noch ausdrucksvoller, wenn man sie in Parallele setzt mit den Staatsanleihen, die die drei in Frage stehenden Reiche in der gleichen Zeit aufgenommen haben und die zur Verbilligung der Rüstungen und zur Verhartung des Kriegsgeschäftes dienen. Da zeigt sich, daß von 1902 bis 1906 Bulgarien 103 Millionen, Griechenland 179 Millionen und Serbien 177 Millionen annahmen. Auch hier beginnt mit dem Jahre 1907 gleichzeitig bei allen Beteiligten die Wandlung. Bulgarien nimmt von 1907 bis 1911 494 Millionen in Anleihen auf, Griechenland 688 Millionen und Serbien 507 Millionen. Dreiviertel der Anleihen, die von den drei Staaten in den letzten zehn Jahren aufgenommen wurden, entfallen auf die Zeit seit 1907.

Das Filmdrama. Die Befürchtungen, die hier anlässlich des Uebergangs der deutschen Bühnenschriftsteller ins Lager der Filmproduktion ausgesprochen wurden, werden von einem der Ueberläufer selbst geteilt. Ernst von Wolzogen schreibt der „Frankfurter Zeitung“:

- Nr. 1. Du. 881,10; 2. Hammov. Nr. 1. Du. 78,80; Berlin Dr. 2. A. 100, —; Nordische Wasserfante 100 000, —; Leipzig, 18. f. Str. 1. Rate pr. 1912/13 8000, —.
- 17. Frankfurt a. M. 1. Du. 1913, 10.
- 18. Freiberg, 9. f. Str. 1. Du. 310,16; Salzwedel-Gardelegen 1. Du. 80,72; Dittmarshen-Steinburg 1. Du. 568,51.
- 19. Wodum 1. Du. 957,81; Kafau-Ludau 1. Du. 824,94.
- 22. Berlin Verbandsmittgl. d. „Vorwärts“ 150, —; Wotsdam-Tihavell 1. Du. 684,22; Colmar i. E. 1. Du. 60,24; Magdeburg 1. Du. 1689,22; Altona f. Binnenich. 10,80; Mülheim i. E. 1. Du. 251,70; Konstanz 1. Du. 172,18; Düsseldorf 1. Du. 1782,94; Offenbach-Dieburg 3. 4. u. 1. Du. 1049,55; Hagen-Schwelm 1. Du. 709,31.
- 23. Jittau 1. f. Str. 1. Du. 402,72; Augsburg 3. 4. u. 1. Du. 682,74; Rammheim 1. Du. 1290,01; 24. W.-Glaboch 1. Du. 145,20; Duisburg-Mülheim 1. Du. 1088,72; Reddinghausen-Borken 1. Du. 506,80; Eisenach-Darmbach 1. Du. 131,70.
- 25. Prenzlau-Angermünde 79,20; F. resden, 4. f. Str. a. Konto 1000, —; Krefeld 1. Du. 311,19; Dessau-Herbst 1. Du. 631,15; Halle a. S. 1. Du. 1641,84.
- 26. Offenbach 7. Du. 1. Du. 117,78; Lüneburg 1. Du. 292,98; Darmstadt-Gr.-Gerau 1. Du. 509,28; Berlin 3. Auftr. d. . . . b. Verthe, Krenede und Voigt 200, —; 10. Du. 1. Du. 556,39.
- 28. 9. Du. 1. Du. 634,85.
- 29. Vörsch, 4. Du. 1. Du. 125,01; 12. Du. 1. Du. 1911/12 6,24; 13. Du. 1. Du. 1911/12 15,80; 14. Du. 1. Du. 1911/12 0,24; Barmen-Eberfeld 1. Du. 250, —; Fürstentum Lüneb. 452,62.
- 30. Lage 4. Du. 1. Du. 96, —; Schleswig, 3. Schlesw.-holst. Nr. 1. Du. 252,00; 8. u. 10. Schlesw.-holst. Nr. 1. Du. 2800, —; Berlin K. P. 3. u. 4. Du. 6, —; 31. Hensburg 1. u. 2. Schlesw.-holst. Nr. 1. Du. 466, —; Neuh. a. 2. 1. Du. 288,47; Berlin Vese- und Distrikterklub „Joh. Jacoby“ 5, —; Berlin A. B. 50, —; P. S. 50, —; Racheles 10, —; Knabe 3, —; zwei deutsche Genossen in Sydne (Australien) 3,65; Dennig Argentinien 5, —; Groß-Berlin a. Konto seiner 8. Nr. 15 000, —; darunter: 5. Nr. für ein Referat Drucker 1, —, Alexander 3, 6, —, S. B. Referat 2, —, König 1, —, Weg. 799 3,40, Bay-Karl 3, —, Dr. Nofes 1, —, A. B. Mitter 1, —, Fleisig b. Jdert 1, —, Damen-Mantel-Geschäft von Artur Simon 5, —, Bei Pelzern überm See gefahren 2,80, Döppler 4, —, Sechsterklasse Abt. Schoper A. E. G. 10, —, Silberhochzeits-Ueberschuß Albert Friedrich A. E. G. 3,65, Gutenberg 27,80.

Berlin, den 11. November 1912.  
Für den Parteivorstand:  
Otto Braun, Lindenstr. 3.

Wir haben unter Nr. 7918, A. Gerisch, J. Eberl, O. Braun, Berlin, Lindenstr. 3. beim Postfachamt Berlin ein Postfachkonto und ersuchen daher dringend, alle Geldsendungen mittels Zahlkarte auf unser Postfachkonto zu bewirken. Es können darauf an jedem Posthalter Beträge bis 10 000 M. portofrei für und eingezahlt werden. Zahlkarten mit eingedruckter Adresse senden wir auf Wunsch zu.

### Staat und Kommune.

Die staatliche Gesetzgebung weist der Regierung einen Einfluß auf die Kommunen zu, der weit über das hinausgeht, was mit den bescheidensten Begriffen von Selbstverwaltung in Einklang zu bringen ist. Die Vertreter der staatlichen Bürokratie suchen jedoch bei jeder sich darbietenden Gelegenheit den Einfluß des Staates auf die Kommunen selbst über das gesetzlich zulässige Maß zu vermehren und zerstören damit sogar den Schein einer Selbstverwaltung. Sie scheuen sich dabei nicht, die eigenartigen Mittel anzuwenden. Zwei drastische Fälle dieser Art kamen in der letzten Sitzung des Rießer Stadtparlaments zur Sprache.

Vor mehreren Jahren erbaute die Stadt auf ihre eigenen Kosten eine höhere Schiffs- und Maschinenbauerschule für den Staat. Nach dem mit dem Staat abgeschlossenen Vertrage war die Stadt nicht nur verpflichtet, das Gebäude auf ihre Kosten zu errichten, sondern auch das Schulgebäude erstmalig mit den erforderlichen Schulgeräten auszustatten. Auch dieser Teil des Vertrages wurde von der Stadt erfüllt. Ja die Stadt leistet noch einen jährlichen Betrag von 24 000 M. für die Schule und gibt noch über 4000 M. für Unterhaltung der Gebäude usw. aus. Durch Verfügung des Handelsministers ist nun eine neue Klasse eingerichtet und dadurch die Unterrichtsdauer von vier auf fünf Jahre verlängert worden. Durch diese neue Klasse wurden neue Inventargegenstände nötig, und die Regierung verlangte, daß

„Ich fürchte, daß ich ebenso wenig wie Hauptmann und Halbe davon profitieren werden, überhaupt kein Dichter, dessen Stärke in der Psychologie, in der Erweckung poetischer Stimmung, im Reiz des sprachlichen Gewandes beruht. Brauchbare Filmdramatiker werden sicherlich nur solche Dichter werden, die spannende Handlungen, packende Situationen zu erfinden und mit ihrer Tendenz das Massenempfinden zu treffen wissen. Die „Weder“ könnten also möglicherweise ein packendes Kinodrama abgeben — obwohl auch sie natürlich in solchen summen, zweidimensionalen Zuständen ihrer tiefsten Wirkung beraubt würden. Im allgemeinen aber fürchte ich, daß wir uns um die Hebung des Kinos ziemlich vergeblich bemühen werden, denn das Wesere, das möglicherweise bei den Bemühungen vereinzelter wirklicher Poeten herauskommen könnte, das dürfte schwerlich dem Massenempfinden zuzugewandt und folglich die Massen von den Kassen fernhalten — was wiederum nicht nach dem Geschmack der Unterhalter sein dürfte. . . . Das künstlerisch veredelte Lichtspieltheater wird bestenfalls eine Zeitlang eine beliebige Modesunterhaltung für kultivierte Leute abgeben.“

Wolzogen plädiert aber für sich und seine Kollegen um mildere Umstände. „Darf ein vernünftiger Mensch es ehrlichen Künstlern, die von der Feder leben, im Ernst verübeln, wenn auch sie von solcher Mode zu profitieren suchen, so gut wie ein Caruso in den Grammophonrichtern singt oder ein Busoni für ein automatisches Klavier spielt?“

Der Vergleich hinlt zwar auf allen Vieren, beweist aber, daß die Industrialisierung der Kunst auch die mit goldenen Fesseln umstrickt, die die geschworenen Gegner dieses Prozesses sein sollten.

Ein Wörterbuch der bayerischen Mundarten. Die bayerische Akademie der Wissenschaften will die bayerischen Mundarten aufnehmen und erläßt zu diesem Zwecke einen Aufruf, der zur Mitarbeit breiter Schichten auffordert. Der Arbeitsplan — heißt es darin — steht bis ins einzelne hinein fest. Das große Werk kann aber nur gelingen, wenn seine Aufgabe einen lebendigen Widerhall im ganzen Lande findet und sich bei der Akademie der Wissenschaften Sammler melden, die zu dauernder Mitarbeit bereit sind. Diese Sammler können eine bescheidene Entschädigung erhalten, aber bei der Freude, die bekanntermaßen gerade in Bayern allerwärts in dialektischen Dingen, an den Formen, dem Reichen und treffenden Wortschatz, an den prächtigen sprichwörtlichen Wendungen an der schlagenden Ausdrucksweise unserer Stämme und ihrer Sitten herrscht, ist es zu hoffen, daß sich auch viele freiwillige Sammler melden werden — ländliche Männer und Frauen, die mitten im Leben stehen, die zum Teil selbst darauf stolz sind, Kenner ihrer heimatischen Sprache zu sein. Geschäftsleute, Geistliche, Lehrer, Beamte, Deponomen u. a., alle werden willkommen sein. Die Dialekte werden, wie sich dies anderwärts, zum Beispiel in der Schweiz, bereits bewährt hat, gewissermaßen abgefragt. Alle 14 Tage erhalten die Sammler einen Fragebogen, der ausgefüllt werden muß; die Fragen sind einfach und von jedem, der in Mundart und Sitte Bescheid weiß, leicht und schnell zu beantworten. Die Fragebogen gehen alsdann an die Zentralstelle, die Bayerische Akademie der Wissenschaften, selbstverständlich

die Stadt Kiel die Kosten trage. Für dieses Verlangen war weder eine rechtliche Unterlage gegeben, noch konnte es sich auf Billigkeitsgründe stützen. Eine rechtliche Unterlage bestand nicht, weil nach dem Vertrage die Stadt die Schule nur erkaufte und für die damals festgesetzte Klassenzahl (vier) mit Schulgeräten auszustatten hatte. Billigkeitsgründe können nicht geltend gemacht werden, weil, wie oben geschildert, die Stadt Kiel schon große Opfer für die Schule gebracht hat und noch bringt, trotz ihrer traurigen Finanzlage, die die Erhebung von 250 Proz. Gemeindesteuerzuschlag erfordert. Der Magistrat lehnte das Ansuchen ab. In einer Besprechung zwischen Vertretern der Stadt und der Regierung erkannten die Regierungsvorteiler an, daß eine rechtliche Verpflichtung zur Tragung der Kosten für die Stadt nicht bestehe, kamen jedoch überein, daß die Stadt 1/3 der Kosten tragen solle, jedoch unter dem Vorbehalt, daß diese Beteiligung an den Kosten keine Konsequenzen für die Zukunft für die Stadt Kiel haben solle. Auch diesen Vergleichsvorschlag lehnte der Magistrat ab.

Daraufhin erhielt der Magistrat der Stadt Kiel durch den Regierungspräsidenten in Schleswig eine Verfügung des preussischen Ministers für Handel und Gewerbe zugesandt, die am Schlusse folgende Drohung enthält:

„Sollten die Mittel zur Beschaffung des Inventars gleichwohl von der Stadt zu dem von ihr verlangten Teile nicht bereitgestellt werden, so wird der Herr Minister, um mit den bisherigen Unterrichtsraum auszukommen, in jedem vierten Halbjahr die Schüleraufnahme auszuweichen gezwungen sein. Dies wird nicht nur die Erhöhung der Schülerzahl verhindern, sondern für die Stadt auch den Nachteil haben, daß unter Umständen die einheimischen Schüler ihre Ausbildung um ein halbes Jahr verschieben oder auf auswärtige Schulen gehen müssen. Ebenso werden Schüler, die nicht versetzt werden können (in jedem Halbjahr aus einer Klasse), gezwungen sein, die Anstalt zu verlassen.“

In dünnen Worten heißt das unter Variierung eines bekannten Sprichwortes: Willst Du mir nicht zu Willen sein, dann schlag ich Dir die Schule ein! Der Magistrat glaubte unter diesen Umständen die Bewilligung der Kosten den städtischen Kollegien empfehlen zu müssen. Der Redner der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Decour, geistelte scharf das Vorgehen des Ministers, das einer Erpressung sehr ähnlich sehe. Die Kollegien sollten es wirklich einmal darauf ankommen lassen, ob der Minister den Mut habe, einen solchen Mißbrauch von seiner Macht zu machen, wie er angedroht hatte. Das Vorgehen unserer Fraktion hatte den Erfolg, daß nur vier bürgerliche Stadtverordnete für den Magistratsantrag stimmten, das Ansuchen des Ministers also abgelehnt wurde. Jetzt wird der Minister zeigen können, ob er seinen angedrohten Vandalismus durchzuführen gedenkt, wo eben erst anlässlich der Jubiläumsfeier für den preussischen Friedrich II. Preußen in den höchsten Tönen als Kulturstaat gefeiert worden ist, und die Regierung und die höchsten Stellen nichts unterlassen haben, sich selbst als Kulturförderer hinzustellen.

Der zweite Fall liegt auf dem Gebiete des Polizeiwesens. Kiel hat seit dem 1. April 1908 königliche Polizei, und zwar ist sie der Stadt durch die Regierung aufgezwungen worden. Die Befugnisse der königlichen Polizei sind vom Minister durch ein Regulatorium in einem Umfange festgelegt worden, den schon damals der städtische Polizeimeister, Bürgermeister Lorenz, für ungeschicklich hielt. Nach diesem Regulatorium ist der königlichen Polizei die Ausübung der Sicherheitspolizei übertragen worden, und zwar sind genannt als Funktionen der Sicherheitspolizei: 1. die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung, Ruhe und Sicherheit auf den öffentlichen Straßen, Plätzen und Wegen, sowie anderen Orten öffentlicher Art, einschließlich des Nachwachsdienstes, 2. das Presch-, Vereins- und Versammlungswesen, 3. die Fremdenpolizei, einschließlich des polizeilichen Meldewesens, 4. die Kriminalpolizei, 5. die Sittenpolizei, 6. die Gewerbepolizei, 7. die Ausstellung von Jagdscheinen.

Nun hat kürzlich aus Anlaß einer Gewerbebesuche das Oberverwaltungsgericht ein Urteil gefällt, aus dem mit ungewöhnlicher

gegen Portoerlay, zurück und werden in der dort eigens für diesen Zweck errichteten Kanzlei geordnet und verarbeitet. . . . Die Aufgabe ist bedeutend, patriotisch und von allgemeinem Interesse. Ein Volk von 10 Millionen, dem so viel umfaßt der bayerische Dialekt in Bayern und Oesterreich, ferner die bayerischen Franken und die Rheinpfälzer sollen ihre Mundarten sammeln, daß noch die spätesten Zeiten davon Kunde haben werden. Das gesamte Volk soll gewissermaßen mitarbeiten an der Errichtung eines Schatzhauses, in dem die Zeugnisse des volkstümlichen Fühlens, der Erfindung und der Phantasie des Volkes dauernd bewahrt werden. Dieses Ziel jetzt fest ins Auge zu fassen, ist die höchste Zeit.“

### Humor und Satire.

#### Vor und hinter den Kirkliffen.

Der Kriegskorrespondent einer Berliner Zeitung telegraphierte:

Konstantinopel, 27. Oktober. Seit gestern abend schwirren durch die Luft unkontrollierbare Gerüchte, deren Richtigkeit ich zu prüfen außerstande bin, da wir Korrespondenten bekanntlich nicht an die Front gelassen werden. Man munkelt nämlich von Absichten der Feinde auf Kirkliffa. Inbes erfahre ich auf dem hiesigen auswärtigen Amt, also authentisch, daß es Wahnsinn wäre, von einer Gefährdung dieser Festung zu reden. Ganz im Gegenteil habe ein Ausfall der Türken aus Kirkliffa die Bulgaren nahezu ausgerieben.

Telegramm der Berliner Zeitung an ihren Kriegskorrespondenten:

Berlin, 27. Oktober. Zur gefälligen Notiz, daß die Bulgaren Kirkliffa längst erobert haben.

Telegramm des Korrespondenten:

Konstantinopel, 28. Oktober. Im Besitz Ihrer wertvollen Depesche beileibe ich mich Ihnen zu drücken, daß Kirkliffa sich seit einiger Zeit in den Händen der Bulgaren befindet. Meine Nachricht darf füglich nicht angezweifelt werden, da sie aus bester Quelle, nämlich aus Berlin, kommt. Es wäre mir erwünscht, auch weiterhin von Ihnen mit gleich zuverlässigen Informationen versorgt zu werden. („Luftige Blätter.“)

### Notizen.

— Musikant. In der Kurfürsten-Oper wird wegen plötzlicher Indisposition von Hrl. Salzen und Herrn Merkel „König Harlekin“ erst am Freitag wiederholt. An den anderen Tagen wird der „Aufreigen“ gegeben.

— Dichterabende. Das Schiller-Theater veranstaltet im Schilleraal (Charlottenburg) am 17. November einen Otto Ernst-Abend, am 24. Nov. einen Ludwig Fulda-Abend. Für beide Abende haben die Dichter selbst sich zur Verfügung gestellt.

— Die Venezianische Nacht, die neue Pantomime von Vollmöller, die von der englischen Zensur erst verboten und dann freigegeben war, erlebte am Montag ihre Erstaufführung im Londoner Palacetheater. Trotz aller Künste Reinhardtischer Ingenierkunst blieb der Erfolg indes bei Publikum und Presse gering.



Markeit hervorgeht, daß sich die preussische Regierung in punkto Polizeimacht in Kiel viel mehr Recht angemahlt hat, als ihr zusteht. Das Urteil stützt sich auf den Absatz 3 der schleswig-holsteinischen Städteordnung, der lautet:

Dem Minister des Innern steht mit den in der gedachten Verordnung von 1807, namentlich in den in §§ 2 und 3 bezeichneten Maßnahmen die Befugnis zu, in Festungen, oder in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern die Sicherheitspolizei, insbesondere die Verfolgung von Kriminal- und Polizeivergehen, einer besonderen Staatsbehörde oder einem besonderen Staatsbeamten zu übertragen. Aus besonderen Gründen kann zeitweilig dieselbe Einrichtung auch auf andere Zweige der Ortspolizei ausgedehnt und ganz oder teilweise auch in Städten anderer Kategorien eingeführt werden. Im Falle der Teilung der Ortspolizei normiert ein vom Minister festzusetzendes Regulative die Grenzen der Kompetenz.

Das Urteil des Oberverwaltungsgerichts will ausdrücklich den Begriff der Sicherheitspolizei im Sinne der schleswig-holsteinischen Städteordnung eng ausgefaßt wissen, es sagt nämlich, er bedeute nur den Schutz der Rechtsordnung gegen Verletzung durch einzelne Personen. Nach diesem Urteil hat sich die Staatsregierung für ihre königliche Polizei in Kiel viel zu weitgehende Kompetenzen angemahlt, Kompetenzen, die sie nach dem Gesetz nur höchstens zeitweilig beanspruchen kann. Nach dem Urteil des Oberverwaltungsgerichts würden die Gewerbepolizei, die Ausstellung der Jagdscheine, die Fremdenpolizei und das Meldewesen ganz, das Pöbel-, Vereins- und Versammlungswesen und die Sittenpolizei zum mindesten zum größten Teile, von der Ortspolizei auszuüben sein. Auf allen diesen Gebieten hat die königliche Polizei ihre Tätigkeit ungeschickt ausgeübt. Die Stadt Kiel hat an den Staat seit 1898 viel zu hohe Polizeikostenbeiträge bezahlt, denn sie hätte selbstverständlich die polizeilichen Aufgaben, die ihr widerrechtlich genommen, viel billiger gemacht.

Die sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion hat in der letzten Stadtkollegiumsitzung den Magistrat interpelliert, was er zu tun gedenke, um die der städtischen Polizei zustehenden Befugnisse zurückzuerlangen und die seit 1898 zu viel gezahlten Polizeikostenbeiträge zurückzuerhalten. Der Oberbürgermeister erklärte im Namen des Magistrats, daß dieser nach Einsichtnahme in das schriftliche Urteil die sich aus dem Urteil ergebenden Konsequenzen prüfen werde. Hoffentlich zeigt der Magistrat in dem bevorstehenden Kampfe mit der Staatsregierung die nötige Energie, jedenfalls wird die sozialdemokratische Fraktion alles tun, ihm das Rückgrat zu steifen.

Die beiden Fälle zeigen, wie bitter nol der Kampf um das freie Preußenwahlrecht ist. Nur über die Trümmer des Dreiklassenwahlrechts geht der Weg zur freien Selbstverwaltung der Gemeinden.

## Schweizerischer sozialdemokratischer Parteitag.

Neuenburg, 8. November. (Fig. Ver.)

Der Parteitag wird abends 8 Uhr in der Aula der Universität vom Parteipräsidenten Genossen Dr. Studer-Winterthur mit einer längeren Ansprache eröffnet, in der er den Ernst der allgemeinen politischen Situation hervorhob und auf die Andebungen der internationalen Sozialdemokratie gegen den Krieg und für den Frieden hinwies. Er hofft, daß der in Basel stattfindende internationale Sozialistenkongress von allen Ländern zahlreich besucht werde.

An die Eröffnungsworte schloß sich die Bureauwahl; es wurden Dr. Studer als Präsident, Aniger-Neuenburg als Vizepräsident, Platten, Rahnradich-Büchli und Ridi-Boussanne als Schriftführer gewählt. Die Verhandlungen werden förmlich aufgenommen. Ein Begrüßungstelegramm des sozialdemokratischen Parteivorstandes in Berlin wird mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Die Rechnung des Parteikassierers für die Zeit von Ende Januar bis Ende Oktober zeigt in Einnahme und Ausgabe 21 250,94 Frank und ein Vermögen von 7445,45 Frank. Der Militärfonds beträgt 4575,50 Frank, der Prozeßfonds für die Presse 697 Frank. Die Zahl der organisierten Parteigenossen, für die Beiträge bezahlt sind, beträgt 27 500, um etwa 5000 bis 7000 mehr als vor Jahresfrist, die sich auf 590 lokale Organisationen verteilen. Es sind nur noch wenige sozialdemokratische Organisationen, die nicht in dieser Form im Rahmen der Gesamtpartei eingegliedert sind. In dem im Druck vorliegenden Jahresbericht der Geschäftsleitung der Partei macht Präsident Dr. Studer eine Reihe ergänzender mündlicher Bemerkungen. Darüber entspann sich eine lebhaftige Debatte, die verschiedene Anregungen und Anträge zeitigte. Ins internationale sozialistische Bureau wurden gewählt als Vertreter der schweizerischen Sozialdemokratie Dr. Studer und Moor-Vern, als Ergänzungsmänner Sigg-Gensf und Raine-Chaux-de-fonds.

Durch Erheben von den Säben wurde einstimmig der Resolution des internationalen Bureaus gegen den Krieg zugestimmt. Von den weiteren Beschlüssen seien erwähnt: Die Mitglieder der Geschäftsleitung erhalten eine Jahresentschädigung von 350 Frank, der Parteikassierer 250 Frank; das Jahrbuch der Partei soll mit dem Parteitagprotokoll vereinigt und in dieser Form in Zukunft herausgegeben werden und davon sollen die Organisationen auf je 100 Mitglieder ein Exemplar kaufen; auf einem der nächsten Parteitage soll die Frage der Einführung des eidgenössischen Finanzreferendums behandelt werden. Der Geschäftsleitung zur Prüfung werden überwiesen die Agitation gegen den Alkoholmißbrauch innerhalb der Arbeiterklasse und die Errichtung einer Schweizer Arbeiterbank. Der Antrag der Genfer Genossen, beim internationalen sozialistischen Bureau darauf hinzuwirken, daß der nächstfolgende internationale Sozialistenkongress in Genf abgehalten werden soll zur Erinnerung an den 1898 dort abgehaltenen ersten Kongress der Internationale wird dem Wiener Kongress zum Entschluß überwiesen.

Recht diskutiert wird der Antrag der Genossen des Kantons Neuenburg zur Frage des Generalstreiks als Antwort auf eine Kriegserklärung. Die Geschäftsleitung der Partei beantragte Ablehnung, während Grimm-Vern gegen eine bestimmte Beschlusfassung sich wendet, eventuell aber es auch ablehnt, die Arbeiter zum Ausmarsch in einen Krieg zu veranlassen.

Hier wird nach 10 Uhr abgebrochen.

Neuenburg, 9. November. (Fig. Ver.)

Die Verhandlungen der heutigen Sitzung werden eröffnet mit einer Erklärung des Genossen Bullshlegler-Vasel zu seinem über die Lebensmittelzölle, speziell die kommunalen Maßnahmen gegen die Teuerung bereits in der Presse veröffentlichten Referat. In demselben schildert er die Entwicklung der Volkswirtschaft in der Schweiz und insbesondere die erhebliche Erhöhung der Lebensmittelzölle im Jahre 1902 und die Handelsverträge von 1906. Er zeigt die bedeutenden Preissteigerungen für alle Lebensmittel und die schwierige Gestaltung der Lage der arbeitenden Klassen. Die schönen Bestimmungen in der Bundesverfassung gegen die Belastung der Lebensmittel mit hohen Zöllen sind völlig mißachtet worden. Auf die nächste Revision des Zolltarifs und der Handelsverträge hin haben wir uns zu rufen und dabei auch die Einführung des staatlichen Getreide- und Reismonopols zu prüfen. Unsere Parteileitung soll mit den Zentralverbänden des schweizerischen Konsumverbandes, des Gewerkschafts- und des Arbeiterbundes in Verbindung treten, um den nächstjährigen Parteitag in den Stand zu setzen, mögliche

Das Handlungsgeschehen der sozialdemokratischen Partei mit den Konsumvereinen empfiehlt auch der Führer derselben, Genosse Nationalrat Jäggi-Vasel, in einer Zuschrift an den Parteitag, da er verblüdet ist, demselben persönlich beizuwohnen.

Genosse Nationalrat Müller-Vern als zweiter Referent schließt sich im allgemeinen dem Standpunkte Bullshleglers an. Im einzelnen untersucht er die Frage der Teuerung, die er durch reiches statistisches Material näher beleuchtet. In den letzten Jahren sind die Fleischpreise um 20 Proz., die Milchpreise um 35 Proz., die wichtigsten Lebensmittel zusammen in den letzten 12 Jahren um 220 Proz. gestiegen, in der Stadt Zürich z. B. die Mietpreise seit 1906 um 46 Proz. An der herrschenden drückenden Teuerung von heute sind in der Hauptsache die Zölle und jodann die agrarischen Preistreiber mit allen Mitteln des Terrorismus schuld. Die etwa im Durchschnitt um 18 Proz. erfolgte Erhöhung der Arbeitslöhne und Gehälter hat keine genügende Ausgleichung mit der eingetretenen Teuerung geboten, so daß z. B. auch Puber in seiner Schrift über die Berliner Arbeiterverhältnisse zum Schluß kommt, daß die Lebenshaltung der Arbeiter und Angestellten eine Verschlechterung erfahren hat. Bei der Besprechung der einzelnen Maßnahmen gegen die Teuerung empfiehlt Müller die Dezentralisierung des Verkaufs des Getreidefleisches in den Städten. Er empfiehlt schließlich die bereits in Nr. 267 des „Vorwärts“ veröffentlichten Theisen.

Das französische Referat über die Lebensmittelzölle hält Nationalrat Raine, der sich besonders mit den kommunalen Maßnahmen gegen die Teuerung beschäftigt.

Gegen die These Raines, daß die Städte Land kaufen und zur landwirtschaftlichen Bearbeitung verpachten sollten, wendet sich G. Ulich, indem er deren Richtig und die spezielle Behandlung der Agrarfrage auf einem Parteitag wünscht. Vader-Zürich empfiehlt die jährl. Schweinezucht. In kurzen Worten weist Bullshlegler noch auf die große Bedeutung der Frage der Getreideversorgung der Schweiz hin, die seit Jahren eine äußerst unzulängliche, oft nicht einmal für 14 Tage hinreichende ist, die in Kriegzeiten, wenn auch die Schweiz nicht direkt daran beteiligt ist, für sie zu einer schwierigen Kamalität werden mußte. Mit Genugtuung konstatiert er, daß man einig darüber ist, nicht nur auf Staat und Gemeinde einzumwirken, sondern auch auf die Organisation der genossenschaftlichen Selbsthilfe. Der Basler Konsumverein verfügt heute den Milchbedarf der Basler Bevölkerung von circa 110 000 Liter täglich zu 1/2 mit 60 000 mit 65 000 Litern, und wenn das Verhältnis in der ganzen Schweiz so wäre, so würden die Konsumenten ohne Zweifel einen mißbestimmenden Einfluß auf die Gestaltung der Milchpreise ausüben können. Er empfiehlt auch den Übergang zur genossenschaftlichen landwirtschaftlichen Produktion. Andererseits befürwortet er auch den kommunalen Wohnungsbau und zwar in Regie.

Schließlich wurden die Theisen der verschiedenen Referenten einer Kommission zur Vereinfachung zugewiesen.

Es folgt die Berichterstattung des Genossen Grimm über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion im Nationalrat. Da der Bericht gedruckt vorliegt, beschränkt er sich auf einige weitere mündliche ergänzende Bemerkungen. Zunächst erklärt er die Bestätigung der Abgeordneten der westlichen Schweiz, namentlich des Kantons Neuenburg, mit den Genossen der deutschen Schweiz über verschiedene Fragen, wobei man sich gegenseitig Konzessionen machte. Sodann besprach er Vorgänge im Verhältnis der Partei bzw. der Fraktion zu den Eisenbahnerorganisationen, wobei parteieigentliche Führer derselben eine unzufriedene Rolle spielten. Weiter regt er an, von Partei wegen über wichtige parlamentarische Aktionen besondere Proschüren zur Aufklärung der Arbeiterchaft und zur Zurückweisung gegnerischer Verleumdungen herauszugeben, und schließlich wünscht er eine weitere Verstärkung der sozialdemokratischen Vertretung in der Bundesversammlung, um desto wirksamer die Arbeiterinteressen vertreten zu können.

In der Diskussion wird der Tätigkeit der Fraktion Anerkennung gezollt.

Die kritischen Vorgänge in Eisenbahnerkreisen sucht der Redakteur des „Flügelrad“, Genosse Högauer-Ruzern zu erklären und zum Frieden zu mahnen, damit die Eisenbahnerinteressen wirksam wahrgenommen werden können.

Behg-Winterthur wünscht das entschiedene Eintreten für die ausgewiesenen Italiener, Stellungnahme der Fraktion gegen diese Ausweisungen.

Moor-Vern verurteilt diese Ausweisungen ebenfalls aufs schärfste; andererseits aber wendet er sich gegen die Aktionen italienischer oder anderer ausländischer Arbeiter in der Schweiz ohne vorherige Verständigung mit den Organen der schweizerischen sozialdemokratischen Partei und erklärte Demonstrationen vor ausländischen Gesandtschaften und Konsulaten als unzulässig, die daher besser unterlassen werden sollten. Man kann und mag in allen möglichen anderen Formen demonstrieren. Er protestierte schließlich gegen die ganze administrative Ausweisungspraxis und verlangte gerichtliche Entscheidung.

Höpli-Frauenfeld wendet sich gegen die schändliche Behandlung bzw. Mißhandlung deutscher Handwerksgehilfen durch die schweizerische Polizei, die immer wieder ausgewiesen und tagelang in Haft gehalten werden, auch wenn sie Geld und Ausweisfahrtschein sowie Arbeitsanweisung, aber nicht den Heimatschein bei sich führen. Von den vielen reichen Tagesgedichten, die in die Schweiz kommen, wird der Heimatschein nicht verlangt oder sie werden deswegen mindestens nicht befristet. Wahrscheinlich beruht die polizeiliche Mißhandlung deutscher Arbeiter auf einer Instruktion des eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements und soll deswegen die sozialdemokratische Fraktion im Nationalrat dagegen die geeigneten Schritte unternehmen.

Nach weiterer reger Debatte über die Ausweisungen, über die Bräufeler Judenkonvention und über andere Angelegenheiten unbedeutender Art wurde noch eine Resolution angenommen, nach der die Fraktion für die baldige staatliche Elektrifizierung der Bundesbahnen eintreten soll.

Neuenburg, 9. November. (Fig. Ver.)

Dritte Sitzung.

Die Verhandlungen beginnen mit dem Referat der Genossin Frau Walker-Zürich über:

„Das Frauenstimmrecht“.

Die Referentin erinnert einleitend an die alte traditionelle Unterdrückung und Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts und an die Stellung der Frau in der Geschichte der Menschheit bzw. der Familie an Hand der Werke von Bachofen, Morgan, Engels, Bebel u. a. Sie schildert dann die Bestrebungen der Frauen in Frankreich vor und während der Revolutionszeit und in Amerika, ferner in anderen Ländern für die politische Gleichberechtigung mit den Männern und die Erfolge, die z. B. in amerikanischen Staaten zuerst mit der Behauptung des Stimmrechts errungen wurden. Sodann ging die Referentin dazu über, die Ausdehnung und Bedeutung der heutigen Frauenarbeit darzustellen, die unentbehrlich geworden ist. So üben die Frauen die gleichen Pflichten aus wie die Männer, und so sollen sie auch gleichberechtigt mit ihnen sein. Aber nicht die bürgerliche Frauenbewegung vermag dieses Ziel zu erreichen, sondern die proletarische Frauen- und Arbeiterbewegung wird es herbeiführen, wie es denn auch einzig die sozialdemokratische unter den politischen Parteien ist, welche rühmlich für das Frauenstimmrecht eintritt, das auch die anderen bürgerlichen und politischen Rechte einschließt. Auf ihren nationalen und internationalen Kongressen ist die Sozialdemokratie immer wieder für das Frauenstimmrecht und die volle Gleichberechtigung beider Geschlechter eingetreten, ebenso in den Parlamenten. Bereits sind viele hunderttausende Frauen in einer ganzen Reihe von Staaten stimmrechtig, sei es nur für bestimmte Behörden oder nur in der Gemeinde oder auch für das staatliche Parlament. Vorübergehend mag das Frauenstimmrecht reaktionär wirken, aber die politische Erziehung wird es auch dem

Fortschritt dienlich machen und dazu beitragen, daß beide Geschlechter der Vervollkommnung entgegenreisen. (Lebhafter Beifall.)

Der Korreferent Karl Moor-Vern verwies auf sein als Proschüre vorliegendes Referat, das eine Rede ist, die er im Großen Rat des Kantons Bern für das Frauenstimmrecht für Schule und Armenwesen gehalten hat, die aber die Frage nicht erschöpft, da sie dem Niveau jenes kantonalen Parlaments hatte angepaßt werden müssen. Sodann beschäftigt er sich mit den Einwänden der Gegner gegen das Frauenstimmrecht, wie z. B. dem der „Anreise der Frauen“, die ja bei den „Damen“ fehlen mag, bei den Frauen des Proletariats aber vorhanden ist.

Dazwischen hinein wird von Müller die bereinigte Resolution betreffend die Lebensmittelzölle mitgeteilt, die nun neben den kommunalen auch staatliche Maßnahmen, ebenso die Mitwirkung der Konsumgenossenschaften und auch die Prüfung der Einführung von staatlichen Getreide- und Reismonopols enthält und die nun ohne weitere Debatte angenommen wird.

Der Präsident teilt mit, daß 200 Delegierte (darunter mehrere Genossinnen) und Vertreter des Parteikomitees, der nationalitären Fraktion und der Parteipresse anwesend sind.

In fortgesetzter Behandlung des Frauenstimmrechts referiert Sigg-Gensf in französischer Sprache.

Brandler-Zürich vertritt die den Theisen der Referenten entgegengesetzten Theisen des Sozialdemokratischen Vereins „Eintracht“-Zürich, mit denen sich zum Teil schon Moor einverstanden erklärte. Der Redner korrigiert insbesondere die Ausführungen der Referentin und einen Teil ihrer Theisen, insofern sie auf Nachsicht und Morgan beruhen, da deren Theorien durch neuere Forschungen teilweise als unzutreffend erwiesen sind.

Beide Resolutionen werden einer Kommission zur Vereinfachung zugewiesen.

Platten-Zürich wendet sich entschieden dagegen, daß Parteigenossinnen auch bürgerlichen Frauenvereinen angehören, welche Doppelmittgliedschaft auch unter Parteistatut verbietet. Zugleich stellt er die sozialdemokratische Frauenbewegung Deutschlands als Vorbild hin. Frau Haubenack kritisiert die Passivität der Frauen der sozial höher stehenden Genossen, die sich in den Arbeiterinnenvereinen nicht betätigen, dafür aber in bürgerlichen Frauenvereinen glänzen, was anders werden sollte.

Nachdem noch Seidel, Lang, Brumm-Zürich, G. Ulich und Grimm gesprochen, wurde die Sitzung abends 7 Uhr geschlossen.

## Das Jahrbuch des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine

für das Jahr 1912 ist vor kurzem — wieber in zwei Bänden erschienen. Herausgegeben ist es, wie bisher, vom Generalsekretär des Zentralverbandes H. Kaufmann-Hamburg.

Der Umstand, daß das Werk im zehnten Jahrgang erscheint, veranlaßt den Herausgeber zu einem kurzen Rückblick im Vorwort, das der erste Band enthält. Der Zentralverband wurde 1903 in Dresden gegründet, nachdem 1902 auf dem Genossenschaftstag des Allgemeinen Verbandes in Kreuznach ein großer Kreis der modernen Arbeiterkonsumvereine mit den bürgerlichen Genossenschaften diesen Akt wirkungsvoll eingeleitet hätte. Bis zum konstituierenden Genossenschaftstag in Dresden 1903 hatten sich 585 Konsumvereine (einschließlich einiger anderer Genossenschaften) mit 481 000 Mitgliedern und 113 Millionen Mark Jahresumsatz dem Zentralverband angeschlossen, in denen circa 6000 Personen beschäftigt waren. Die Statistik des Jahrbuches 1912 aber kann über 1181 angeschlossene Vereine berichten, die 1 324 000 Mitglieder zählten, 364 Millionen Mark umsetzten und etwa 20 000 Personen beschäftigten. Gleichzeitige machte die 1894 von sächsischen Konsumvereinen gegründete Großeinkaufsgesellschaft in Hamburg in den letzten zehn Jahren. Ihr Umsatz lag in dieser Zeit von 36 auf 110 Millionen, die Zahl der beschäftigten Personen von 200 auf 1300. Die G. E. G. hat in den letzten Jahren auch mit der Eigenproduktion begonnen; ihre Seifenfabrik bei Riesa ist die größte in Deutschland, und Zigaretten werden in drei eigenen Fabriken hergestellt. Neue große Pläne dieser Art harren der Ausführung. — Der Zentralverband betreibt eine Verlagsanstalt mit eigener Druckerei, Dütenfabrik usw. Sie sind sehr klein an, hat aber im letzten Geschäftsjahre einen Umsatz von 2 Millionen Mark und beschäftigte in ihren Betrieben allein circa 400 Personen. — Es ist richtig, wenn gesagt wird, daß die deutschen Konsumvereine mit diesen Ergebnissen noch lange nicht am Ende, vielmehr erst am Anfang ihrer Entwicklung stehen. Etwas überraschend scheint uns aber im Hinblick darauf die Bemerkung, daß die Genossenschaftsbewegung die wirtschaftliche Entwicklung der Gegenwart über sich selbst hinausführen würde. Man wird der Genossenschafts-, besonders der Konsumvereinsbewegung keinen Dienst leisten, wenn man ihr zu viel zumutet, mehr von ihr erwartet, als sie zu leisten imstande sein wird. Und wenn an einer anderen Stelle des Jahrbuchs im ersten Band festgestellt wird, daß das Jahr 1911 eine Entwidlung für den Zentralverband gebracht habe, wie keines zuvor, so möchten wir ergänzend hinzufügen, daß dieses rasche Vorwärtsschreiten doch wohl zu einem sehr guten Teil auf die Propaganda zurückzuführen ist, die besonders lebhaft nach den sozialistischen Parteikongressen in Kopenhagen und Magdeburg und den letzten Gewerkschaftskongressen durch die sozialdemokratische Partei und durch die Gewerkschaften in den Kreisen der organisierten Arbeiter betrieben wurde. Das verdient besonders auch deshalb unterstrichen zu werden, weil der Herausgeber (Seite 346) ganz richtig sagt, daß die Konsumvereinsbewegung die schärfsten Kämpfe nicht schon hinter sich hat, sondern daß sie ihr noch bevorsteht. Denn diese Kämpfe wird die Konsumvereinsorganisation nur dann mit dem nötigen Nachdruck führen können, wenn sie dabei die Organe der modernen Arbeiterbewegung auf ihrer Seite hat.

Der Inhalt des ersten Bandes besteht aus fünf Hauptabteilungen: Jahresbericht des Zentralverbandes, Verhandlungen des Genossenschaftstages, Geschäftsbericht und Bericht über die Generalversammlung der Großeinkaufsgesellschaft, Bericht über die Generalversammlung der Unterstützungsliste. Der erste Hauptabschnitt zerfällt in eine Anzahl besonderer Kapitel. Als Materialsammlung wertvoll sind die Berichte über „Wirtschaftliche Kämpfe der Genossenschaften“ und „Die Steuergesetze gegen die Konsumvereine“, die Vorträge vom Redakteur der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“, Dr. Müller, wiedergeben. Ob es bei der Fülle guten Materials nötig war, sich gegen die Wittenbergblätter auf Maximilian Harden (Seite 155) zu beziehen, sei dahingelassen. Von besonderer Wucht scheint uns allerdings im vorliegenden Falle das feuilletonistische Gerede Hardens nicht zu sein. Das Kapitel über „Organisatorische Aufgaben der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung“ hätte wesentlich kürzer sein können. Es enthält sehr viel Bekanntes und Selbstverständliches. Was da über „Begriff der Konsumgenossenschaftsbewegung“, „Aufgaben der Konsumgenossenschaften“, ihre Organe, Gliederung und ähnliches mehr gesagt wird, ist jedem auch nur oberflächlich Kenner der Bewegung so geläufig, daß es derartiger schwülstiger Ausführungen der Sache wegen nicht bedarf. Sehr instruktiv aber sind die Artikel über „Die deutschen genossenschaftlichen Zentralverbände“ und „Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung“, sowie der Anfangartikel über „Das



breussische Warenhausenergie und seine Anwendung auf die Konsumvereine. Sie geben eine gute Orientierung über wichtige Vorgänge und Verhältnisse im Genossenschaftswesen.

Sehr dürftig ist der Bericht über die Generalversammlung der G. E. G. Ganze acht Seiten waren dazu nötig. Das scheint allerdings in der Hauptsache daran zu liegen, daß es nicht viel darüber zu berichten gibt. Denn die wichtige Versammlung mit 8 Tagesordnungspunkten war in zehra vier Stunden erledigt. Von einer Debatte weiß der Bericht so gut wie nichts zu melden, obwohl sehr wichtige Dinge zu beschließen waren. Vielleicht ist das darauf zurückzuführen, daß man es verzieht, die trockensten geschäftlichen Dinge in einer von sarkastischem Humor durchwürgten Weise zu behandeln, wie von einem der Geschäftsführer gesagt wird. Es wäre im Interesse der Sache sehr zu beklagen, wenn die Generalversammlung der G. E. G. mehr und mehr zu einer rein formalen Sache gemacht würde. Wir sind der Meinung, daß jeder Geschäftsbericht der G. E. G. viel Stoff zu Anregungen und Debatten bietet.

Der zweite Band des Jahrbuchs enthält die Geschäftsberichte und die Berichte der Jahresversammlungen der neuen Revisionsverbände. Hier blüht reiches genossenschaftliches Leben. Munterkeit und Energie und vor allem: kritischer Blick spricht aus diesen Berichten. Da spricht man sich offen aus, sagt, was ist, und man scheut sich auch nicht, gegen bestehende Mißstände anzukämpfen. Auf diese engeren und daher beweglicheren Körper der modernen Konsumvereinsbewegung darf man die Hoffnung setzen, daß sie eine Autokratie in der Konsumvereinsbewegung nicht aufkommen lassen, wozu bedenkliche Anfänge leider schon vorhanden zu sein scheinen.

Auf den Revisionsverbändertagen, die gewissermaßen Vorarbeit für den Genossenschaftstag leisten, hat man sich u. a. auch mit einschneidenden Veränderungen der Organisation beschäftigt, worüber Ende November ein außerordentlicher Genossenschaftstag noch beschließen, ein neues Statut schaffen wird. Die dazu von der Zentralleitung aus gemachten Vorschläge sind in einigen wichtigen Bestimmungen sehr bedenklicher Art. Sie schließen die Gefahr in sich, daß in Zukunft die Demokratie in der Genossenschaft

wesentlich eingeengt wird von Körperschaften, die fast nur aus angestellten Beamten bestehen. In den Revisionsverbänden hat man zwar „im Prinzip“ zugestimmt, die Einzelheiten des vorgeschlagenen Statuts lassen aber die oben erwähnte Gefahr erst recht erkennen.

In übrigen enthält das Jahrbuch, wie immer, ein umfangreiches Tabellen- und Zahlenmaterial, das über alle wissenswerten Einzelheiten fast jeden der dem Zentralverbände angeschlossenen Vereine genaue Auskunft gibt. Bemerkenswert sind die Berechnungen nach größerer Zentralisierung der Vereine, d. h. Vereinigung kleinerer Genossenschaften zu einer großen, leistungsfähigeren. Hand in Hand damit geht das Fortschreiten auf dem Gebiet der Eigenproduktion, die ja größere Vereine zur Voraussetzung hat. Weiden Bänden ist eine Rednerliste beigegeben, aus der auch zu ersehen ist, zu welcher Angelegenheit der einzelne Redner auf dem oder jenem Kongress gesprochen hat.

Alles in allem ist das Jahrbuch ein wertvolles Werk für die Kenntnis der deutschen Konsumvereinsbewegung, ein Nachschlagewerk, das auf alle wichtigeren Fragen Auskunft gibt. Als ein Fehler ist wiederholt bemängelt worden, daß es von Jahr zu Jahr dicker wurde. Auch das vorliegende ist wieder zehra 100 Seiten stärker als das vorige. Auf 2100 Seiten hat es der Herausgeber glücklich gebracht! Und noch ist kein Ende dieser „Entwidelung“ abzusehen! Vorschläge auf Verringerung sind wiederholt gemacht worden. Da sie bisher keine Beachtung fanden, ist es zwecklos, immer wieder damit zu kommen. Daß in den Berichten über den sächsischen Verband einige persönliche Geschmackslosigkeiten in das Jahrbuch hineingekommen sind, sei nur nebenbei erwähnt. So heißt es an einer Stelle: Redner wurde „mit Zurufen des Bedauerns über den Zwang öfteren Redens empfangen“. Vor solchen Schmachtmannieren müßte man ein ernstes Werk doch behüten. Daß man an die Stelle des kurzen und hübschen Wortes „Genossen“ in den Sprachschatz der modernen Konsumvereinsbewegung das abschlechtige „Genossenschaftler“ oder gar „Genossenschaftlerin“ eingeführt hat, ist sprachlich und sachlich auch kein Fort-

schrift. Hier sinkt man noch unter das viel bespöthete Juristendeutsch, denn das Genossenschaftsdeutsch kennt nur „Genossen“. Klingt der „Genosse“ etwa zu politisch, zu wenig „neutral“? — Kleinigkeiten sind manchmal von symptomatischer Bedeutung. h-r.

## Aus der Frauenbewegung.

### Für die Ehecheidung in Italien.

Daß die Aufrechterhaltung der geschlichen Unauflösbarkeit der Ehe, an der das italienische Recht aus Rücksicht auf die Klaffen festhält, nachgerade allen Kreisen der Bevölkerung unerträglich erscheint, geht aus einer Rede hervor, die der Oberstaatsanwalt von Lucca bei der Eröffnung der Gerichtsarbeiten nach den Sommerferien soeben gehalten hat. Der Redner hat in seinen Ausführungen darauf hingewiesen, daß im Jahre 1900 in Italien nicht weniger als 2186 Trennungen von Tisch und Bett beantragt worden sind und daß in demselben Jahre mindestens dieselbe Zahl von Ehen durch gegenseitiges Uebereinkommen getrennt worden sind. All diesen Ehepaaren verbietet das Gesetz die Eingehung einer neuen Verbindung. Weiter hob er hervor, daß 22 Proz. der Inassen der italienischen Haushälter verheiratet waren, und zwar, ohne Kinder zu haben, also in der Mehrzahl wohl jung verheiratet. In den Zuchthäusern von Portolongone und Volterra, in denen sich ausschließlich Individuen befinden, die auf Lebenszeit verurteilt sind, sind 428 verheiratet. Schließlich machte der Oberstaatsanwalt darauf aufmerksam, daß die Einführung der Ehecheidung bereits in einer Thronrede versprochen worden ist, und forderte das Recht auf Scheidung bei Verurteilung wegen eines gemeinen Verbrechens, bei unheilbarem Zerrinn und in all den Fällen, wo durch Mißhandlungen, Verleumdung oder Ehebruch das Zusammenleben der Gatten unerträglich geworden ist. Der Redner hätte noch hinzufügen sollen, daß die Ehecheidung in Italien bereits existiert, aber als ein ausschließliches Vorrecht der Reichen, die die ungarische Staatsbürgerschaft annehmen können.

### Lesende.

Mariendorfer. Morgen, Donnerstag, bei Paul, Königsstr. 14. Genossin Juchacz spricht über: „Die Pflichten und Rechte der Frau in der Gemeinde“.

## Freireligiöse Gemeinde.

Sonnabend, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr:

### Oeffentliche Versammlung

in den Festsälen von Obst, Schöneberg, Martin-Luther-Straße.

1. Vortrag des Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann:  
Mißbrauch der Religion zur Unterdrückung des Volkes.

2. Diskussion.

55/16\*

Nach dem Vortrag: Gesellschaftliches Beisammensein. Tanz. Theateraufführungen.  
Eintrittspreis 10 Pf. Der Einbufer: A. Harndt, Pappel-Allee 15.

## Zentralverband der Töpfer und Berufsgenossen Deutschl.

Filiale Groß-Berlin.

Am Freitag, den 15. November 1912, abends 6 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engelfufer 15 (großer Saal):

### Ordentl. General-Versammlung.

Tagesordnung:  
1. Bericht des Gesamtvorstandes vom 3. Quartal 1912. — 2. Vortrag des Genossen Julius Kofski über: „Bankkrise und Bankrauch“. — 3. Verschiedenes.  
Mitgliedsbuch legitimiert. 198/12

Zahlreichen Besuch erwartet

Der Vorstand.

## Zentralverband der Dachdecker

Verwaltungsstelle Berlin.

Donnerstag, den 14. November 1912, abends 8 Uhr, in den Borussia-Festsälen, Adlerstr. 6/7:

### Versammlung

der Dachdecker und Hilfsarbeiter.

Tagesordnung: Unsere jetzige Situation.

Verbandsbuch legitimiert. — Ohne dasselbe kein Zutritt.

Die in Arbeit sich befindenden Kollegen und Berufsgenossen sind ganz besonders zu dieser Versammlung eingeladen.  
52/12

Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin. N. 54, Finienstr. 83-85.

Verwaltung: Kaffierer: Arbeitsnachweis:  
Telephon: Amt Norden 1987. Amt Norden 185. Amt Norden 1239, 9714.

Donnerstag, den 14. November, abends 6 Uhr:

### Versammlung

aller in den Taschenlampen-Betrieben beschäftigten

Schleifer, Galvanisierer, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen in den Ritterfälen, Ritterstraße 75.

Tagesordnung:  
1. Branchenangelegenheiten. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht, daß alle Kollegen aus den Betrieben, in welchen Taschenlampen und Feuerzeuge fabriziert werden, erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Verwaltung Berlin.

Donnerstag, den 14. November, abends 8 1/2 Uhr, in Kellers Festsälen, Köpenickerstr. 29:

### Gemeinsame

Vertrauensmänner-Versammlung

für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum Ablauf des Vertrages. 2. Verbandsangelegenheiten.  
61/2

Die Ortsverwaltung.

Haben Sie Stoff?  
Ich fertige davon Anzug od. Paletot nach Maß, schnell, dauerh. Zelaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, II. (Stadth. Bldg.)

Reparaturen. Spez.: Unerläßlich saubere Reparatur für Schaler. Tonverbesserung, auf Wunsch auch solche, die dem alt-italienischen Tone täuschend ähnlich ist. Befestigung der Platten und eventuelle Retenabteilung für Vorwärtsabonnenten. Ungewöhnlich schnelle Anfertigungen.  
Smil Toussaint.

Werkstätte für Kunstgegenbau in Berlin N. 24, Al. Hamburgerstr. 17.

Ankunft erteilt: Otto Höse, 298/14\* Wissmannstr. 20. II.

Achtung! Bewilligte Bäckerei. Achtung!  
Die Differenzen, die ich mit dem Vertrauensmann des Bäcker- und Konditoren-Verbandes gehabt habe, sind zu beiderseitiger Zufriedenheit beigelegt.  
47392

Wichtiges  
E. Hoffmeister, Lichtenberg, Doffestr. 6.  
Beschäftigt durch den Vertrauensmann des Bäcker- und Konditoren-Verbandes Berlin und Umgegend.

Bestbewährte gesunde und magen-darmkranke  
Kufek  
Nahrung für: sowie schwächliche, in der Entwicklung zurückgebliebene Kinder.  
-Krankenhaus

## Hausarzt-Verein Neukölln.

Freitag, den 15. November, bei Bartsch, Hermannstraße 49: Oeffentlicher Frauen-Vortrag.

Thema: Allzureicher Kindersegen in der Arbeiterfamilie. Referent: Dr. Moses. Eintritt 10 Pf. Mitglieder frei. Wer Mitglied wird, erhält das Eintrittsgeld zurück.

Was ist der Hausarzt-Verein? Der Hausarzt-Verein Neukölln (Mitglied des Verbandes der Hausarzt-Vereine) ist kein geschäftliches Privatunternehmen, sondern eine proletarische Vereinigung zu gegenseitiger Hilfe bei Erkrankungen der Familienangehörigen.

Selbstverwaltung durch die Mitglieder. Für den geringen Beitrag von 25 Pfennig pro Woche sind die Frau und sämtliche Kinder versichert. Der Beitrag wird monatlich aus der Wohnung abgeholt.

Wir gewähren: nach 1 Monat freien Hausarzt, nach 6 Monaten freie Medizin bei akuten Mitgliedschaft, Mitgliedschaft

Viel Geld sparen unsere Mitglieder durch die vom Verein betriebene Vermittlung von Nährpräparaten, Stärkungsmitteln und sonstigen Bedarfsartikeln für Kinder und Kranke zu Engrospreisen. Verleihung von Badewannen 10 und 20 Pf. pro Woche. Außerdem verschiedene andere Vergünstigungen: Kostenlose Atteste, wissenschaftliche Vorträge, Monats-Zeitung mit ärztlichen Ratschlägen, Arbeitslosen weltgegendstes Entgegenkommen. Die gewissenhafteste Behandlung wird den Erkrankten zuteil, auch durch Spezialärzte.

1. Vorsitzender: A. Kuhnert, Stuttgarter Str. 54. (Tel.: 1631.)  
Max Israel, Emser Str. 111 und 4. Laden. (Tel.: 721.)

298/14\* Wissmannstr. 20. II.

Moslem  
feinste Qualitäts-  
Cigarette  
Stück 3-8

Ohne jede Anzahlung  
PIANOS  
Flügel und Harmoniums  
Conrad Krause Nchfg., Berlin, Ansbacher Str. 1,  
Ecke Kurfürstenstrasse, im eisen. Geschäftshause, Tel. Ch. 10 410.  
Auch Sonntage geöffnet.



**Alkoholfreie Getränke**

**Franz Abraham**

Hank Meesina u. Römertrank-Kell. N. 4. Barf. Str. 5a, Fernsp. Kgst. 13708

**Si-Si**

Bestes alkoholfreies Getränk. Berlin O, Radolfstr. 4.

**Arbeiter-Bekleidung**

Hamburger-Laden, Charl., Wallstr. 60

**Bäckereien, Konditor.**

**Blottners Großbäckerei**  
Geschäfte in Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Wilmersdorf.

Bohnndorf's Bäck., Klugebergstr. 10  
Paul Dely, Markussstr. 15.

**Brot-Fabrik „Vorwärts“**  
Hermann Ulrich, Köpenick.

**W. Engel**  
Verkauf in Milchgeschäften. Berlin. Bekant. gegeben. d. Plakate.

**Oskar Hanke's Brotbäckerei**  
75 Geschäfte in allen Stadtteilen Berlins und in Rixdorf. Gegründet 1898.

**Hoppel's Bäck.** Ermark, Adlersb. 85  
Kilka-Grönbäckerei, Bösestr. 8.  
Ernst Kläster, Frankf. Allee 197.  
Emil Lieske, Grüner Weg 122.  
Hermann Markau, Rigastr. 107.  
Matke, Olpestr. 9.  
E. Mertins, Reichenbergerstr. 168.  
E. Martin, Gleimstr. 55.  
Frig Müllie, Gröfstr. 4.  
Alfred Müller, Brunnenstr. 87.  
Roman Nowak, Wienerstr. 8.  
Friedrich Osto, Madastr. 10.  
Herm. Proell, Nennendamm.  
Friedrich Probst, Andreasstr. 81.

**Bäckerei „Nordstern“**  
Inh. Gust. Müller  
Filialen in verschied. Stadtteilen

**Richard Reinke**  
Arthur Roemer, Koch. Dam. 101  
Walter Rohr, Anklamarstr. 26.  
Max Sander, Dunkerstr. 23.  
Otto Schmidt, Adalberstr. 27.  
Heinz Schubert, Boxh. Ch. 35, 5/6  
Sikorski, Wellenstr. 11  
Rich. Schenk, Straße 30.  
A. Schreier, Urbenstr. 61.  
H. Spillmann, Grüner Weg 118.  
Gustav Tappits, Prinzen-Allee 81.  
Carl Tennert, Schlesischestr. 19.  
F. Tiedemann, Seb.-K. Kastir 47.  
Filialen in allen Stadtteilen.

**Turban**  
Josef Ulrich, Manteloffstr. 109.

**Volksbrot E. G. m. B. H.**  
Fehmarstr. 10. Mirbachstr. 12  
Häselstr. 11. Häselstr. 16 E  
Neeseb. 3. Kigala Elisabeth 71

**Hermann Wendt**  
Chorinerstr. 83  
F. Uckerstr. 1

**Wilhelma**  
Otto Winkler, Nannynstr. 78.  
E. Wolff, Grüner Weg 78.

**Badeanstalten**  
Arkona-Bad, Anklamer-Str. 34.  
Landsbergerbad, 107  
Gollnowstr. 41.  
Bürgerbad, Weberstr. 40 b  
Am Kgt. 694.  
Cantz-Bad, Münsstraße 2.  
Central-Bad, Anzengruberstr. 25.  
Münchener Bad, Münchenerstr. 51

**Original Lohlanien Bad**  
früher Münsel, Wallstr. 70/71.

**National-Bad**, Brunnenstr. 9.  
**Bad Ostend**, Boxhag.-Str. 17  
Lief. all. Kassen  
**Passage-Bad**, Kottbuser-Damm 79.  
**Römer-Bad**, Wiener-Str. 65.  
**Silesia-Bad**, Sonnenstr. 4.  
**Viktoria-Bad**, Kottbuser Damm 75  
**Friedrich-Wilhelmsbad**, Chausseestr. 97.

**Sandgen, Gummiw.**  
R. Hauke, Stralauer Str. 56.  
Berkholz, Köpenickerstr. 70.  
Lange, A. E., Brunnenstr. 167.  
Meyer, P. Killa, Berlinstr. 74-75  
J. Ch. Polmann, Lehnstr. 40.  
**Reiche, A.**, Seydelstr. 45.  
Fr. Schulte, Adlershof, Eisenstr. 2.  
**Wende, A.**, Turmstr. 34.  
**Zaremba**, Weinbergweg 1.  
Drog.-hyg. Artikel.

**Seidig-Anst. Sargm.**  
Bredlow-Bergstr. 16. Hohenstr. 25  
Otto Büttner, Köpenick, Ringstr. 23.  
B. Fischer, Köpenick, Hohenstr. 11.  
Max Fuchs, Frankfurter-Allee 170  
Hansch, Wellenstr. 70/71  
Hickel, Fr., Gr. Hamburgerstr. 37  
Gust. Nobeler, Straßburgerstr. 114  
H. Petermeyer, Wilh.-Nannynstr. 11.  
Peter-Schley, Wilh.-Nannynstr. 11.  
W. Urban, Nannynstr. 11. Tel. 3023

**Butter, Eier, Käse**  
**Butterhandlung**  
**J. F. Assmann**  
30 Filialen in Berlin O.

**Drei Kronen**  
Fried. Guseke, 7 Filialen.

**Gebrüder Groh**  
40 Filialen in Berlin und Vororten

**August Holtz**  
Kosmalla, E., 4

**Gebrüder Manns**  
48 eigene Detailgeschäfte

**Schröter, R.**  
43 Verkaufsstellen

**Uhly & Wolfram**  
Vereinigtes Pommersche Meiereien  
48 Verkaufsstellen.

**Cacao, Chocolate**  
Adler's Konditorien, Wraselstr. 37.  
Althaus, Eisler-Boch, Luisenstr. 16.

**STOLWERK**  
Gold Silber Kupfer

**Schokolade - Kakao**  
In drei Preislagen.

**Cyliax, G.**  
Füllen Lall Stadtteilen.

**Carl Imme Jun.**  
Grüner Weg 18  
an der Markussstr.  
Büttner, A., Danzigerstr. 96.  
W. Schröder, Fabrikpreis

**Eracheint 2 mal wöchentlich.**

**Berufskleidung**  
Keller, Otto, Gerichstraße 86.  
Roter-Laden, Schönb., Basylstr. 108

**Bettfedern u. Betten**  
O. Behrens, Neuk. Eisenstr. 106  
Bullinski, Fehrbellinstr. 1. E. Schönb. A  
Carl Henze, Adressstr. 55, Luisenp.  
Landesberger Allee 149  
Max Schöne, reell und billig.  
M. Zyanski, Alt Moabit 82.

**Bierbrauereien, Bierh.**  
W. Adelung & A. Hoffmann  
Akt.-Brauer, Potsdam, Big. Niederl.  
Berlin SW, Tempelhofer Ufer. 19  
Brandsburg a. H., Willenburgerstr. 119  
Spez. Potd. Stangenbier

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**  
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hilfstr. 77, Adalberstr. 14

**Klein, Wilh.**  
Müllerstr. 194, Oberbaum 1.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 59.  
G. & S. Peterke, 50. Köthlenerstr. 14.  
W. Schuster, NW, Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ecke Elster & Ackerstr.

**Damenkonfektion**  
Calmann, Neukölln, Bergstr. 183.  
Gelegenheitskauf.

**Dombrowsky Restat. J.**  
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

**Drogen u. Farben**  
Relch. Assmus, Gerichstr. 16.  
Gustav Beraus, Weidenweg 80.  
A. Diepold, Taugoggenstr. 12.  
Haeberlein, Trest, Gratz-Kochstr.  
Klein, H., N. Kaiser-Friedrichstr. 238  
Kuesbeck-Drog., Hermannstr. 119.  
Königs Adler-Drogerie, Bismarckstr. 7.  
P. Lehrke, Köthlenerstr. 42, Parf. Am.  
Rathaus-Drogerie, Köthlenerstr. 24.

**Prinzenstr. 103**  
Hoffmann  
Fr. Schinnsaus, Liebaustr. 25.  
Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.  
Hyg. Gummiw., Photogr. Artikel.  
Wender-Drogerie, N. Kaiser-Friedrichstr. 12.  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 60.

**Eisen- u. Stahlw., Waff.**  
Alb. O., N. Kaiser-Friedrichstr. 4  
Otto Anders, Kottbuserdamm 6.  
W. Aliner, Mühlackstr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neuh. Bahnh. 51/52  
Herrn Braun, Landeb. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wraselstr. 59.

**Emil Braun, Adressstr. 75**  
Ecke Bred-  
G. Brucklacher, str. 82/83  
F. Beutel, N. Kaiser-Friedrichstr. 77  
F. Fleck, E., Spandau, Schönb. Allee 14.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 129.

**H. Rockstroh**  
Rühmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Volpt. 10, E. Schreinerstr.  
Sellsch. Th., N. Kaiser-Friedrichstr. 69  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 79  
Müller-Str. 29.

**Herm. Warschade**  
Arthur Weigel  
Alex Weimar  
Alexandrienerstr. 14  
Bohlenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janke).

**Fahrrad-, Nähmasch.**  
Fahrrad-Leihhaus Lohmann  
Neue Schönhauser-Str. 11.

**Fahrrad-Haus Frischaut**  
Brunnenstr. 95.  
Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

**Färberlein, Wächer.**  
Groß-Dampfwäscheri  
"Springe"  
Berlin SW, Forsterstr. 4-6  
Teilweise Wäsche Billigste Preise!

**Ch. Engelhardt**  
Neukölln  
Filialen in allen Stadtteilen  
Groß-Berlin.

**D. W. A. Hansa**  
Gerichtstr. 23  
Tel. III 1309

**O. Naeie**  
Färberei u. chem. Wäscherei  
L. Herren- u. Damengarder.  
Läden in allen Stadtteilen  
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

**G. Kullick, Färb., Wäscherei**  
Pfl. Guts. Adalberstr. 1, Wellenburgerstr. 41  
Sweisanderstr. 44, Waldgr. 9  
Müllerstr. 49, Sehkilla, Hermannstr. 37-38

**Fischhandlungen**  
C. Dittmann  
Winkler & Barthold.  
Fischer u. Wurstw.

**Jul. Amandowitz**  
Glasgower-Str. 8.  
G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74  
August Brnsteln, Dunkerstr. 78.  
August Blenerl, Augusta Allee 9.

**Wilhelm Behr**  
Wurstfabrik.  
Speck- und Schinkensalzerol.  
Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 17-18  
Beste und billigste Bezugs-  
quelle f. Wiederverkäufer.

**Hans Böhm, Weidenweg 21.**  
Anton Buchheim, Allee 129/130.  
A. Bentele, Thierstr. 21.  
K. Christ, Elbingerstr. 54.  
Darge, O., Pinowstr. 8.  
W. Dör., Schivelbeinerstr. 27.  
August Feuger, Grünauerstr. 8  
Feyerherm, F., Al-Bohagen 11.

**J. Baer**  
Badstr. 26, Ecke  
Prinzen-Allee.  
Besser, Julius, N. Kaiser-Friedrichstr. 19

**Berren-Moden-Vertrieb**  
zum Selbstkostenpreis + 10%  
Charlottenburg, Wilhelmplatz

**Leske & Slupecki**  
Schick-Allee 70-75  
K. Müller, Bergstr. 44-45  
Marcus, S., Jürgens u. Malschneiderstr.  
Montagsröderoben v. Kavalieren  
Zum Kalmann  
Prinzenstr. 64, Ecke Annenstr.

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**  
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hilfstr. 77, Adalberstr. 14

**Klein, Wilh.**  
Müllerstr. 194, Oberbaum 1.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 59.  
G. & S. Peterke, 50. Köthlenerstr. 14.  
W. Schuster, NW, Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ecke Elster & Ackerstr.

**Damenkonfektion**  
Calmann, Neukölln, Bergstr. 183.  
Gelegenheitskauf.

**Dombrowsky Restat. J.**  
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

**Drogen u. Farben**  
Relch. Assmus, Gerichstr. 16.  
Gustav Beraus, Weidenweg 80.  
A. Diepold, Taugoggenstr. 12.  
Haeberlein, Trest, Gratz-Kochstr.  
Klein, H., N. Kaiser-Friedrichstr. 238  
Kuesbeck-Drog., Hermannstr. 119.  
Königs Adler-Drogerie, Bismarckstr. 7.  
P. Lehrke, Köthlenerstr. 42, Parf. Am.  
Rathaus-Drogerie, Köthlenerstr. 24.

**Prinzenstr. 103**  
Hoffmann  
Fr. Schinnsaus, Liebaustr. 25.  
Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.  
Hyg. Gummiw., Photogr. Artikel.  
Wender-Drogerie, N. Kaiser-Friedrichstr. 12.  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 60.

**Eisen- u. Stahlw., Waff.**  
Alb. O., N. Kaiser-Friedrichstr. 4  
Otto Anders, Kottbuserdamm 6.  
W. Aliner, Mühlackstr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neuh. Bahnh. 51/52  
Herrn Braun, Landeb. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wraselstr. 59.

**Emil Braun, Adressstr. 75**  
Ecke Bred-  
G. Brucklacher, str. 82/83  
F. Beutel, N. Kaiser-Friedrichstr. 77  
F. Fleck, E., Spandau, Schönb. Allee 14.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 129.

**H. Rockstroh**  
Rühmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Volpt. 10, E. Schreinerstr.  
Sellsch. Th., N. Kaiser-Friedrichstr. 69  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 79  
Müller-Str. 29.

**Herm. Warschade**  
Arthur Weigel  
Alex Weimar  
Alexandrienerstr. 14  
Bohlenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janke).

**Fahrrad-, Nähmasch.**  
Fahrrad-Leihhaus Lohmann  
Neue Schönhauser-Str. 11.

**Fahrrad-Haus Frischaut**  
Brunnenstr. 95.  
Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

**Färberlein, Wächer.**  
Groß-Dampfwäscheri  
"Springe"  
Berlin SW, Forsterstr. 4-6  
Teilweise Wäsche Billigste Preise!

**Ch. Engelhardt**  
Neukölln  
Filialen in allen Stadtteilen  
Groß-Berlin.

**D. W. A. Hansa**  
Gerichtstr. 23  
Tel. III 1309

**O. Naeie**  
Färberei u. chem. Wäscherei  
L. Herren- u. Damengarder.  
Läden in allen Stadtteilen  
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

**G. Kullick, Färb., Wäscherei**  
Pfl. Guts. Adalberstr. 1, Wellenburgerstr. 41  
Sweisanderstr. 44, Waldgr. 9  
Müllerstr. 49, Sehkilla, Hermannstr. 37-38

**Fischhandlungen**  
C. Dittmann  
Winkler & Barthold.  
Fischer u. Wurstw.

**Jul. Amandowitz**  
Glasgower-Str. 8.  
G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74  
August Brnsteln, Dunkerstr. 78.  
August Blenerl, Augusta Allee 9.

**Wilhelm Behr**  
Wurstfabrik.  
Speck- und Schinkensalzerol.  
Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 17-18  
Beste und billigste Bezugs-  
quelle f. Wiederverkäufer.

**Hans Böhm, Weidenweg 21.**  
Anton Buchheim, Allee 129/130.  
A. Bentele, Thierstr. 21.  
K. Christ, Elbingerstr. 54.  
Darge, O., Pinowstr. 8.  
W. Dör., Schivelbeinerstr. 27.  
August Feuger, Grünauerstr. 8  
Feyerherm, F., Al-Bohagen 11.

**J. Baer**  
Badstr. 26, Ecke  
Prinzen-Allee.  
Besser, Julius, N. Kaiser-Friedrichstr. 19

**Berren-Moden-Vertrieb**  
zum Selbstkostenpreis + 10%  
Charlottenburg, Wilhelmplatz

**Leske & Slupecki**  
Schick-Allee 70-75  
K. Müller, Bergstr. 44-45  
Marcus, S., Jürgens u. Malschneiderstr.  
Montagsröderoben v. Kavalieren  
Zum Kalmann  
Prinzenstr. 64, Ecke Annenstr.

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**  
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hilfstr. 77, Adalberstr. 14

**Klein, Wilh.**  
Müllerstr. 194, Oberbaum 1.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 59.  
G. & S. Peterke, 50. Köthlenerstr. 14.  
W. Schuster, NW, Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ecke Elster & Ackerstr.

**Damenkonfektion**  
Calmann, Neukölln, Bergstr. 183.  
Gelegenheitskauf.

**Dombrowsky Restat. J.**  
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

**Drogen u. Farben**  
Relch. Assmus, Gerichstr. 16.  
Gustav Beraus, Weidenweg 80.  
A. Diepold, Taugoggenstr. 12.  
Haeberlein, Trest, Gratz-Kochstr.  
Klein, H., N. Kaiser-Friedrichstr. 238  
Kuesbeck-Drog., Hermannstr. 119.  
Königs Adler-Drogerie, Bismarckstr. 7.  
P. Lehrke, Köthlenerstr. 42, Parf. Am.  
Rathaus-Drogerie, Köthlenerstr. 24.

**Prinzenstr. 103**  
Hoffmann  
Fr. Schinnsaus, Liebaustr. 25.  
Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.  
Hyg. Gummiw., Photogr. Artikel.  
Wender-Drogerie, N. Kaiser-Friedrichstr. 12.  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 60.

**Eisen- u. Stahlw., Waff.**  
Alb. O., N. Kaiser-Friedrichstr. 4  
Otto Anders, Kottbuserdamm 6.  
W. Aliner, Mühlackstr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neuh. Bahnh. 51/52  
Herrn Braun, Landeb. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wraselstr. 59.

**Emil Braun, Adressstr. 75**  
Ecke Bred-  
G. Brucklacher, str. 82/83  
F. Beutel, N. Kaiser-Friedrichstr. 77  
F. Fleck, E., Spandau, Schönb. Allee 14.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 129.

**H. Rockstroh**  
Rühmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Volpt. 10, E. Schreinerstr.  
Sellsch. Th., N. Kaiser-Friedrichstr. 69  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 79  
Müller-Str. 29.

**Herm. Warschade**  
Arthur Weigel  
Alex Weimar  
Alexandrienerstr. 14  
Bohlenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janke).

**Fahrrad-, Nähmasch.**  
Fahrrad-Leihhaus Lohmann  
Neue Schönhauser-Str. 11.

**Fahrrad-Haus Frischaut**  
Brunnenstr. 95.  
Gründung und Eigentum der  
radfahrenden Arbeiterschaft.

**Färberlein, Wächer.**  
Groß-Dampfwäscheri  
"Springe"  
Berlin SW, Forsterstr. 4-6  
Teilweise Wäsche Billigste Preise!

**Ch. Engelhardt**  
Neukölln  
Filialen in allen Stadtteilen  
Groß-Berlin.

**D. W. A. Hansa**  
Gerichtstr. 23  
Tel. III 1309

**O. Naeie**  
Färberei u. chem. Wäscherei  
L. Herren- u. Damengarder.  
Läden in allen Stadtteilen  
Berlin, Rixdorf, Schöneberg

**G. Kullick, Färb., Wäscherei**  
Pfl. Guts. Adalberstr. 1, Wellenburgerstr. 41  
Sweisanderstr. 44, Waldgr. 9  
Müllerstr. 49, Sehkilla, Hermannstr. 37-38

**Fischhandlungen**  
C. Dittmann  
Winkler & Barthold.  
Fischer u. Wurstw.

**Jul. Amandowitz**  
Glasgower-Str. 8.  
G. Aming, Neukölln, Eisenstr. 74  
August Brnsteln, Dunkerstr. 78.  
August Blenerl, Augusta Allee 9.

**Wilhelm Behr**  
Wurstfabrik.  
Speck- und Schinkensalzerol.  
Berlin-Schöneberg, Kolonnenstr. 17-18  
Beste und billigste Bezugs-  
quelle f. Wiederverkäufer.

**Hans Böhm, Weidenweg 21.**  
Anton Buchheim, Allee 129/130.  
A. Bentele, Thierstr. 21.  
K. Christ, Elbingerstr. 54.  
Darge, O., Pinowstr. 8.  
W. Dör., Schivelbeinerstr. 27.  
August Feuger, Grünauerstr. 8  
Feyerherm, F., Al-Bohagen 11.

**J. Baer**  
Badstr. 26, Ecke  
Prinzen-Allee.  
Besser, Julius, N. Kaiser-Friedrichstr. 19

**Berren-Moden-Vertrieb**  
zum Selbstkostenpreis + 10%  
Charlottenburg, Wilhelmplatz

**Leske & Slupecki**  
Schick-Allee 70-75  
K. Müller, Bergstr. 44-45  
Marcus, S., Jürgens u. Malschneiderstr.  
Montagsröderoben v. Kavalieren  
Zum Kalmann  
Prinzenstr. 64, Ecke Annenstr.

**Bezugsquellen-Verzeichnis.**

**Fordern Sie Kakao und Schokolade Wesenberg**

**Cigarrenhandlungen**  
P. Hofer, Kottbuser-Damm 79  
Hilfstr. 77, Adalberstr. 14

**Klein, Wilh.**  
Müllerstr. 194, Oberbaum 1.  
J. Nothmann, NW 87 Turmstr. 59.  
G. & S. Peterke, 50. Köthlenerstr. 14.  
W. Schuster, NW, Neanderstr. 28.  
Alb. Werner, Ecke Elster & Ackerstr.

**Damenkonfektion**  
Calmann, Neukölln, Bergstr. 183.  
Gelegenheitskauf.

**Dombrowsky Restat. J.**  
Oskar Wollburg, Brunnenstr. 56.

**Drogen u. Farben**  
Relch. Assmus, Gerichstr. 16.  
Gustav Beraus, Weidenweg 80.  
A. Diepold, Taugoggenstr. 12.  
Haeberlein, Trest, Gratz-Kochstr.  
Klein, H., N. Kaiser-Friedrichstr. 238  
Kuesbeck-Drog., Hermannstr. 119.  
Königs Adler-Drogerie, Bismarckstr. 7.  
P. Lehrke, Köthlenerstr. 42, Parf. Am.  
Rathaus-Drogerie, Köthlenerstr. 24.

**Prinzenstr. 103**  
Hoffmann  
Fr. Schinnsaus, Liebaustr. 25.  
Hugo Schultz, Müllerstr. 166 a.  
Hyg. Gummiw., Photogr. Artikel.  
Wender-Drogerie, N. Kaiser-Friedrichstr. 12.  
Zobel, Georg, N. Ackerstr. 60.

**Eisen- u. Stahlw., Waff.**  
Alb. O., N. Kaiser-Friedrichstr. 4  
Otto Anders, Kottbuserdamm 6.  
W. Aliner, Mühlackstr. 24.  
Beutel, C., Boxh. Neuh. Bahnh. 51/52  
Herrn Braun, Landeb. Allee 149.  
Grüner Weg 49  
Wraselstr. 59.

**Emil Braun, Adressstr. 75**  
Ecke Bred-  
G. Brucklacher, str. 82/83  
F. Beutel, N. Kaiser-Friedrichstr. 77  
F. Fleck, E., Spandau, Schönb. Allee 14.  
Carl Jung, Stromstr. 31.  
Franz Pfeifer, O. Frankf. Allee 129.

**H. Rockstroh**  
Rühmann, P. Müllerstr. 40b, E. Seest.  
F. Schubert, Volpt. 10, E. Schreinerstr.  
Sellsch. Th., N. Kaiser-Friedrichstr. 69  
E. Timm, Schleif., Waldemarstr. 79  
Müller-Str. 29.

**Herm. Warschade**  
Arthur Weigel  
Alex Weimar  
Alexandrienerstr. 14  
Bohlenbergerstr. 100  
(Inh. Otto Janke).



Gewerkschaftliches.

Der Syndikalismus in England.

London, 10. November 1912. (Eig. Ber.)

In den letzten Monaten ist in Großbritannien sehr viel über Syndikalismus geschrieben und geredet worden, ohne daß man sich klar werden konnte, was eigentlich dahinter steckte. Die Kapitalistenpresse Englands benutzte das Wort als eine Erklärung für die wirtschaftlichen Aufwällungen der letzten Jahre und als einen wirksamen Popanz, um das Spielbürgertum zu erschrecken und dieses für reaktionäre Gesetze und Gesetzesauslegungen gegen die Gewerkschaften zu gewinnen. Diese Kellame brachte dann einige Personen, die von dem revolutionären Mystizismus eines Teils der französischen Gewerkschaften angesteckt worden waren und die bisher nicht den geringsten Eindruck auf die Masse der Gewerkschaften haben machen können, in den Vordergrund. Die esoterischen Ideen dieser Personen wurden nun mit den Bestrebungen der gewerkschaftlichen Zentralisten zusammengeworfen, denen die Arbeiter nach dem großen separatistischen Fiasko der Kesselschmiede im Jahre 1909 willig Gehör schenken. Und so entstand dann eine große Konfusion — ein englischer Syndikalismus.

Endlich nun sind die Syndikalisten an die Öffentlichkeit getreten, so daß es jetzt leichter wird, ihre Ziele und Bestrebungen und ihren Einfluß einwandfrei zu ermitteln. Am 9. und 10. November hielt die „Industrial Syndicalist Education League“ unter dem Vorsitz ihres Sekretärs Bowman eine Konferenz in London ab. Es hatten sich etwa 100 Personen eingefunden, von denen die Hälfte Zuschauer oder Berichterstatter waren. Die französische C. G. T. hatte ein Mitglied entsandt, das die Konferenz begrüßte. Der Vorsitzende erklärte gleich zu Anfang, daß die Delegierten ihre Gewerkschaft durch ihr Votum nicht verpflichteten; die Konferenz habe lediglich propagandistischen Zweck und man wolle erfahren, ob es unter den Arbeitern Leute gebe, die die Ansichten der Syndikalisten teilen. Ehe man zur Erledigung der Geschäfte schritt, erklärten mehrere Delegierte ausdrücklich, daß ihre Gewerkschaft sie nur geschickt habe, um von den Anschauungen der Syndikalisten Kenntnis zu nehmen und darüber Bericht zu erstatten. Ob eine Gewerkschaft als revolutionäre syndikalistische Organisation vertreten war, war nicht zu ermitteln. Nur ein blutjunger Mensch, der mit dem ganzen Arrangement der Konferenz nicht zufrieden war und sich demonstrativ der Abstimmung enthielt, erklärte, er könne für seine Sektion der Gewerkschaft der Ladengehilfen sprechen. Es war klar, daß die Konferenz keinerlei repräsentativen Charakter hatte. Bemerkenswert war auch, daß sich etwa die Hälfte der Delegierten (es wurde namentlich abgestimmt) der Stimme enthielten. Tom Mann begründete alle Resolutionen, zu denen keine Abänderungsanträge gestellt werden konnten.

Die Besprechung der beiden ersten Resolutionen, die sich mit der Verschmelzung der Gewerkschaften und der Aufgabe der Gewerkschaftskartelle befaßten, erschöpfte ziemlich den Schatz der Argumente, der den Syndikalisten zu Gebote steht. Aus den Verhandlungen über die zu erstrebende Verschmelzung der bestehenden Gewerkschaften ging hervor, daß man Syndikaterverbände zu schaffen wünscht, die weder die Mängel der Zentralisation noch die der Föderation haben. Ein Mitglied des Transportarbeiterverbandes befragte sich heftig über die Zusammenhängslosigkeit dieser Organisation. Als er kurzlich als Gewerkschafter, mit einer Mitgliedskarte des Transportarbeiterverbandes versehen, im Londoner Hafen Arbeit annahm, mußte er zuerst aus seiner Gewerkschaft austreten und dem Verbande der Dockarbeiter beitreten. Als er bald darauf bei einer Straßenanlage Arbeit annahm, mußte er der Gewerkschaft der Gasarbeiter beitreten. Alle in Betracht kommenden Organisationen sind dem Transportarbeiterverbande angeschlossen. Watson, ein Eisenbahner, der Sekretär eines Komitees, das die Syndikalisten ins Leben gerufen haben, um ihre Ideen unter den Eisenbahnern zu propagieren, erklärte wohl am klarsten, was seine Freunde unter Verschmelzung (amalgamation) verstehen. Er forderte eine Gruppierung der 1500 bestehenden Gewerkschaften nach der Art, wie sie in den Verträgen des englischen Handelsamts zu finden ist, mit dem Unterschiede jedoch, daß nicht der Beruf, sondern der Betrieb für die Zugehörigkeit zur Gewerkschaft maßgebend sein soll. Ein Maschinenbauer, der von einer Eisenbahngesellschaft beschäftigt wird, müßte zum Beispiel dem Eisenbahnerverbande und nicht dem Verbande der Maschinenbauer angehören. Ein Zentralkomitee für alle Industrieverbände müsse geschaffen werden, aber allen Industriezweigen und allen Zahlstellen müsse die größte Autonomie eingeräumt werden. Autonomie in der Verwaltung — Zentralisation für den Kampf. Tom Mann ging sogar noch weiter. Er verlangte die „persönliche“ Autonomie, ohne jedoch klar zu machen, was er darunter versteht. In einem Beispiel erläuterte er jedoch, was lokale Autonomie bedeutet. Wenn eine Gruppe den Kampf beschließen hat, so ist es die Pflicht der Zentralverwaltung, dieser Gruppe zur Hilfe zu kommen. Armes Zentralkomitee! Gerade diese Taktik hat in der Vergangenheit schon so manche stolze englische Gewerkschaft an den Rand des Verderbens gebracht. Es machte sich in dieser Debatte eine heftige Opposition gegen die Gewerkschaftsbeamten geltend, die als kleine Götzen bezeichnet wurden. Man darf jedoch nicht verschweigen, daß die härtesten Worte von Leuten kamen, die mit ihren Organisationen in Konflikt geraten sind.

Die Resolution, die sich mit den Gewerkschaftskartellen befaßte, enthielt die Forderung, daß sich die Kartelle jeder politischen Aktion enthalten sollten. Das brachte natürlich die Frage der politischen Aktion und der direkten Aktion zur Sprache. Eine ganze Reihe Redner erklärte sich mit dieser Forderung nicht einverstanden. Vergebens versuchte Tom Mann zu erklären, daß alle die durch politische Mittel erzielten Erfolge auch auf gewerkschaftlichem Wege erreicht worden wären. Seine Gegner antworteten ihm, daß das Dasein des Puddings dadurch bewiesen würde, daß man ihn äße. Ein Delegierter aus Woolwich erklärte, daß die Staatsarbeiter ihren Minimallohn von 30 Schilling die Woche nur durch die Ausübung politischen Druckes errungen hätten. Ein anderer erklärte, daß seine Kollegen durch politische Aktion ihren Lohn von 17 auf 25 Schilling die Woche gebracht hätten. Ein dritter betonte die Notwendigkeit der Ueberwachung der von der Regierung

und den Gemeinden vergebenen Kontrakte. Einen feisteren Boden hatten die Syndikalisten bei der Behandlung der Frage, ob es für das Gedeihen der Gewerkschaftskartelle günstig sei, wenn sich dieses mit politischen Fragen befaße. Ein Mitglied eines Gewerkschaftskartells sagte laut darüber, daß das Kartell, seitdem es sich der Arbeiterpartei angeschlossen, nur noch politisiere und seine eigentlichen Aufgaben vergesse. Ein zweiter schilderte die Zustände in dem Gewerkschaftskartell, dem er angehört. Dort arteten die Sitzungen stets in Streitereien zwischen den Mitgliedern der I. L. P. und der B. S. P. aus, und die geringfügigsten Sachen würden zu Parteiangelegenheiten gemacht. Die Verschmelzung gewerkschaftlicher und politischer Funktionen ist zweifelsohne ein wunder Punkt in der Organisation der englischen Labour Party.

Die Konferenz der englischen Syndikalisten hätte sich nicht der Registrierung verlohrt, wenn sie nicht bewiesen hätte, was wir stets von dem viel besprochenen englischen Syndikalismus behauptet haben. Der Syndikalismus hierzulande besteht aus einer Handvoll Konfusionisten, die nicht den geringsten Einfluß auf die Gewerkschaftsbewegung ausüben und auch wenig Aussicht haben, sich zu vermehren. Erwähnt sei noch der ambitionöse Plan, in nächster Zeit einen internationalen Syndikalistentongress einzuberufen.

Berlin und Umgegend.

Der Ruhetag der Bäcker.

Wie wir gestern bereits mitteilten, ist der Verband der Bäcker und Konditoren erneut in eine Bewegung eingetreten, welche das Ziel hat, eine ununterbrochene 36 stündige Ruhezeit in jeder Woche für die Bäcker zur Einführung zu bringen.

Eine Versammlung, in der diese Forderung propagiert wurde, fand gestern nachmittags im großen Saale des Marinehauses statt. Der Besuch war so stark, daß Saal und Galerien die Reihen der Erschienenen kaum zu fassen vermochten. — Bekanntlich fordert der Bäckerverband die gesetzliche Einführung der 36 stündigen Ruhezeit und hat eine dahingehende Petition an den Reichstag gerichtet. Aus diesem Grunde waren die in Berlin ansässigen Reichstagsabgeordneten aller Parteien zur Versammlung eingeladen. Jedoch nur sozialdemokratische Abgeordnete waren erschienen. Der gleichfalls eingeladenen Vorsitzende des Zweverbandes der Bäckereinnungen, Obermeister Frey Schmidt, hatte sein Erscheinen abgelehnt mit der Begründung, eine so wichtige Frage lasse sich nicht in einer öffentlichen Versammlung genügend erörtern, doch seien die Innungen nicht abgeneigt, mit ihren Gesellenausschüssen über diese Frage zu verhandeln.

Der Referent Henschold begründete die Forderung der 36 stündigen Ruhezeit. Sie lasse sich ohne Verunsichernde durchzuführen. Die im Verbandsorganisierten Bäcker würden an dieser Forderung, die bereits für 10 000 Kollegen in Deutschland durchgeführt sei, festhalten und sich weder durch die Quertreiber der Gelben noch durch die Innungen zu Einschränkungen verstehen, durch welche die Errungenschaften des Verbandes beeinträchtigt werden. Es sei endlich an der Zeit, daß die Bäcker nicht mehr sieben, sondern sechs Nächte wöchentlich arbeiten. Die 36 stündige Ruhezeit müsse errungen werden als eine Vorstufe zur Einführung der Sonntagsruhe und zur Beseitigung der Nachtarbeit im Bäckergewerbe.

Bäckermeister Sauls, Vorsitzender der Freien Vereinigung der Bäckermeister, erklärte sich für die allgemeine Durchführung der 36 stündigen Ruhezeit, die auch im Interesse der Meister liege.

Reichstagsabgeordneter Kappeler sagte unter anderem, auf den Reichstag dürften sich die Bäcker wohl nicht allzusehr verlassen. Die Forderung, daß keiner von den eingeladenen Abgeordneten der bürgerlichen Parteien die heutige Versammlung besuche, sei ein Beweis dafür. Er, der Redner, könne im Namen der sozialdemokratischen Fraktion erklären, daß diese mit allem Nachdruck für die Forderung der Bäcker eintreten werde.

Schließlich wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Die Versammlung begrüßt es mit Freuden, daß auch aus den Reihen der Kleinmeister, die noch selbst die ganze Nacht in ihren Bäckereien mitarbeiten müssen, immer mehr den Mut finden, öffentlich dafür einzutreten, daß es die höchste Zeit wird, die regelmäßige Nachtarbeit in unserem Gewerbe vollständig auszurotten, oder sie doch höchstens auf die frühen Morgenstunden zu beschränken. — Ohne Zweifel schädigt die Nachtarbeit die Arbeiter unseres Berufes ganz bedeutend in ihrer Gesundheit, denn sie zwingt die Gesellen und Lehrlinge, die Naturgesetze, welche die Nacht zur Ruhe und den Tag zur Arbeit geschaffen haben, fortwährend zu übertreten. Die Nachtarbeit, verbunden mit überlanger Arbeitszeit und regelmäßiger Sonntagsarbeit, ist die Ursache des bei unseren Kollegen sich schon im besten Mannesalter einstellenden körperlichen Verfalls und Siechtums, sowie öfterer und bedeutender Krankheiten. Als Vorbedingung für wirksame, durchgreifende Erreichung dieser Kulturforderung erachtet die heutige Versammlung die Beseitigung des betrügerischen Kost- und Logiszwanges beim Arbeitgeber und die Abschaffung der Arbeit an sieben Nächten in jeder Woche durch Schaffung eines 36 stündigen wöchentlichen Ruhetages. Die heute versammelten Gesellen geloben, nicht eher zu ruhen und zu rasten, bis es ihnen durch ihre Organisation möglich geworden ist, die schädliche Nacht- und Sonntagsarbeit in unserem Berufe auszurotten. Diese Bewegung durchzuführen, ist aber nur der Zentralverband der Bäcker und Konditoren imstande. Deshalb ist es Pflicht aller Kollegen, diesem beizutreten, wenn sie erfolgreich mit anzupacken wollen gegen alle diese Mißstände in unserem Beruf.

Der Streit bei der Firma Johannes Gerold dauert noch unverbändert fort. Aus den Reihen der Streikenden ist auch nicht ein einziger bis jetzt abtrünnig geworden. Die Firma scheint auch jetzt noch auf dem allerdings komischen Standpunkt zu stehen, die Organisationsleitung soll die im „Vorwärts“ erschienenen Artikel widerufen. Davon kann selbstverständlich keine Rede sein. Wenn die Firma Frieden haben will, so ist die Leitung der Organisation bereit zu verhandeln. Aus den Kreisen der Arbeiterschaft, soweit sie zur bisherigen Kundschast der Firma Gerold zählte, wird uns mitgeteilt, daß man es entschieden ablehnt, so lange keine Verständigung mit der Firma erfolgt ist, die Ware derselben zu kaufen. Andererseits wird uns mitgeteilt, daß das Gerold verbreitet wird, daß die Angelegenheit (damit ist wohl der Streit gemeint), erledigt sei. Die Stelle, von der dieses Gerold ausgeht, betrachte offenbar einen Schwindel. Der Firma mag es unangenehm sein, daß ihre Kundschast in den gesamten großen Betrieben den Streikenden gegenüber strengste Solidarität übt; dieses Solidaritätsgefühl wird sich zur bevorstehenden Weihnachtszeit, wo die Firma einen ausgerechneten Pfefferkuchenhandel betreibt, besonders bemerkbar machen. Die Firma Johannes Gerold ist nach wie vor für Arbeiter gesperrt.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Branche der Geschäftsführer und Lagerarbeiter.

Deutsches Reich.

Wieder eine christliche Verleumdung gerichtlich festgestellt.

Vor dem Schöffengericht in Köln standen der Verleger H. Pfeiffing vom „Rheinischen Merkur“ und der christliche Gewerkschaftssekretär Verlage als Drucker und Verfasser eines Flugblatts, worin dem Angestellten Drag Gendler vom Deutschen Metallarbeiterverband vorgeworfen war, er habe sich den Unternehmern zum Vermitteln von Streikbrücherei gegen Revision angeboten. Das Gericht verurteilte beide Angeklagte zu je 50 M. Geldstrafe. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Vorgang sei nicht richtig dargestellt, denn es habe sich nicht um Vermittlung von Streikbrücherei gehandelt, sondern nur um Lieferung von Guß an solche Fabriken, die die Metallarbeiter nicht ausgesperrt hatten; die Lieferung des Gußeisens habe nur im Interesse der Arbeiter gelegen.

Aussperrung im Leipziger Buchhandel.

Die Buchhandlungsmarkthelfer in Leipzig stehen seit Wochen in einer Lohnbewegung, die durch die geringen Zugeständnisse der Unternehmer zu keinem befriedigenden Abschluß kommen konnte. Die Markthelfer beschloßen deshalb, die Forderungen dem Leipziger Gewerbegericht zu unterbreiten, das einen Spruch fällen sollte, dem sich die Markthelfer ohne weiteres fügen wollten. Dieses Angebot lehnten die Unternehmer, organisiert im Buchhändler-Gilfsverband, ab und verhängten am Sonnabend kurzerhand die Aussperrung über die Markthelfer und Arbeitsbüchsen. Etwa 500 bis 600 Mann sind nun seit Montag ausgesperrt, darunter Arbeiter, die bereits 25—30 Jahre im Betriebe tätig waren. Es ist jetzt im Buchhandel, namentlich in der Leipziger Zentrale, Hochkonjunktur, und die Buchhändler suchen bereits in der bürgerlichen Presse unorganisierte Markthelfer. Die Aussperrten appellieren an die Solidarität der Arbeiter und ersuchen um Ablehnung von Arbeitsangeboten nach Leipzig.

Streik im Fürther Metallschlägergewerbe.

Meister und Gehilfen streikten im Fürther Metallschlägergewerbe seit Montag. Anlaß dazu ist die Erhöhung der Preise für das Rohmaterial, und zwar der Betriebsleistungen, daß die Meister das Rohmaterial entweder zum alten Preise weiter erhalten oder für das fertige Produkt mehr bekommen. Mit der Betriebsleistung in Fürth ist der hauptsächlichste Produktionsort für Blattmetall hülgelegt. Es kommen rund 120 Betriebe mit 600—700 Beschäftigten in Frage. Die eigentümliche Interessengemeinschaft zwischen Meistern und Arbeitern beruht in der Stellung der Meister, die eigentlich als Heimarbeiter der Fabrikanten gelten können, von denen sie das Rohmaterial beziehen. Der Fabrikant liefert dann das fertige Produkt erst an die Exporteure. In der Regel ist übrigens der Fabrikant des Rohmaterials auch der Abnehmer des fertigen Produkts. Soweit die Meister an Exporteure liefern, erhalten sie von diesen das Rohmaterial, das die Exporteure wieder von den Fabrikanten bezogen. Zwischen den Schlägermeistern und den Arbeitern besteht eine Tariftgemeinschaft, nach der den Arbeitern Löhne zu bezahlen sind, die nach Aussage der Meister es diesen nicht ermöglichen, die Preiserhöhung für das Rohmaterial zu tragen. Die Meister müßten also die Arbeitslöhne herabsetzen, was zum Streik der Arbeiter führen würde. Das durch die Tariftgemeinschaft eingeführte Tarifamt hatte nun angeordnet, es haben Meister und Arbeiter ihre Tätigkeit einzustellen, und Meister sowohl wie Arbeiter haben in ihren Versammlungen dieser Anordnung beigepflichtet. Durch die gänzliche Arbeitsruhe wird eine sichere Abwehr der Preiserhöhung erwartet.

Ein Kampf um menschenwürdige Lagerstätten.

Die Kamintzeher müssen auf dem Lande, wenn sie ihre Bezirke durcharbeiten, fast durchwegs in Stallungen Nachtquartier nehmen. Diese Einrichtung besteht seit Menschengedenken und ist seither auch von den Kamintzehergehilfen nicht demängelt worden. Die Gehilfen hoffen, einmal selbst Meister zu werden, und diese Hoffnung hat ihnen wie in vielen Gewerben, das Interesse an der wirtschaftlichen Hebung des Gehilfenstandes genommen. Jetzt beginnt ihnen das Menschenunwürdige ihrer Lage aufzukämmern. „In mehr als zwei Jahrzehnten“, sagt ein Kamintzeher, „habe ich tausendmal in Kuh-, Pferde- und ausgebeuteten Schweuställen geschlafen und gewacht, in Heu, Stroh und Streu den müden Körper zur Nachtruhe gebracht, bis derselbe mit Kopf- und Rückenschmerzen endlich daran mahnte, von dem tierischen Nachtlager abzukommen und für ein menschenwürdiges Ruhebett zu sorgen.“

Der Bayerische Kamintzehergehilfenverein e. V. hat sich nun in dieser Angelegenheit an die Kgl. Regierung gewendet, welche sich dahin äußerte, daß das Uebernehmen von Gehilfen in Stallungen nach den oberpolizeilichen Vorschriften über die Wohnungsaufsicht nicht statthaft ist. Die Distriktpolizeibehörden wurden darauf hingewiesen, gegen etwaige Mißstände in dieser Hinsicht vorzugehen und für deren Abstellung Sorge zu tragen.

Konferenz der Binnenschiffer und Flößer Deutschlands.

In Hamburg tagte am 10. und 11. November eine Konferenz der Binnenschiffer und Flößer, die vom deutschen Transportarbeiterverbande einberufen war. Es waren etwa 40 Vertreter erschienen. Paul Müller sprach zunächst über die

Revision des Binnenschiffahrtsgesetzes.

Er wies darauf hin, daß für das Arbeiterwohl der Binnenschiffer sowohl das bürgerliche Gesetz als die Gewerbeordnung und auch das Binnenschiffahrtsgesetz in Betracht kommen. Dies Durcheinander der gesetzlichen Bestimmungen schädigt allein schon die Binnenschiffer schwer. Vor allem lassen aber die ausnahmsrechtlichen Bestimmungen des Binnenschiffahrtsgesetzes auf den Arbeitern. Wenn auch eine einheitliche Gesetzgebung für alle Arbeiter gefordert werde, so sei es aus taktischen Rücksichten zweckmäßig, sich auf die Forderung einer Revision des Sondergesetzes zu beschränken. Die hochreaktionäre Seemannsordnung ist zum guten Teil auf das Binnenschiffahrtsgesetz übergegangen. Weder die großen Umwälzungen in der Binnenschiffahrt, noch die Wandelung und Vertiefung des allgemeinen Rechtsempfindens werden berücksichtigt. Die Zahl der Arbeiter ist riesig gewachsen. Die Segelschiffahrt ist durch die Dampfschiffahrt fast ganz verdrängt worden. Der Gegensatz zwischen der Wirklichkeit und den gesetzlichen Bestimmungen wird dadurch immer klaffender, wozu noch die rückwärtslose Anwendung des Gesetzes kommt. Es muß dahin gestrebt werden, die Bestimmungen des Binnenschiffahrtsgesetzes mit der Gewerbeordnung in Einklang zu bringen. Das gilt vor allem von der Kündigung. Dann muß über die Hin- und Rückförderung der Arbeiter Klarheit geschaffen werden. Der Unternehmer muß verpflichtet werden, die Arbeiter wieder an ihren Wohnort zurück zu befördern, wenn das Schiff irgendwo stillliegt. Die Arbeiter werden der Willkür des Schiffsführers ausgeliefert, dessen Befehle sie unbedingt und widerspruchslos ausführen müssen. Landurlaub kann ohne Angabe von Gründen verweigert werden. Selbst die Seemannsordnung ist da noch billiger. Der Rechtsweg ist für die Schiffer so unständlich, daß er für sie kaum in Frage kommt. Wichtige Lohnperioden könnten bequemer eingeführt werden. Bei Hilfs- und Vergearbeiten darf der Schiffsmann wohl sein Leben einbringen, vom Lohn erhält er aber keinen Pfennig. Bei Havarien und Schiffsverlusten hat er keinen Anspruch auf Ersatz der verlorenen Effekten. Für die Flößer gelten im wesentlichen dieselben Forderungen. Notwendig sei es freilich, sich nicht auf die gesetzgebenden Körperschaften allein zu verlassen, sondern sich zu einer mächtvollen Organisation zusammenzuschließen. Dann würden auch die Wünsche und Forderungen der Binnenschiffer erfüllt werden. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die



## Bemannungsfrage

spricht Rudolf-Düsseldorf. Die Frage ist in den Bundesstaaten selbständig geregelt. Dadurch ist eine lächerliche und schändliche Unübersichtlichkeit der Bestimmungen entstanden. Am Rhein haben die Rheinverstaaten die Bemannungsfrage geregelt. Wer die Kontrolle ausüben hat, ist nicht festgelegt. Wo einmal ein Unternehmer wegen zu geringer Mannkraft bestraft wird, ist die Strafe so niedrig, daß er noch ein gutes Geschäft macht. Oftmals werden den Beamten nur die Dienstbücher gezeigt, obwohl die damit angegebenen Leute gar nicht alle auf dem Fahrzeug sind. Die Fahrzeuge, die von der oberen Oder nach der Elbe gehen, unterliegen den verschiedenen Bestimmungen über die Stärke der Bemannung. Durch eine reichsgesetzliche Regelung müssen die Unzulänglichkeiten, Mängel und Schäden beseitigt werden. Beim Rheinschiffahrt zeigt sich die Notwendigkeit einer anderen Regelung. Man überläßt heute die Fahrzeuge, die zum ersten Male auf ein solches kommen und die schwersten Gefahren heraufbeschwören. Die einschlägigen Bestimmungen werden nicht eingehalten. Viele Schiffsmänner lassen sich herbei, ihre Frauen für einen miserablen Lohn auf dem Schiff mitarbeiten zu lassen. Der Standesbündel der Schiffsführer verhindert meist die richtige Erfüllung der Gesetze. Sie kümmern sich nicht um die Interessen der Arbeiter, sondern bereichern sich nach am Lohn für die fehlende Mannkraft. Es muß eine einheitliche Regelung der Bemannungsfrage erlassen werden und eine starke Organisation muß für die strikte Durchführung der Bestimmungen sorgen.

In der Debatte über die beiden Referate wurden eine Menge ergänzender Einzelheiten über die Lage der Binnenschiffer vorgebracht. Namentlich wird die Frage der rechtlichen Stellung und Ausbildung der Schiffsjungen, der Befähigung der Schiffe und Klöße, der Sonntags- und Nachtarbeit behandelt. Bei einer Statistik in Berlin wurde festgestellt, daß 25 Proz. der Fahrzeuge nicht die vorgeschriebene Bemannung hatten.

Darauf wird einstimmig eine Resolution angenommen, welche fordert:

1. Eine durchgreifende Revision der Gesetze betreffend die Binnenschiffahrt und Flößerei vom 15. Juni 1895 und 20. Mai 1898, soweit seine Bestimmungen auf das Vertrags- und Arbeitsverhältnis irgendwelchen Einfluß haben, herbeigeführt wird.

2. Eine Übereinstimmung zwischen diesen zu verändernden vertragsrechtlichen Bestimmungen und den Teilen der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuches und des Gewerbeverordnungsgegesetzes hergestellt wird, soweit sie auf die Binnenschiffer und Flößer Anwendung finden.

3. Solche vertragsrechtlichen Sonderbestimmungen im Binnenschiffahrtsgesetz geschaffen werden, die unter hinreichender Berücksichtigung der Berufs- und Betriebsverhältnisse a) die Kündigungsfristen, b) die Hin- und Rückbeförderung, c) den Landurlaub, d) den Gerichtsstand, e) das Verhältnis zwischen Schiffer und Mannschaft, f) Lohnzahlungsperioden, g) die Verteilung von Verges- und Hilfslohn, h) die Verjährungsfrist, i) die Ansprüche bei Havarien der Binnenschiffer und Flößer regeln.

Ferner sind Bestimmungen über das Bemannungswesen zu treffen. Generell fordern die Binnenschiffer und Flößer:

a) Eine reichsgesetzliche Regelung des Bemannungswesens für die gesamte deutsche Binnenschiffahrt;

b) Aufhebung der diesbezüglichen privaten Vorschriften und lokalbehördlichen Verordnungen;

c) Festsetzung der Mannschafstärke nach dem Tonnengehalt der Schiffe auf allen deutschen Wasserstraßen, unter Berücksichtigung der Schiffsgattungen und der jeweiligen Sonderverhältnisse auf den verschiedenen Hauptwasserstraßen;

d) hinreichende Garantien für die Qualität der Mannschaften;

e) hinreichende Entschädigung für Mehrleistungen irgendwelcher Art für den Fall der Mannschafverminderung an die verbleibenden Mannschaften;

f) behördliche Kontrolle über die Durchführung der gesetzlichen Bemannungsvorschriften.

Die Konferenz ersucht die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages, diesen Forderungen der Binnenschiffer und Flößer Deutschlands entsprechende Initiativanträge im Reichstage baldigst einbringen zu wollen.

Von Reichsregierung und Reichstag erwarten die Binnenschiffer und Flößer Deutschlands eine baldige Erfüllung ihrer an sich ebenso berechtigten wie praktisch durchführbaren Forderungen, die nicht nur den Interessen der Mannschaften, sondern auch dem Ansehen der deutschen Binnenschiffahrt und Flößerei dienen.

Am zweiten Verhandlungstag hielt Schünning-Berlin, der Leiter der Reichsdelegation der Binnenschiffer, einen Vortrag über die Arbeitszeit in der Binnenschiffahrt.

Nur in einem anderen Beruf, nicht einmal in der Landarbeit mit ihrem Koalitionsverbot, gibt es eine so lange Arbeitszeit, wie in der Binnenschiffahrt. Sie ist ganz unbeschränkt und währt über Tage und Nächte. Die Regierung war 17 Jahre dabei, Erhebungen zu veranstalten, bei denen man die Hilfe der Arbeiter und ihrer Organisationen zurückgewiesen hat. Dennoch mußte festgestellt werden, daß die Arbeitszeit in den Fahrtbetrieben durchschnittlich 15 bis 18 Stunden beträgt. Selbst für die jugendlichen Arbeiter gilt das. Das bedeutet nicht nur eine unerhörte Ausbeutung der Arbeitskraft, sondern auch eine schwere Gefährdung der öffentlichen Sicherheit. Viel schlimmer ist es in der Frachtschiffahrt auf den Stromgebieten. Arbeitszeiten von 16, 18, 24 und sogar 40 Stunden sind üblich. Auf der Elbe ist die Durchschnittsarbeitszeit, also die Regel, 16 1/2 Stunden, in Ausnahmefällen zeigten sich 20, 30 und 40 stündige Arbeits-tage. Auf der Oder liegt der Durchschnittsarbeitszeit auf 19 Stunden. Die Ausrede, daß es sich zum Teil nur um Dienstbereitschaft handelt, hat nichts zu bedeuten, denn auch während der Dienstbereitschaft müssen die Leute wachen. Die Arbeiten werden meist im Halbschlaf ausgeführt, was schwere Gefahren mit sich bringt. Wie in der Dampfschiffahrt liegen die Dinge auch in der Rahmschiffahrt. Selbst auf den Umschlagplätzen haben die Schiffleute keine Ruhe. Sie werden mit Laden und Löschen beschäftigt. Im Hamburger Hafen benutzt man das, um an den Uferarbeiten der Hafenarbeiter zu sparen. Und so ist es überall, auf dem Dortmund-Emskanal, den Stationen an der Oder, Elbe usw. Diese schreckliche Arbeitszeit hat dazu geführt, daß nur ein kleiner Teil der Berufsangehörigen über 30 Jahre alt wird. Schwere Berufskrankheiten, als Rheumatismus, Nervenkrankheiten, Darmkrankheiten, Influenza, Typhus wüten unter den Schiffern. Die Unfallziffer beträgt 13,71 pro Tausend, fast das Doppelte der allgemeinen Unfallziffer. Das Reichsgesundheitsamt sah sich denn auch gezwungen, eine tägliche ununterbrochene Ruhezeit von 8 bis 10 Stunden zu fordern. Der Beirat für Arbeiterstatistik forderte nach dem Abschluß seiner Erhebungen 1910 eine Ruhezeit von 6 bis 10 Stunden. Die Regierung hat indessen noch nichts getan. Über sie will wieder Erhebungen anstellen. Die Unternehmer schreien über die „tendenziösen“ Feststellungen des Beirats. Dennoch und trotz der mangelhaften Arbeit erklärten sich 1778 Unternehmer für eine gesetzliche Regelung der Nachtruhe. Von den 21 000 Arbeitern erklärten sich 20 700 für die gesetzliche Regelung der Nach- und Sonntagsruhe. Wir sagen der Regierung nichts Neues. Wir begründen unsere Forderungen mit ihrem Material. Kommt sie den billigen Forderungen nicht nach, so mag sie die Verantwortung für die Folgen tragen.

In der Diskussion wurden namentlich auch die traurigen Wohnungsverhältnisse besprochen. Die Kajütenwände lassen oft das Wasser durch. Es gibt keine Lüftung, kein Tageslicht. Verschiedene Leute beiderlei Geschlechts müssen eng zusammen hausen. Sie wimmeln von Ungeziefer. Die Wände werden manchmal von blankem Eisen gebildet. Auf der Weichsel werden die Strahschützen der russischen Flöße benutzt, wodurch häufig die Gefahr der Einschleppung von Cholera und anderen Krankheiten besteht.

## Die Konferenz forderte darauf in einer Resolution:

### 1. Nachtruhe.

a) Während der Fahrt: Einführung einer gemeinsamen ununterbrochenen Mindestruhezeit von 8 Stunden. Ausnahmen hiervon sind zulässig bei Havarien, Hochwasser, Sturmwind und Eisgefahr.

b) Beim Stillliegen: Gewährung einer gemeinsamen ununterbrochenen Mindestruhezeit von 10 Stunden während des Aufenthalts der Fahrzeuge in den Häfen, an den Umschlagplätzen und sonstigen Stationen.

### 2. Sonntagsruhe.

a) Für die Schlepp- und Güterschiffahrt ist völlige Sonntagsruhe zu bestimmen.

b) In der Personenschiffahrt ist während der Saison jeder dritte Sonntag und in den Wochen, in welchen ein Sonntag nicht gewährt wird, ein Tag in der Woche freizugeben.

Während der übrigen Zeit des Jahres tritt völlige Sonntagsruhe ein.

Die Konferenz ersucht die sozialdemokratische Fraktion des Reichstages dafür einzutreten, daß diese Forderungen der Schiffsmannschaften baldigst verwirklicht werden.

Damit waren die Arbeiten der Konferenz erledigt.

## Soziales.

### Wem gehören die Stoffreste?

In der Regel dem Arbeitgeber. Aber es kann aus der Art der Entlohnung, insbesondere der Akkordlöhnen das Gegenteil gefolgert werden. Wird Akkordarbeit vereinbart, daß der Arbeiter, falls aus dem gelieferten Stoff nicht die vereinbarte Stückzahl herauskommt, Entschädigung für den vermeintlich zu unwirtschaftlich zugeschnittenen Stoff zu leisten habe, so ist es durchaus billig, daß der Arbeiter wenigstens mangels entgegenstehender Vereinbarung den Stoff als Eigentümer behalten kann, den er durch seine Geschicklichkeit im Zuschneiden erübrigt hat. Das war auch, wie die Berliner Handelskammer bestätigt hat, in der Berliner Mäntelfabrikation üblich. Dieser von Strafverfolgung abweichende Ortsgebrauch kam bei einem am Donnerstag vor dem 6. Zivilsenat des Reichsgerichts entschiedenen Rechtsstreit zur Sprache.

Die Mäntelfabrikanten lassen nicht nur in eigenen Werkstätten arbeiten, sondern die Mäntel werden (wohl zum größten Teil) durch Zwischenmeister hergestellt, denen der Stoff hierzu von den Fabrikanten geliefert wird. Die nicht aufgebrauchten, durch geschicktes Zuschneiden erübrigten Stoffreste lieferten die Zwischenmeister nicht ab, sondern fertigten daraus für eigene Rechnung Mäntel; diese sogenannte Schmutzware verlaufen sie dann für billigeres Geld an Konfektionsgeschäfte. Der Verband der deutschen Damen- und Mädchenmäntelfabrikanten in Berlin, dem 98 bis 98 Prozent aller Berliner Konfektionsfirmen, und zwar sowohl Lieferanten von Stoffen und Mänteln wie auch Abnehmer angehören, beschloß nun im Februar und April 1911 einen Zusammenschluß, der in erster Linie gegen die Ansprüche der Arbeiter gerichtet ist und unter anderem Befreiung des Schmutzwesens verlangt.

Zu diesem Zwecke wurden die Verbandsmitglieder verpflichtet, auf den Arbeitszetteln zu vermerken, daß die Stoffreste Eigentum des Fabrikanten bleiben; ferner dürfen die Mitglieder solche Schneider nicht mehr beschäftigen, die auch für Nichtverbandsmitglieder arbeiten, und schließlich dürfen die Mitglieder weder an Nichtmitglieder liefern, noch von solchen kaufen. Der Verband hat auch im April 1911 seinen Mitgliedern eine Liste derjenigen Firmen überreicht, die trotz wiederholter Aufforderung dem Verband nicht beigetreten sind. Die Inhaber von zwei Berliner Konfektionsgeschäften, die Kaufleute Bein und Haase, die dem Verband nicht angehören, fühlten sich durch das Vorgehen des Verbandes in ihrer Existenz bedroht und haben deshalb gegen den Verband Klage erhoben. Sie begehren Unterlassung der Versendung und Verbreitung von schwarzen Listen und Unterlassung der die Kläger schädigenden Maßnahmen des Verbandes. Sie behaupten, das Sperrsystem des Beklagten führe zum wirtschaftlichen Ruin der Kläger und verstoße deshalb gegen die guten Sitten; sie erklären, daß auch sie das Schmutzwesen bekämpfen und nur solche Ware von den Zwischenmeistern kaufen, die diese in der arbeitslosen Zeit in eigener Regie hergestellt haben.

Das Landgericht I und Kammergericht zu Berlin haben die Klage abgewiesen. Das Kammergericht führt aus: Der vom Verband beabsichtigte Zweck, die Kaufleute zur Unterwerfung unter seine satzungsmäßigen Beschlüsse zu zwingen, verstößt nicht gegen die guten Sitten; auch die angewandten Mittel sind nicht sittenwidrig. Der Beklagte will die Kläger nur zur Unterwerfung unter die gestellten Bedingungen zwingen und hat sich ausdrücklich bereit erklärt, sie als Mitglieder aufzunehmen. Daß die Schädigung der Kläger ein Akt der Gefährdung oder der Willkür ist, kann nicht angenommen werden. Die Maßnahmen des Beklagten sind im wesentlichen nur gegen das Schmutzwesen gerichtet.

Auf die Revision der Kläger hat das Reichsgericht das Berufungsurteil aufgehoben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an einen anderen Senat des Kammergerichts zurückverwiesen. Zur Begründung bemerkte das Reichsgericht: Die Grundsätze, von denen das Berufungsgericht ausgeht, insbesondere der Satz, daß der Beklagte ein großes berechtigtes Interesse daran hatte, die Kläger in den Verband hineinzubringen und daß dieser Zweck durch die angeordneten Maßnahmen erreicht werden dürfte, sind nicht als richtig anzuerkennen, können auch nicht als gegen die guten Sitten verstößend erachtet werden, wenn ein Zwischenmeister durch seine Geschicklichkeit bewirkt, daß vielleicht das Tuch für den 31. Mantel ihm zufalle.

Das Reichsgericht hat sich gegenüber dem Unfug, Arbeitgeber zu einem Ring zusammenzuschließen und die Beschränkung ihrer Gewerbetätigkeit durch Vernehmungen zu erzwingen, damit wieder auf denselben Standpunkt gestellt, den es bereits im Jahre 1886 in dem Prozeß der Buchhandlung Meyer u. Müller gegen die Buchhändlervereinigung eingenommen hat. Es wäre im Interesse des Publikums und der Arbeiter zu wünschen, daß es diesen Standpunkt auch anderen Lieferanten sowie Kartellen und Trusts gegenüber durchzuführen Gelegenheit erhält.

## Gerichts-Zeitung.

### Ist der Richter zum Richter oder zum Nächsten da?

Durch die nachträglich erfolgte Anzeige eines Gendarmen hatte sich jetzt noch ein Streikfänger aus Buer vor dem dortigen Schöffengericht zu verantworten. Ein Zeuge wollte durch die Wand seiner Wohnung, die im zweiten Stock liegt, gehört haben, wie der Angeklagte mit seinem jährigen Sohn sich gegenseitig als Streikbrecher titulierten. Eine Zeugin will den Angeklagten an der Stimme erkannt haben, wie er vorbeikommanden Arbeitswilligen Streikbrecher nachgerufen habe. Der Amtsanwalt beantragte 1 Monat, das Gericht erkannte auf — 14 Tage Gefängnis. In der Urteilsbegründung heißt es: Der Angeklagte habe auf die Arbeitswilligen eine so große Wut gehabt, daß er sie durch die geschlossenen Fenster seiner Wohnung hindurch beleidigt habe,

Ein Richter, der nicht des Angeklagten durchaus zurechende, der Ansicht des Gerichts oder widersprechende wirtschaftliche oder politische Meinung, sondern lediglich die zur Anklage gestellte Tat objektiv aburteilt, hätte wohl erklärt: Zumal ich Wegar der wirtschaftlichen und politischen Anschauung des Angeklagten bin, hüte ich mich besonders, dem so oft vorkommenden Fehler zu verfallen, meine Gegnerschaft bei Beurteilung des Tatbestandes mitprechen zu lassen. Deshalb darf ich nicht annehmen, der Ausdruck Streikbrecher, den aus einer verlassenen Wohnung heraus besonders seine Ehren gehört haben wollen, habe sich auf bestimmte Personen bezogen. Aus der Annahme, der Angeklagte könne Streikbrecher nicht leiden, vermag lediglich eine Vermutung, wie die Gewißheit entnommen werden, der Ausdruck beziehe sich auf bestimmte Personen, Angeklagter ist deshalb freizusprechen. Ferner hätte sich auf Schutz gegen eigene Vorzugesommenheit peinlich bedachter Richter wohl erklärt: Hat der Angeklagte eine Wut gegenüber Arbeitswilligen und gebraucht er in bezug auf diese das Wort Streikbrecher, so hat er nicht das Bewußtsein der Beleidigung. Denn er drückt ja lediglich in der ihm geläufigen Sprachweise seine Anschauung aus, daß Arbeitswillige an dem Streik nicht teilnehmen, ihn also brechen. Beleidigung kann dieser Ausdruck nicht für die sein, die im Gegenlag zum Angeklagten das, was er für Streikbruch hält, für eine löbliche Tätigkeit halten. Auch aus diesen Gründen hätte der Angeklagte freigesprochen werden müssen. Endlich aber hätte der Richter, der dennoch glaubte, das Vorhandensein einer Beleidigung annehmen zu müssen, die „große Wut“, die Angeklagter gegen Arbeitswillige hat, als Strafmitigerungsgrund gelten lassen und allenfalls zu 3 oder 5 M. Strafe verurteilt. Wenn er entgegengesetzt eine Gefängnisstrafe auswarf, so ruft er naturgemäß die Meinung nach, er habe von seiner wirtschaftlichen und politischen Gegnerschaft sich verleiten lassen, statt zu richten zu rächen.

Der alte Grolman, eine der Fierden ostpreussischer Justiz, sprach in freimütiger Anerkennung, daß der Richter sich von seiner eigenen politischen Überzeugung gegenüber einem politischen Gegner besonders hüten müsse, Johann Jacoby frei. Das preussische Justizministerium suchte die Veröffentlichung dieses Erkenntnisses zu verhindern. Seit dem sind mehr als 50 Jahre verflossen. — Die durch Gesetz nicht gerechtfertigte schädliche Ansicht des damaligen Justizministers hat Oberbaurat in der preussischen Justiz erhalten. Leute wie Grolman oder Twisten sind Ausnahmen. Ist es verwunderlich, wenn die Einsicht wächst, daß in solchen Prozessen die Klassenjustiz den Richter verleitet, zu rächen statt allein zu richten?

### Die Sangesfreudigkeit fideles Sommergäste

solte durch ein Strafverfahren gedämpft werden, welches gestern durch eine Verhandlung vor der 4. Strafkammer des Landgerichts III vorüberwiegend seinen Abschluß gefunden hat. Wegen Verübung ruhestörender Lärms waren ein praktischer Arzt Dr. R. und der Bühnenrevisor W. angeklagt. — Die beiden Angeklagten hielten sich im vergangenen Sommer mit ihrer Familie in der Kolonie Nistengrund bei Oranienburg als Sommergäste auf. Unter diesen hatte sich ein fideles Stammtisch gebildet, der am Mittwoch und Sonnabend jeder Woche in dem Hörsaal Lokal tagte. Nach dem Grundsatze: „Gesang veredelt das Leben“ wurde an diesen Stammtischenden die Zeit durch einen lustigen Rundgesang beim Biergenuss toteschlagen. In dem Repertoire der langweiligen Stammtischreden, an der zumest Damen und Herren teilnahmen, spielte folgendes „geistreiche“ Lied die Hauptrolle: „Ein Winterbrut mit Käse und Wurst. — Eine Selter mit ohne und eine Selter mit mit“, das sich zwei Selter mit ohne und mit mit.“ Ferner wurde einige zwanzigmal hintereinander das schöne Lied: „Still ruht der See“ gesungen, und zwar in der Weise, daß immer nur diese vier Worte als Text verwendet wurden. Während sich die Mitglieder dieser Runde hierbei gut amüsierten, belamten die unfreiwilligen Zuhörer, die in den benachbarten Villen wohnten, mit der Zeit „Herben“, da der Gesang immer von neuem losging. Die anfänglichen geheimen Verwünschungen führten schließlich zu einer offenen Feindschaft zwischen den Sangesbrüdern und den sangesfeindlichen Nachbarn. Wenn diese in einer Pause das Wort „Ruhe“ hinüberriefen, füllte sich der „Selbstenne“ des Stammtisches bedenklich, in den höchsten Diskantationen zu ertwidern: — böse Menschen haben keine Vieder!“

Am 13. Juli d. J. kam es schließlich zu gegenfälligen Anzuspinnungen, die aber immer wieder durch einen neuen „Kantus“ der übrigen überdient wurden. Der Gesang hörte dann erst pünktlich um 11 Uhr, zu der dem Wirt bewilligten Polizeistunde, auf. Gerade um diese Zeit blieb vor dem Gasthofe ein Wägelwagen in der aufgewickelten Straße stehen. Die fideles Sommergäste machten sich nunmehr den Spott, den Wagen wieder flott zu machen, wobei sie in einem gewissen Rhythmus die Worte: „Zimmer schieben, schieben!“ gebrauchten. — Diese Vorgänge führten dazu, daß auf Anzeige einer Sommergästin gegen die Beteiligten wegen ruhestörender Lärms vorgegangen wurde. Während von den übrigen mit einem Strafmandat bedachten Personen letzteres bezahlt wurde, beantragten Dr. R. und Herr O. richterliche Entscheidung, da sie meinten, in keiner Weise ein solches Strafmandat verdient zu haben. Das Schöffengericht Oranienburg verurteilte Dr. R. zu 30 M. Geldstrafe, sprach dagegen Herrn O. frei. Wegen des freisprechenden Erkenntnis legte der Staatsanwalt Berufung ein, ebenso Dr. R. wegen seiner Verurteilung.

Der Gerichtshof kam zur Freisprechung der beiden Angeklagten, da ein Gesang bis Eintritt der Polizeistunde unter den obwaltenden Umständen nicht als ruhestörender Lärm zu erachten sei.

### Wahrnehmung berechtigter Interessen.

Dem Reichsgericht wird die Rechtsprechung, die das Recht der Verleumdung durch strafrechtliche Verfolgung der Verleumdungsführer illusorisch macht, zu hurt. Am Montag hat es deshalb einen vom Landgericht Weiden wegen Verleumdung zu einem Monat Gefängnis verurteilten Bauer Hartwich ohne Zurückweisung an die Vorinstanz sofort freigesprochen.

Er war früher Straßenwarter gewesen, aber im Disziplinarwege entlassen worden. Auf seinen früheren Kollegen Sch. hatte er aus Anlaß des Disziplinarverfahrens einen Spott. Als nun dieser eines Tages seine Arbeitspause etwas lange ausgedehnt und in einer benachbarten Wirtschaft gesetzt hatte, schrieb er an die vorgefetzte Behörde, Sch. habe sich dadurch einer Amtspflichtverletzung schuldig gemacht. Eine solche im eigentlichen Sinne konnte gegen Sch. nicht festgestellt werden. Der Schuß des § 193 wurde ihm nicht zugebilligt, da er gar keine berechtigten Interessen habe wahrnehmen wollen.

Das Reichsgericht nahm in Übereinstimmung mit dem Rechtsanwaltschaft an, daß jeder das Recht habe, die vermeintliche Pflichtverletzung eines Beamten zu rügen und gelangte zum sofortigen Freispruch, weil weder die Form noch die Umstände eine Verleumdungsabsicht ergaben.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet in den Räumen 69, oben über Treppen — Fahrstuhl —, montags von 10 bis 12 Uhr abends, samstags von 10 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Antrag ist ein Dankschreiben und eine Zeit als Verleumdung des Briefkastens. Briefliche Antworten werden nicht erwidert. Anfragen, denen keine Abmahnung zugeht, werden nicht beantwortet. Alle Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

§. 100. 1. Eine Verleumdung kann eintreten. Eine Unterlassungshaft und die Schließung des Geschäfts durch die Polizei erhebt sich aus §. 100. 1. bis 3. Die Kindesmutter kann jederzeit Herausgabe des Kindes verlangen, das Kind behält auch den Anspruch auf Alimentierung gegen den Erzeuger. — §. 16. 16. Irrenweise Schritte in der An-



gelegentlich erscheinen ausföhrlos. — **V. G. 102.** Das Mädchen soll beim Armenportierer ihres Bezirks die Erstellung eines Armenattestes beantragen und nach Empfang desselben bei dem Amtsgericht in dessen Bezirk der Schuldner seinen Wohnsitz hat, Klage erheben mit dem Antrage auf Bewilligung des Armenrechts und Beordnung eines Kuraturs. Der Lohn unterliegt nur insoweit der Beschlagnahme, als er 28,95 M. in der Woche übersteigt. — **Weihensee.** Die Karten haben Gültigkeit, es empfiehlt sich das Weiterleben. — **S. 24. 2.** Vgl. sich nur nach Einfügung in die Versicherungsbedingungen beurteilen. — **S. 23. 75.** Leider nicht. — **S. 23. 100.** Es kommt auf die Art der Beschäftigung an. Genare Auskunft erhalten Sie bei der Volkshörde.

**S. 3. 25.** Die Kaskaden, auf die Sie sich Ihre Klage stützen wollen, würden alsdann als verziehen gelten. Es kämen für ein neues Verfahren nur etwaige neue Verletzungen Ihres Ehemannes in Betracht. 2. Rein, sofern die Sachen Ihr Eigentum waren oder die Schwester annahm, daß es sich um Ihr Eigentum handelte. — **Unterschied.** 1. Rein. Der Beklagte wäre dann aber zu einer neuen Klage berechtigt und würde einen solchen Prozeß auf Grund des Sachverhaltes des Vorprozesses gewinnen. 2. Abänderung des Antrages des Beklagten ist zulässig. Wird der neue Antrag erst im Verhandlungstermin gestellt, so haben Sie das Recht, Verlangung zu verlangen, da die Einfügungsfrist nicht gewahrt ist. — **T. G. 1.** Es kann nach § 307

Befreiung befreit werden. Jedoch nur dann, wenn die Befreiung der Wertzeit, die nach § 305 stattdast ist, nicht bewilligt wird oder aus einem anderen Grunde unmöglich ist. Der § 305 befreit über die Befreiung der Wertzeit, daß diese nach vorheriger ärztlicher Untersuchung nach Eingahlung der entsprechenden Bescheinigungen abgeführt werden kann. Die Grundfrage für die Berechnung der einzubehaltenden Bescheinigungen bestimmt der Bundesrat nach Anhörung des Reichsversicherungsamts. Ein „anderer Grund“ im Sinne der Schlüsselbestimmung des § 307 würde sein zum Beispiel der Mangel an Mitteln zur Eingahlung der Bescheinigungen. 2. Ja. Können Sie einen entsprechenden Antrag an die Landesversicherungsanstalt Düsseldorf in Königsberg i. Pr.

Ein tausend Dank dem Jubel-  
daar!  
Wir wünschen Ihnen noch manches  
Gute  
Recht ungetrübten Lebens.  
Und wie Schöpfung Markowitz  
Gemeint, gelobt für die Partei,  
Uns allen stets ein leuchtend  
Vorbild sei.  
Unserer Vorstehenden, der Ge-  
nosse  
**Markowitz**  
und unserm Genossen  
**Franz Markowitz**  
wünschen viel Glück zur heutigen  
Silberhochzeit  
**Die sozialdemokrat. Frauen**  
Wilmersdorfs. 804

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
Neukölln.**  
Den Parteigenossen zur Nach-  
richt, daß unser Mitglied, Frau  
**Anna Schmidt**  
Donaustr. 109 (7. Bezirk)  
verstorben ist.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, den 13. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Leichen-  
halle des Neuköllner Gemeinde-  
Friedhofes, Mariendorfer Weg,  
aus statt.  
**Der Vorstand.**

**Deutscher Banarbelterverband.  
Zweigverein Berlin.**  
Am 9. November starb unser  
Mitglied, der Puzer  
**Paul Ortel**  
(Bezirk Neukölln).  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, den 13. November, nach-  
mittags 3 Uhr, von der Halle  
des Neuköllner Gemeinde-Fried-  
hofes, Mariendorfer Weg, aus statt.  
147/6 **Der Vorstand.**

**Danksgiving.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme und die vielen Kranz-  
spenden bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau, unserer guten Mutter  
**Klara Kohlschmidt**  
sage ich allen Verwandten, Freunden  
und Bekannten, besonders dem  
Sängerchor Weidling, Verband der  
Freien Gast- und Schankwirte, Spar-  
verein „Garnlos“ und der Brauerei  
Gabriel u. Richter meinen herzlichsten  
Dank. 7591  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
**Richard Kohlschmidt**  
nebst Kindern.

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. 6. Berl. Reichstagswahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am Sonntag verstarb unser  
Genosse, der Gastwirt  
**Wilhelm Blocksdorf**  
(Stargarder Str. 60, Bez. 542a)  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, nachmittags 4 Uhr,  
von der Halle des Weihensee-  
Friedhofes in Nordend aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
**Der Vorstand.**

Allen Freunden und Bekannten  
hiermit die traurige Nachricht, daß  
mein lieber Mann, unser guter  
Vater  
**Reinhold Thierbach**  
am 10. d. Mts., vormittags  
8 1/2 Uhr, im Alter von 53 Jahren  
nach langen schweren Leiden ver-  
storben ist.  
Dies zeigen tiefbetrübt an  
**Emilie Thierbach**  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 14. d. Mts.,  
nachmittags 3 Uhr, von der  
Halle des neuen Pantower Fried-  
hofes in Schönholz aus statt.

**Verband  
der Schneider und Schneiderinnen**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Gustav May**  
am 9. November ex. im Alter von  
51 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
13. November ex., nachmittags  
2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle  
des Zentralfriedhofes in Friedrichs-  
felde aus statt.  
164/20 **Die Ortsverwaltung.**

**Danksgiving.**  
Allen denen, welche an der Beer-  
digung des Herrn  
**Karl Dickert**  
teilnahmen, sage ich hiermit meinen  
herzlichsten Dank. 572  
**Frau Auguste Kurz.**  
**Danksgiving.**  
Für die vielen Beweise herzlicher  
Teilnahme bei der Beerdigung meiner  
lieben Frau  
**Pauline Möckel**  
sage hiermit allen, insbesondere dem  
Gesangverein „Rännerschor“, den Ge-  
werbegerichtsbekanntem meinen besten  
Dank.  
**Peter Möckel.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
I. d. 5. Berl. Reichstagswahlkreises  
1. Abteilung.**  
Am 10. November starb unser  
Mitglied  
**Hermann Drabe.**  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet heute  
Mittwoch, nachmittags 3 Uhr, von  
der Halle des Bartholomäus-Fried-  
hofes, Weihensee, Falkenberger  
Straße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
223/18 **Der Vorstand.**

**Sozialdemokratischer Wahlverein  
Kreis Nieder-Barnim.  
Bezirk Pankow.**  
Am Sonntag, den 10. d. Mts.,  
verstarb nach langen schweren  
Leiden unser Genosse, der Arbeiter  
**Reinhold Thierbach**  
im Alter von 53 Jahren an  
Epilepsie.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 14. d. Mts.,  
nachmittags 3 Uhr von der Leichen-  
halle des neuen Pantower Fried-  
hofes in Schönholz aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
945/5 **Die Bezirksleitung.**

**Danksgiving.**  
Für die zahlreichen Beweise herz-  
licher Teilnahme beim Hinscheiden  
unserer lieben Tochter, Schwester  
und Cousine  
**Martha Hartmann**  
sowie für die große Blumenpende  
und ausopfernde Weib während  
ihrer langen Krankheit von Seiten  
ihrer lieben Kolleginnen und  
Kollegen, sowie dem Herrn Buch-  
bindermeister Roal der Firma  
H. Wasse sagen wir allen Freunden  
und Bekannten unseren herzlichsten  
Dank. 159/8  
Berlin und Pirna.  
**Frau Clara Hartmann**  
und Geschwister nebst Cousine.

**Schwarze Kleidung**  
Fertig am Lager:  
Gehrock-Anzüge 70, 80, 36 M.  
Smoking-Anzüge 80, 70, 40 M.  
Frack-Anzüge 90, 80, 40 M.  
Beinkleider 18, 15, 8 M.  
12, 10, 8 M.  
Fertige schwarze Kleidung  
für Knaben und Jugendliche  
in größter Auswahl !!  
Feine Maß-Anfertigung  
in ca. 10 Stunden !!  
**Baer Sohn**  
Kleider-Werke.  
Chausseestraße 25-30,  
11. Brückenstraße 11,  
Gr. Frankfurter Str. 20,  
Schöneberg, Hauptstr. 10.

**Deutscher  
Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Arbeiter  
**Hermann Drabe**  
am 10. November im Alter von  
47 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken.**  
Die Beerdigung findet am  
Mittwoch, 13. November, nachm.  
3 Uhr, von der Leichenhalle des  
Bartholomäus-Friedhofes, Weihen-  
see, Falkenberger Chaussee, aus  
statt.

**Deutscher Buchhändler-Verband.  
(Zahlstelle Berlin.)**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege  
**Paul Belkowski**  
nach langem Leiden gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet morgen  
Donnerstag, den 14. November,  
nachmittags 3 Uhr, auf dem fatho-  
lischen Gemeindefriedhof in Wil-  
helmsberg statt.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet  
26/4 **Die Ortsverwaltung.**

**Westmanns Trauermagazin  
Extra-Abteilung**  
I. Gesch.: Berlin W., Mohren-  
straße 37a (2. Haus von der  
Jerusalemstraße).  
II. Gesch.: Berlin NO., Große  
Frankfurter Str. 115 (2. Haus  
von der Andreasstraße).  
Schnell- u. fert. Kleider,  
Hüte, Handschuhe, Schleier  
etc. v. einfachsten bis zum  
hocheleganten Genre zu äußerst  
niedrigen Preisen.  
Sonder-Abteilung:  
**Haarverfertigung** in  
10 bis 12 Stunden.

**Buchhandlung Vorwärts**  
Lindenstr. 69.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Kollege, der Drehtur-  
m  
**Karl Voß**  
am 9. November im Alter von  
46 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
68/14 **Die Bezirksverwaltung.**

**Verband d. Gemeinde- u. Staatsarb.  
Filiale Groß-Berlin.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß der Kollege  
**Julius Rauchbar**  
welcher im Betriebe des städtischen  
Gaswerkes Danziger Straße be-  
schäftigt war, an den Folgen des  
am 6. November erlittenen Un-  
falles verstorben ist.  
Wir werden ihm ein ehrendes  
Andenken bewahren.  
Die Beerdigung findet am Mit-  
woch, den 13. November, nach-  
mittags 3 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Bartholomäus-Fried-  
hofes in Weihensee, Falkenberger  
Straße 148/149 aus statt.  
83/50 **Die Ortsverwaltung.**

**Blumen- und Franzbinderei  
von Robert Meyer,**  
Inb.: P. Gollets  
unter Mariannen-Straße 2.  
Telephon: Moritzplatz 346.

**Das  
Menschen-Schlachthaus.**  
Bilder vom kommenden Krieg  
von 247/7  
**Wilh. Lamszus**  
Preis 1 Mark.

Am Sonntag verstarb nach  
langem Leiden meine innig-  
geliebte Frau  
**Anna Müller.**  
Der trauernde Gatte Paul Müller  
nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am  
Donnerstag, den 14. November,  
nachmittags 3 1/2 Uhr, von der  
Leichenhalle des Neuköllner Ge-  
meinde-Friedhofes, Mariendorfer  
Weg, aus statt. 122



**Rosenthaler Hof**  
Rosenthaler Str. 11/12. Inb. Otto Schilling. Telephon: Amt N. 2438.  
**Sämtliche Räume renoviert.**  
9 Vereinszimmer, Regeldahu, 3 Säle mit Bühne bis 400 Personen,  
noch einige Sonnabende und Sonntage frei. 46382\*

**Westmann**  
Mohrenstr. 37a (nahe Jerusalem Strasse)  
Gr. Frankfurter Str. 115 (nahe Andreasstr.)  
**Ausverkauf**  
meiner Pelz-Abteilung wegen Aufgabe. Electric-  
Persianer-Jackette, Seal-Mäntel, Stielmarder-  
Skunks etc. Stolen und Muffen zu  
**jedem annehmbaren Preise**  
Ausserdem viele ich mit Preisermäßigung von  
5, 10, 15, 20, 25, 30, teilweise sogar bis  
**50 Prozent**  
an:  
Plüschmäntel kurz und lang 18, 25, 33, 50 bis 200 M.  
Ulster . . . . . 12, 15, 18, 22, 25 bis 60 M.  
Kostüme . . . . . 15, 20, 25, 30, 36 bis 150 M.  
Abendmäntel . . . . . 16, 22, 30, 36, 45 bis 125 M.  
Höcke, Blusen enorm billig! Sonntag goldnot 12-2.

**Lewinsohn**  
Größtes Schuhwarenhaus  
für Gelegentlichkäufe  
**Rosenthaler Str.**  
40-41  
Bahnhof Börsen

2. Geschäft: **Grosse Frankfurter-Str. 110**  
zwischen Androssstrasse und Straußberger Platz.  
3. Geschäft: **Charlottenburg, Nehring-  
strasse 34 (Ecke Magazinstr.).**

**Kaufen Sie jetzt! Kaufen Sie jetzt!**  
**Sensationell billige Angebote!**  
solange Vorrat.  
**1000 Paar hochelegante Damenstiefel**  
in den dicksten Fas-  
sen, streng moderne  
Formen, mit Chev-  
rean und Roschev-  
rean, Derby, Lack-  
kappe, Wert beden-  
tend höher, jetzt nur  
**6 25 5 75**  
**4 95 4 65**

**Erstaunlich billig**  
1000 Paar Kind- u. Roschev-  
rean-Kinderstiefel, sehr  
gemacht, kräftige Sohle, mit und ohne  
Lackkappe  
23-24 25-26 27-30 31-35  
**2 25 2 95 3 75 4 25**

**800 Paar**  
Kind- u. Roschev-  
rean-Kinderstiefel  
**Herrenstiefel**  
mit und ohne Lack-  
kappe, neueste For-  
men, auch Zug und  
Schmale, jetzt nur  
**6 75 6 25 5 95**

**Sie werden staunen!**  
Ein grosser Posten **Flüschlattenstiefel** m. Ledersohle  
20-24 25-26 27-30 31-35 36-42 43-46  
**0 95 1 10 1 35 1 65 1 95 2 95**  
**Kamelhaarstoff-Hauschuhe**, 36-42 **1 95**, 43-46 **1 95**.

**Lackballschuhe**  
mit Derby u. div. Ein-  
knoten, entzückende  
Formen, sehr schick,  
zum Knöpfen u. Seiten-  
schließen, erheblich  
unter Preis, jetzt nur  
**6 75 6 25**  
**5 90 5 85**

**Die neue  
8y  
Cigarre**  
**No  
208**  
**Ingraban**  
milde und  
doch gehaltvoll  
**I. Neumann**  
Berlin-Hamburg  
Über 200 Niederlagen in Deutschland



# Dr. Simmel

Spezial-Arzt für Haut- und Harleiden. Prinzenstr. 41, dicht am Moritzplatz 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

### Geschlechts-

Harnleiden, Nervenschwäche, Frauen- und Beinkranke  
Spec. Dr. med. Urologe  
Spezial-Praxis  
Dorotheenstr. 63 Spr. 11-2, 6-8  
Sonnt. 11-2  
Separate Damenzimmer.

21 Begründet 1864 21



## Pelz-waren.

Engros-Export.  
S. Schlesinger,  
Neue Königstr. 21  
Ordonnanzhaus.  
Kein Laden!  
II. Etage.  
Einzelverkauf  
wie alljährlich zu  
billigsten Preisen.  
Pelz-Stolas  
Muffen  
Chick garnierte  
Damenpelzhüte  
federleicht.  
Reparaturen sauber und billig.  
Sonntag geöffnet.  
Bitte genau auf Hausnummer  
21 zu achten.



Er schwanfte lange  
doch endlich fand er  
**3 die „Vera“ pfg. Cigarette**

Buchhandlung Vorwärts, Lindenstr. 69  
(Laden)  
**J. B. von Schweitzer**  
Politische Aufsätze und Reden.  
Mit Einleitung und Anmerkung  
herausgegeben v. Fr. Mehring.  
Sozialistische Neudrucke v.  
Preis broschiert 3.- M., gebunden 4.- M.

**Michel-Vertrieb**  
Neukölln, Knefbeckstr. 148.  
Tel. 1610.  
Winterpreise bis 28. Februar 1913:  
Salonbriketts pr. 1000 Stück, Riesenformat 7", M. 8.90.  
Industrie-Halbstein-Briketts . . . M. 0.85 pro 1 Zentner  
Oberschlesische Steinkohlen Nuß II . M. 1.65 " 1 "  
Gebrochener Berliner Gaskoks . . . M. 1.65 " 1 "  
Brennholz, grob oder fein gespalten . M. 1.25 für einen großen Sack.  
Alles frei Geläß jeder Etage. 4545L\*

**Achtung!**  
**Reisemuster**  
Ulster, Paletots, Anzüge und Hosen  
gebe an Private zu Fabrikpreisen ab.  
Herrenkleider-Fabrik  
J. Coper, Alexanderstr. 55 III. Fahrstuhl  
(neben der Alexander-Kaserne)  
Geöffnet bis 7 Uhr abends, Sonntags von 12-2 Uhr.

### 4. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 12. November 1912 vormittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

61 187 92 445 550 85 654 788 809 [1000] 76 844  
1190 861 581 604 832 44 940 73 77 2007 103 35 98 243  
355 402 68 628 858 931 90 3352 58 406 32 60 67 76  
700 17 [1000] 824 4101 201 319 441 93 538 43 700  
807 983 98 5063 67 104 70 [3000] 70 258 [500] 90  
302 435 557 884 [3000] 734 886 8090 114 417 38 800  
743 [500] 812 49 [10000] 7017 51 82 104 62 [1000] 836  
[500] 989 8081 83 85 343 491 850 63 888 98 989 [1000]  
8046 49 [1000] 182 206 [500] 97 301 25 43 50 69 679  
679 812 [1000]

10015 183 404 58 546 87 677 710 833 39 907  
11150 261 554 613 38 797 [500] 12042 [500] 67  
209 35 659 743 95 874 13046 70 95 320 327 36 671  
[1000] 725 92 83 14123 299 359 62 648 [3000] 93  
625 706 882 912 74 [3000] 15002 193 409 588 602  
[1000] 62 788 16040 [500] 61 107 8 238 323 82 407  
13 630 809 97 [1000] 17030 49 355 84 470 864 844  
99 18142 229 315 526 70 664 747 881 953 19011 147  
[3000] 66 [500] 80 [500] 303 33 773 814 915 61 87  
22046 90 184 87 877 548 82 799 991 21164 95  
284 454 38 58 98 87 579 53 781 [1000] 50 22030 94  
417 890 [1000] 23107 874 687 717 53 78 844 915  
24050 73 183 324 313 875 [500] 80 774 [1000] 965  
25047 60 78 183 [1000] 329 589 811 31 67 953  
26037 142 276 467 57 524 615 29 58 807 68 [3000] 913  
60 27083 118 21 99 384 438 62 637 39 789 803 [1000]  
989 28059 183 85 91 315 49 490 99 94 553 683 817  
93 29030 [1000] 88 117 71 245 [3000] 305 87 414  
[500] 97 593 610 738 858 97 989

30013 63 190 233 303 781 882 912 62 3122 [1000]  
83 287 822 81 958 32034 51 287 302 [500] 37 72  
676 619 64 738 57 823 988 33049 235 370 624 56  
702 23 88 890 963 [1000] 34308 850 [500] 936 35089  
187 490 825 967 36040 [500] 125 419 814 97 [500]  
610 76 738 98 989 37040 60 222 654 714 18 19 51 74  
859 85 87 979 38062 73 243 312 32 76 [1000] 429  
659 61 70 88 962 38146 390 417 874 [1000] 807 739  
218 979

40112 13 23 443 63 789 41110 [1000] 64 355 800  
763 70 42225 38 83 339 487 638 737 34 43116 41  
48 221 43 428 645 47 706 961 44032 368 558 65 763  
[500] 79 948 45087 183 68 87 445 814 953 [1000]  
46268 83 350 80 [1000] 453 587 826 30 718 858 304  
623 78 98 47307 105 302 [500] 407 546 48108 300  
29 544 83 617 95 77 48424 639 [1000] 734

50109 82 245 87 309 39 484 87 671 [500] 707  
38 74 51153 293 526 729 38 966 52344 [1000] 428  
47 643 608 652 53076 202 58 334 51 88 625 704  
37 989 54019 42 114 45 211 346 637 979 55069  
261 80 834 466 760 58003 28 102 453 72 532 625 934  
57154 262 360 91 411 73 533 90 697 734 941 58227  
688 [1000] 800 97 708 98 862 954 [1000] 65 89242  
187 213 65 564

60340 67 426 [3000] 705 61077 81 98 168 991  
462 702 903 7 38 62028 195 [1000] 98 111 31 454  
854 822 999 83023 120 44 284 429 [500] 69 649 [3000]  
723 80 64224 [500] 846 81 [1000] 79 85 400 11 61  
715 [500] 828 94 921 81 65033 189 280 394 532 26  
688 706 819 88 68080 81 86 64 [3000] 152 205 646  
[500] 37 488 99 690 717 853 67396 368 438 80  
690 818 41 66 963 64 68140 270 [500] 359 [1000]  
78 85 434 82 645 73 874 704 [500] 91 95 803 69132  
[1000] 897 410 874 [3000] 670 81

70002 8 98 102 354 74 419 626 690 719 801 [500]  
933 [3000] 71049 [1000] 58 [3000] 74 75 87 288 393  
721 68 62 [1000] 968 72119 26 273 508 18 608  
808 [500] 57 81 999 73183 281 321 41 405 627 [3000]  
63 724 894 933 74330 425 599 600 28 35 725 812  
661 75097 485 873 94 634 74 818 98 647 80 76108  
82 70 299 840 88 818 77103 12 13 31 [3000] 212 81  
465 628 40 803 509 71 78132 471 808 43 69 785 811  
62 65 628 [3000] 90 79003 67 304 323 841 87 836 40  
[1000] 897 410 874 [3000] 670 81

70002 8 98 102 354 74 419 626 690 719 801 [500]  
933 [3000] 71049 [1000] 58 [3000] 74 75 87 288 393  
721 68 62 [1000] 968 72119 26 273 508 18 608  
808 [500] 57 81 999 73183 281 321 41 405 627 [3000]  
63 724 894 933 74330 425 599 600 28 35 725 812  
661 75097 485 873 94 634 74 818 98 647 80 76108  
82 70 299 840 88 818 77103 12 13 31 [3000] 212 81  
465 628 40 803 509 71 78132 471 808 43 69 785 811  
62 65 628 [3000] 90 79003 67 304 323 841 87 836 40  
[1000] 897 410 874 [3000] 670 81

81090 84 87 148 881 467 580 [3000] 79 82339  
27 655 874 79 831 913 [500] 83064 217 548 [3000]  
754 69 78 805 907 84097 138 533 61 857 747 879 94  
993 85118 222 [1000] 99 316 51 405 98 [3000] 679  
716 872 908 86174 314 309 520 76 664 89 947 87055  
73 74 92 437 63 [1000] 633 703 943 97 88599 83 124  
63 [500] 220 43 44 321 32 880 61 80043 302 224  
88110 216 84 409 22 [500] 78 507 623 708 907  
90388 729 816 88 988 91029 159 [500] 231 307  
826 660 742 92010 322 30 36 483 861 68 689 725  
93018 451 549 858 84062 [1000] 139 288 307 68 [500]  
98 611 604 98 738 877 88 927 85005 [500] 160 94 319  
[500] 463 60 580 94 871 73 846 68 98043 302 224  
351 403 22 963 97093 9 18 30 [1000] 231 333 441  
659 983 [1000] 98204 348 73 [500] 438 527 [1000] 81  
608 788 907 93007 101 74 343 587 868 821

100242 84 88 383 406 [3000] 608 851 792 101071  
147 72 300 308 418 24 44 536 [1000] 66 72 87 [1000]  
62 692 982 102020 82 124 80 100 [1000] 379 404 41 52  
45 94 103080 [500] 180 280 [1000] 117 258 374  
671 [500] 612 750 67 830 104006 [3000] 117 258 374  
421 43 78 [1000] 528 703 26 42 [3000] 801 13 933  
105081 98 102 485 [1000] 851 70 881 [1000] 98

### 4. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 12. November 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

32 80 99 137 75 90 218 [3000] 98 334 [500] 42  
70 83 484 640 58 788 935 70 1072 440 46 54 576 614  
63 [3000] 2054 89 150 250 466 567 770 864 964 73  
92 [1000] 3032 46 [1000] 215 32 353 95 95 427 37  
88 82 87 619 788 98 808 88 4010 67 287 [500] 380  
768 985 5077 123 69 249 719 80 823 8024 199 [500]  
279 340 409 519 823 790 996 7137 [500] 214 82 428  
732 634 44 8014 17 185 490 613 [1000] 26 636 [1000]  
73 700 79 [500] 81 840 9184 373 580 698 956

10205 89 [500] 488 888 888 11083 211 74 78  
338 829 83 12056 [500] 130 308 339 497 649 788  
95 880 948 [500] 13081 61 [1000] 125 238 340 442  
807 16 24 86 910 14004 46 108 250 489 90 733  
95 98 880 [1000] 985 15100 218 680 864 674 16076  
285 388 435 [3000] 688 85 39 808 839 61 17138 808  
28 50 70 753 838 1817 88 331 [3000] 45 46 [500]  
434 [500] 47 63 882 918 [1000] 51 73 19213 34 63  
344 95 581 673 733 46 889 958 71

20085 81 [500] 114 [1000] 526 748 60 890 611  
21161 299 [500] 52 392 72 412 771 72 88 [500] 888  
933 22093 [1000] 165 [1000] 98 209 328 [1000] 421  
783 828 23032 182 586 602 389 24027 86 114 210  
801 423 53 74 518 47 628 512 14 967 25109 60 219  
81 388 486 615 28 780 98 874 26070 110 230 849 92  
431 622 40 8018 193 212 367 401 6 [1000] 30 38  
641 88 737 84 964 38000 28 204 [1000] 61 [1000] 388  
444 [3000] 622 38187 282 370 448 558 612 34  
905 818 49

40142 80 286 623 701 64 917 41033 49 60 153  
334 448 70 77 509 933 [500] 42007 8 140 362 480  
607 [5000] 47 618 880 500 43078 155 85 231 [500]  
801 44026 42 120 255 318 51 482 87 617 45185  
856 147 704 948 48129 283 317 43 830 855 47203  
253 518 552 87 867 884 903 30 45 48447 588 618  
337 418 552 87 867 884 903 30 45 48447 588 618  
51 788 808 49038 84 87 [500] 157 [500] 350 428 [3000]  
80 533 42 [3000] 95 [500] 770 929 40 72

50088 202 745 880 68 51194 546 47 [1000] 698  
687 930 33 52088 117 [1000] 388 649 861 53094  
81 265 382 475 [500] 631 62 79 818 24 54000 372  
461 521 710 13 78 928 99 58024 78 111 362 302 46  
459 830 43 715 82 907 56018 221 351 581 637 65  
884 [500] 14 57634 107 240 72 412 84 801 712 68  
802 [500] 963 58041 323 629 938 59057 104 57 90  
240 498 558 75 708 38 962

60364 99 454 817 43 57 [500] 82 87 [1000] 607  
808 88 61099 70 98 197 251 395 [3000] 98 [500] 638  
617 815 85 97 999 62052 [500] 70 74 63064 114 [500]  
709 25 [500] 28 50 [1000] 38 617 72 783 815 98  
217 358 [1000] 88 424 538 38 617 72 783 815 98  
64081 402 567 [500] 734 44 98 853 85092 174 240  
81 670 731 853 79 [500] 924 85 67018 [500] 32  
273 459 548 652 781 68 673 852 997 68048 [500]  
62 81 457 838 [500] 43 73 83 852 997 68048 [500]  
73 114 17 319 68 412 27 504 626 80 769 994 915 [500]  
69003 87 383 488

70140 253 59 392 98 483 612 71061 105 332 84  
425 848 [1000] 791 [500] 681 941 72002 [500] 27 288  
370 [3000] 479 646 [500] 59 94 621 44 786 937 73274  
354 73 82 424 46 70 507 88 818 [500] 73 86 739 891  
924 74058 189 339 443 71 950 75021 213 [500] 385  
644 760 808 32 38 74306 188 94 368 408 526 43 692  
714 77084 688 [1000] 701 78934 281 586 620 [500] 38  
79142 83 64 802 63 [1000] 987

80380 42 67 513 73 971 81154 238 59 63 312  
489 73 808 10 48 67 638 49 79 772 924 80 81 82321  
65 83 317 31 83 807 55 93 83053 69 252 304 453 97  
679 706 19 831 [3000] 989 84049 331 466 537 690  
758 [1000] 626 905 6 7 21 85154 309 14 73 824 670 71  
86318 79 413 642 725 [500] 72 87 864 32 87 674 129  
458 920 [3000] 28 [500] 67 849 98 937 88213 985 434  
805 818 38 61 [5000] 89025 71 100 40 66 [500] 352  
631 687 90 762 856 83 935

80124 261 383 79 438 528 883 941 70 91017 201  
40 48 518 38 65 683 992 92081 141 88 86 981 535  
[1000] 66 87 91 605 735 938 [1000] 80 9395 45 149  
201 310 520 601 92 737 [500] 71 882 94028 149 65 679  
782 [3000] 831 63 63 [500] 95140 50 397 721 40 18 69  
974 95067 100 80 229 357 [500] 889 613 730 97022  
[3000] 97 145 208 84 481 508 682 707 65 88 899  
98002 106 242 400 85 825 65 602 721 67 963 99013  
143 67 633 [1000] 715 77

### 4. Ziehung 5. Kl. 1. Preuss.-Süddeutsche (227. Königlich Preuss.) Klassen-Lotterie

Ziehung vom 12. November 1912 nachmittags.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Loss gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

Nur die Gewinne über 240 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigelegt.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

32 80 99 137 75 90 218 [3000] 98 334 [500] 42  
70 83 484 640 58 788 935 70 1072 440 46 54 576 614  
63 [3000] 2054 89 150 250 466 567 770 864 964 73  
92 [1000] 3032 46 [1000] 215 32 353 95 95 427 37  
88 82 87 619 788 98 808 88 4010 67 287 [500] 380  
768 985 5077 123 69 249 719 80 823 8024 199 [500]  
279 340 409 519 823 790 996 7137 [500] 214 82 428  
732 634 44 8014 17 185 490 613 [1000] 26 636 [1000]  
73 700 79 [500] 81 840 9184 373 580 698 956

10205 89 [500] 488 888 888 11083 211 74 78  
338 829 83 12056 [500] 130 308 339 497 649 788  
95 880 948 [500] 13081 61 [1000] 125 238 340 442  
807 16 24 86 910 14004 46 108 250 489 90 733  
95 98 880 [1000] 985 15100 218 680 864 674 16076  
285 388 435 [3000] 688 85 39 808 839 61 17138 808  
28 50 70 753 838 1817 88 331 [3000] 45 46 [500]  
434 [500] 47 63 882 918 [1000] 51 73 19213 34 63  
344 95 581 673 733 46 889 958 71

20085 81 [500] 114 [1000] 526 748 60 890 611  
21161 299 [500] 52 392 72 412 771 72 88 [500] 888  
933 22093 [1000] 165 [1000] 98 209 328 [1000] 421  
783 828 23032 182 586 602 389 24027 86 114 210  
801 423 53 74 518 47 628 512 14 967 25109 60 219  
81 388 486 615 28 780 98 874 26070 110 230 849 92  
431 622 40 8018 193 212 367 401 6 [1000] 30 38  
641 88 737 84 964 38000 28 204 [1000] 61 [1000] 388  
444 [3000] 622 38187 282 370 448 558 612 34  
905 818 49

40142 80 286 623 701 64 917 41033 49 60 153  
334 448 70 77 509 933 [500] 42007 8 140 362 480  
607 [5000] 47 618 880 500 43078 155 85 231 [500]  
801 44026 42 120 255 318 51 482 87 617 45185  
856 147 704 948 48129 283 317 43 830 855 47203  
253 518 552 87 867 884 903 30 45 48447 588 618  
337 418 552 87 867 884 903 30 45 48447 588 618  
51 788 808 49038 84 87 [500] 157 [500] 350 428 [3000]  
80 533 42 [3000] 95 [500] 770 929 40 72

50088 202



Heute Mittwoch, den 13. November: Zahlabend in Groß-Berlin.

Die Wahlen der Arbeitgeber zum Gewerbegericht

finden am Freitag, den 15. November, von nachmittags 3 Uhr bis abends 7 Uhr statt und zwar in den nachstehend angeführten Wahlstellen. Die Liste der freien Arbeitgeber trägt die Bezeichnung

Liste II.

Table with 4 columns: Nr. der Wahlstelle, Umfasst die Stadtbezirke, Wahllokal, Wahlbureau. Lists various districts and their corresponding election locations.

Fürsorge warnen zu sollen. Kindern gehe der Respekt vor Eltern verloren, die ihnen nichts geben. Charlottenburg übertribe. Fr. v. Gierke teilte dann in ihrem Schlusswort mit, daß Vater mit 130 M. Einkommen bei den etwa 1000 in Schulkinderpflege aufgenommenen Kindern Charlottenburgs selten seien.

Es ist vielleicht erlaubt, hier einmal festzustellen, welche Nebenwede dieser „Verein Jugendheim“ nach Fr. v. Gierkes eigenem Geständnis verfolgt. Bei der im Jahre 1910 erfolgten Einweihung des Jugendheimhauses (Charlottenburg, Goethestraße), das als die Zentrale für die Charlottenburger Schulkinderpflege dient, begrüßte Fräulein v. Gierke die anwesende Gattin des Kaisers mit einer überschwänglichen Ansprache.

Die Vergebung der Arbeiten für die Nord-Südbahn beschäftigte die gestrige Sitzung der Tiefbaudeputation. Die Bauverwaltung hatte zunächst nur einen Teil der Tunnelarbeiten öffentlich ausgeschrieben, und zwar den für die nördlichste Strecke, der See- und Müllerstraße. Auf diese Ausschreibung hin hatten 29 Firmen und Gesellschaften Angebote eingereicht.

Partei-Angelegenheiten.

2. Wahlkreis, Friedrichstadt. 8. Abteilung: Mittwoch, den 13. November, bei Birne Augustin, Dronenstr. 108. Zahlabend der gesamten 8. Abteilung. Referat des Genossen Franz Wendel: „Schutzoll und Freihandel“.

Berliner Nachrichten.

Ueber Schulkinderpflege. In der Berliner „Verband der Waisenflegerinnen“ verhandelt. „Schulkinderpflege“ bedeutet eine planmäßig umfassende Fürsorge für diejenigen Schulkinder, die infolge ungünstiger häuslicher Verhältnisse in ihrer Körper- und Geistesentwicklung gefährdet scheinen.

Ueber diesen Zweig der Jugendfürsorge referierte unter Hinweis auf die in Charlottenburg schon bestehenden Einrichtungen Fräulein Anna v. Gierke, Vorsitzende des Charlottenburger „Vereins Jugendheim“.



ihre beliebt. Es dürfte sich wohl noch Gelegenheit bieten, an anderer Stelle den gestrigen Beschluß der Tiefbaudeputation einer Kritik zu unterziehen.

Der Berliner Magistrat als Kläger. Der Magistrat teilt mit: Die „Ostpreussische Zeitung“ hatte am 20. Oktober d. J. in einem Artikel unter der Überschrift: „Freisinnige Fälschung von Wahllisten“ dem Berliner Magistrat die vorläufige Fälschung von Wahllisten zugunsten des Freisinnigen gelegentlich der Reichstagswahl vom Januar d. J. im ersten Berliner Wahlkreise vorgeworfen. Wegen dieser schweren Verleumdung und der offensichtlichen Unwahrheit der Behauptung hat der Magistrat gegen den verantwortlichen Redakteur Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft Königsberg gestellt. Nunmehr hat die „Ostpreussische Zeitung“ unter dem 7. d. M. eine Erklärung veröffentlicht, in der anerkannt wird, daß von Fälschungen der Wahllisten nicht die Rede sein könne, und daß sie den diesbezüglich dem Berliner Magistrat gemachten Vorwurf mit Bedauern zurücknimmt. Außerdem hat der Chefredakteur der „Ostpreussischen Zeitung“ an den Oberbürgermeister ein Schreiben gerichtet, in welchem er gleichfalls seinem tiefen Bedauern über die Veröffentlichung des Artikels Ausdruck gibt; derselbe stelle eine unbegründete Entgeißelung des sonst sachlich und ruhig schreibenden Redakteurs dar, der sich dazu in der Hast der redaktionellen Arbeit habe verleiten lassen. Unter diesen Umständen wird der Magistrat sich demnächst darüber schlüssig machen, ob der Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur der „Ostpreussischen Zeitung“ aufrecht erhalten werden soll.

Die Direktion des Waldhalla-Theaters befindet sich seit einiger Zeit in Zahlungsschwierigkeiten, die so schlimm waren, daß Gläubiger zur Pfändung der zu den Aufführungen benötigten Kostüme gezwungen sind. Das Theater kann seinen Betrieb nicht mehr aufrecht erhalten und es besteht für das Personal die wenig tröstliche Aussicht, vom Dezember ab, also mitten in der Saison brotlos zu werden.

#### Der Verkauf des russischen Fleisches.

Der Magistrat teilt mit: Die jetzige Bitterungslage ermöglicht, daß das russische Fleisch in Warschau von jetzt ab nicht mehr frisch, d. h. unmittelbar nach der Schlachtung verhandelt wird, sondern bis zur Reise hängen bleibt. Dadurch wird vermieden, daß das Fleisch beim Kochen schwer weich wird, wie es bei frisch geschlachtetem Fleisch möglich ist. Nach wie vor gelangt nur Fleisch guter Mittelqualität zum Verkauf.

#### Ein Familiendrama.

hat sich in der Nacht zum Dienstag im Norden der Stadt in dem Hause Wollmer Straße 15 abgepielt. Dort versuchte der 31 Jahre alte Klemperer Willi Falkenberg seine Mutter, die Verwalterin Witwe Dierbach, geb. Falkenberg, und seine Schwester, die 24 Jahre alte Frida Vog, geb. Falkenberg, eine Weisnäherin, die von ihrem Manne getrennt lebte, erst mit Leuchtgas zu vergiften, dann tötete er seine Schwester mit dem Messer und verletzte endlich sich selbst durch Messerschneide und Stiche so schwer, daß er als Polizeigeisfangener nach der Charité gebracht wurde. Frau Dierbach bewohnt seit langer Zeit mit ihrer Tochter Frida und ihrem Sohne Willi im 1. Stock des Vorderhauses drei Stuben und Küche. Eine andere Tochter wohnt mit ihrem Manne in demselben Hause. Die Mutter erwirbt ihren Lebensunterhalt als Verwalterin, die beiden Töchter betreiben gemeinsam in einem Zimmer der mittleren Wohnung eine Käserei. Der Sohn ging früher regelmäßig seinem Berufe nach. In der letzten Zeit aber arbeitete er weniger und besuchte dafür lieber die Kneipe, um zu wetten. In der letzten Zeit verlor er so viel, daß er immer in Geldverlegenheit war. Er hoffte, sich durch weiteres Wetten wieder aufzuhelfen, erreichte aber damit nur, daß er nicht nur sein eigenes Geld auf der Kneipe verlor, sondern auch noch alles das, was er sich von seiner Mutter, seinen Schwestern und seinem Schwager borgte. Endlich kam er soweit, daß er seiner Schwester Frieda 100 M. Ersparnisse stahl und auch diese noch verlor. Das Freiben des Sohnes hatte schon oft zu Familienzwistigkeiten geführt, die auch in der Nachbarschaft schon bekannt waren. Willi Falkenberg beantwortete die Vorhaltungen, die man ihm machte, damit, daß er auch noch durch Verleumdungen Unfrieden zu stiften versuchte. Als Frau Vog Montag nachmittags ihre Ersparnisse nehmen wollte, um für ihre Käsefabrik Einkäufe zu machen, kam es zur Katastrophe. Willi Falkenberg sah, daß sein Diebstahl jetzt entdeckt werden mußte. Er sagte der Schwester, die ihr Geld in einem Spind aufbewahrt hatte, sie brauche gar nicht erst zu suchen, denn er habe es vorläufig an sich genommen. Diese Entdeckung veranlaßte einen Streit, der sich bis in den Abend hinein fortsetzte und in dessen Verlauf Mutter und Schwester Willi Falkenberg unter heftigen Vorwürfen einen gemeinen Dieb nannten und ihm drohten, daß sie ihn bei der Polizei anzeigen werden. Noch ganz verärgert legten sich die beiden Parteien um 11 Uhr schlafen. Der junge Mann in einem Vorderzimmer, Mutter und Tochter im Hinterzimmer. Gegen 1 Uhr erwachte Frau Dierbach und sah im dunklen Zimmer eine weiße Gestalt. Sie zündete Licht an und nahm noch wahr, wie ihr Sohn, nur mit dem Hemde bekleidet, durch das Zimmer ging und sich hinter dem Spind verstecken wollte. Als sie ihn ansprach, erwachte auch ihre Tochter, und beide merkten nun, daß der Hängelampe Gas entströmte. Sie drehten den Hahn zu und öffneten das Fenster, um das Gas abziehen zu lassen. Frau Dierbach wußte bestimmt, daß sie den Hahn der Lampe beim Schlafengehen zugezogen hatte, durchschaute sofort den ruchlosen Plan ihres Sohnes, sie und ihre Tochter umzubringen und sagte es ihm auch auf den Kopf zu. Der Sohn leugnete die Absicht, die ihm die Mutter zuschrieb, sehr entschieden und schalt sie noch, daß sie so unvorsichtig sein könnte, den Hahn nicht besser zu schließen. Frau Dierbach und ihre Tochter dachten nicht daran, daß der Bösewicht, der nach seinem Zimmer zurückkehrte, seinen Plan noch einmal versuchen würde und schliefen bald wieder ein. Umso schrecklicher war das zweite Erwachen der Mutter. Zwei Stunden später hörte sie ein schweres Stöhnen. Als sie wieder Licht machte, sah sie zu ihrem Entsetzen wie ihr Sohn sich über das Bett ihrer ruhenden Tochter beugte. Während sie aufsprang, lief der Sohn davon. Jetzt sah sie ihre Tochter blutüberströmt daliegen. Der Bruder hatte ihr mit einem großen Taschenmesser, einem sogenannten Hirschfänger, die linke Halsseite aufgeschnitten und mehrere Stiche in Arme und Brust versetzt. Die Unglückliche lag schon in den letzten Zügen und starb gleich in den Armen der Mutter an Verblutung, weil der Halschnitt die Schlagader geöffnet hatte. Frau Dierbach schlug Alarm und holte ihren Schwiegersohn aus der Wohnung. Als sie mit ihm zurückkehrte, fanden beide die Küchentür verschlossen und von innen verriegelt. Sie benachrichtigten jetzt unverzüglich die Revierpolizei. Polizeileutnant Döhlert kam mit mehreren Beamten, ließ die Tür aufbrechen und fand Falkenberg in der Küche, die mit Gas angefüllt war, in seinem Hemde abgenommen und sich mit seinem Messer Verletzungen am Hals und an den Handgelenken beigebracht. Weder die Vergiftung noch die Verletzungen erwiesen sich als lebensgefährlich. Nachdem unterdessen Kriminalkommissar Werner, der auf die Nachricht von dem Verbrechen mit Beamten vom Polizeipräsidium gekommen war, mit dem Revierarzt den Befund und den Tatbestand aufgenommen hatte, wurde der Schwiegersohn als Polizeigeisfangener nach der Charité gebracht. Die Leiche der Ermordeten

wurde mit ihrer Umgebung vom Erkennungsdienst photographiert und dann dem Schauhause zugeführt.

Ein blutiges Ehedrama spielte sich gestern abend gegen 10 Uhr in dem Hause Schöneberger Str. 24 ab. Dort erschlug der 34 Jahre alte Kollwitzsche Daad seine 30 jährige Ehefrau Margarethe geb. Bönsch, die ihn infolge Ehezwistigkeiten verlassen hatte und zu ihren Eltern zurückgekehrt war, und verletzete sich darauf selbst sehr schwer durch mehrere Revolvergeschosse. S. wurde als Polizeigeisfangener nach der Charité gebracht, während die Leiche seiner Frau nach dem Schauhause übergeführt wurde.

## Vorort-Nachrichten.

### Lichtenberg.

#### Zur Stadtverordnetenwahl

nahm eine Kommunalwählerversammlung am Sonntag im großen Saale des „Schwarzen Adler“ Stellung. Stadtdr. Dr. Silberstein-Knecht sprach unter großem Beifall der gutbesuchten Versammlung über: „Die Aufgaben der Kommune und die Tätigkeit der Sozialdemokratie in derselben“.

Mit besonderem Interesse nahm die Versammlung Kenntnis von der Tatsache, daß den Wahlrechtsträgern in Lichtenberg der sachverständige Beirat eines der Hauptakteure des Neulöner Wahlrechtstribunals zur Seite gestanden hat. Der frühere Magistratsassessor Dr. Marek aus Neulöbn, jetzt Stadtrat in Lichtenberg, sei hier wie dort der Verteidiger dieser Gewaltpolitik. — In der Diskussion wurde kein Zweifel darüber gelassen, daß die Wähler ernstlich gewillt sind, am Sonntag, den 17., und Montag, den 18. November, eine deutliche Antwort auf die Gewalttätigkeit der bisherigen Majorität zu geben. Auch die neueste Aktion des Magistrats, der pflichtschuldigst den bedrängten Vorwahlen zu Hilfe eilt, fand gebührende Beachtung. Hat doch der Magistrat zu Wahllokalen eine Reihe Restaurationen bestimmt, in denen eine ordentliche Abwicklung der Wahlgeschäfte in den vorgeschriebenen sieben Stunden selbst dann nicht möglich ist, wenn auch nur die Hälfte der in einzelnen bis 1400 Wähler umfassenden Bezirke am Wahllokal erscheinen sollten. Turnhallen, Schulen usw. stehen leer, anscheinend sollen die kleinen Schanträume das Wohlgelude der Wähler unterfüllen.

Die Wahlzeit der zweiten Wählerklasse am Montag endet um 6 Uhr abends. Soll damit erreicht werden, daß die Arbeiterwähler der II. Klasse sich ihr Wahlrecht mit einem Lohnverlust besonders erkaufen müssen? Die Versammlung ließ keinen Zweifel darüber, daß auch diese Hilfsaktion des Magistrats versagen wird.

Die Rathhalgereien der bürgerlichen Parteien oder richtiger der Interessentengruppen wurden in gebührender Weise glossiert. Am Schluß der Versammlung wurde die ernste Mahnung an die Wähler gerichtet, am Sonntag und Montag voll auf ihre Schuldigkeit zu tun. Wer an diesem Tage nicht mit uns ist, ist wider uns. Als Kandidaten der Sozialdemokratie wurden folgende Genossen aufgestellt:

Wilhelm Düwelle, Siegfried Eisenstadt, Oskar Blyke, Theodor Ritter, Wilhelm Köffel, Alfred Linke, Oswald Grauer, Hermann Elias, Artur Preuke, Richard Peterhansel, Fritz Stöber, Gustav Tempel, Oskar Sander, Otto John, Max Ludewig, Franz Kertischer, August Becker, Hugo Dill, Rudolf Ruffert, Adolf Hedert, Otto Günther, Herm. Köhler, Paul Kreising, Otto Glöckner, Otto Jaffe, Gustav Anders, August Aleemann, Moritz Licht, Johann Blum, Oskar Mahnerkopff, Robert Lengner, Gustav Schwenker, Joseph Erbel.

Die Vorarbeiten für die Stadtverordnetenwahlen sind somit getroffen, die kurze Spanne Zeit, die uns nur noch von dem Wahltermin trennt, muß zu reger Agitation für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten ausgenutzt werden. Sorge jeder Wähler dafür, daß der 17. und 18. November ein Siegestag für die Lichtenberger Arbeiterklasse wird.

Die Veröffentlichung des Wahltableaus soll am Sonnabend im „Vorwärts“ erfolgen.

### Charlottenburg.

Charlottenburg im Jahre 1911/12. Nach dem soeben erschienenen, im Statistischen Amt bearbeiteten Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemeindeangelegenheiten, der Stadt Charlottenburg waren von den 234 Hektar des Gemeindegebietes Ende März 1912 730 Hektar bebaut, während 414 Hektar zum unbebauten Bauplan gehörten. Die Bauzeitigkeit ist, besonders was Wohnhäuser betrifft, gegenüber dem Vorjahre erheblich zurückgegangen. Es wurden nur 151 Neubauten gegen 290 im Vorjahre aufgeführt. — Die Einwohnerzahl stellte sich zu Beginn des Berichtsjahres auf 306 897 Seelen und betrug Ende März d. J. 318 488; das bedeutet im Verwaltungsjahre eine Zunahme um 3,78 Proz., welche hauptsächlich durch Wohnzug bedingt ist. — Das finanzielle Ergebnis war, obwohl der Verwaltungsbücherei des Vorjahres nicht erreicht wurde, ein durchaus günstiges; der erzielte Ueberschuß von 1 361 000 M., der in erster Linie auf den erheblichen Mehrertrag des Elektrizitätswerkes in Höhe von 800 000 M. zurückzuführen ist, betrug sich in der durchschnittlichen Höhe der Ueberschüsse der früheren sieben Jahre. Von den städtischen Betrieben brachte das Gaswerk einen Reingewinn von rund 2 600 000 M., das Elektrizitätswerk fast 2 Millionen Mark und das Wasserwerk gegen 200 000 M. — Die Anleihschulden der Stadtgemeinde betragen 143 363 417 M., wovon auf gewinnbringende Unternehmungen (Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk) 50 Mill. Mark, auf rentable oder durch Interessenten verzinsten Unternehmungen 14,4 Millionen Mark, auf das Opernhaus 5,3 Millionen Mark und auf nicht rentable Unternehmungen 73,5 Millionen Mark entfallen. — Den Kammereischulden im Betrage von 162 Millionen Mark stehen ein Kammereivermögen von 200 Millionen und über 6 Millionen Mark Ertragsvermögen gegenüber. — Im Eigentum der Stadtgemeinde standen am Schluß des Berichtsjahres 97 bebaut und 69 unbebaute Grundstücke mit einer Gesamtfläche von 14 814 958 Quadratmeter im Werte von 120 918 100 M. Der Gesamtflächeninhalt der städtischen Gartenanlagen betrug 2 450 115 Quadratmeter, für deren Unterhaltung fast 350 000 M. verausgabt wurden. — Von den fertiggestellten Neubauten ist vor allem die prächtige Gemeindeparkschule Bismarckstraße — Neues Ufer zu nennen. Das gesamte Schulwesen der Stadt erforderte einen Kostenaufwand von fast 4 Millionen Mark. — Der Bücherbestand der Volkshochschule wurde um 4484 Bände auf 41 578 vermehrt; die drei Lesehallen wurden von mehr als 200 000 Personen besucht, während die Ausleihstellen über 300 000 Ausleihungen boten. — Einen breiten Raum nimmt in dem Bericht das Kapitel „Soziale Fürsorge“ ein. Zum erstenmal findet sich darin ein Abschnitt über die neu eingeführte Wohnungsaufsicht. Nicht weniger als 5561 Wohnungsbefestigungen wurden im Berichtsjahre von dem Wohnungsamte ausgeführt. Die öffentliche Armenpflege beanspruchte eine Ausgabe von 1 843 300 M., d. h. pro Kopf der Bevölkerung 5,93 M. (1910 5,83 M.). In der Armen-Krankenfürsorge trat im Gegenjahre zu dem gesundheitlich sehr günstigen Vorjahre eine Steigerung der Tätigkeit der Stadtdärge ein, hervorgerufen nicht nur durch die extremen Temperaturen des Jahres und eine Reihe von Epidemien sondern auch durch die Fleisch- und Milchverurteilung, sowie die ungewöhnliche Preissteigerung für Gemüse und Kartoffeln, welche bei schon Verarmten die bestehende Mangel- und Unterernährung so steigerten, daß ärztliche Hilfe häufiger in Anspruch genommen werden mußte. — Eine nicht unerhebliche Steigerung erfuhr auch der Besuch in der städti-

chen Fürsorge für Lungenkranke, in der über 4000 Personen neu untersucht wurden und die einen Kostenaufwand von mehr als 33 000 M. verursachte. — Auch die Säuglingsfürsorge hat sich durchaus befriedigend weiterentwickelt, und die Ausdehnung der Fürsorge auf die Kleinkinder hat sich 1911 glänzend bewährt. Es wurden 4389 Kinder behandelt, die Kosten betragen 154 139 M., über 30 000 Mark mehr als im Vorjahre.

### Schöneberg.

Am Freitag, den 15. November d. J., abends 8 1/2 Uhr, ist vom Bildungsausschuß in den „Neuen Rathshäusern“ ein Vortragabend mit dem Thema: „Gasproduktion und Gasberwertung“ arrangiert. Herr Betriebsingenieur Rommsen wird unter Vorführung von Apparaten und Verbrauchsgegenständen in diese Materie einweisen.

### Friedrichshagen.

Aus der Gemeindevertretung. Da in dem letzten Bericht des Schulrates auf die mangelhafte Beleuchtung der Gemeindegemeinschaft hingewiesen war, lag der Vertretung ein Antrag vor, sämtliche Klassen der Gemeindegemeinschaft mit Gasbeleuchtung zu versehen. Die Kosten von etwa 4000 M. wurden bewilligt. — Vor einiger Zeit hat die Gemeinde das Grundstück Köpenicker Str. 9 angekauft, um die Wilhelmstraße an dieser Stelle durchzulegen. Der Gemeindevorstand empfahl, vorläufig nur einen Fußweg herzustellen; der Betrag von 800 M. für diesen Zweck wurde bewilligt. — Eine längere Debatte entstand bei dem Antrag der Verkehrsdeputation, im Kurpark Tennisplätze anzulegen. Bei dieser Gelegenheit wurde von bürgerlicher Seite darauf hingewiesen, daß viele Arbeiten zum Teil als Notstandsarbeiten ausgeführt werden könnten. Genosse Tarnow wandte sich gegen eine derartige Verwendung des Geldes, welches für die Arbeitslosenfürsorge bestimmt ist. Da es sich in diesem Falle um eine ganz reguläre Arbeit handelt, ersuchte er, den Fonds für Notstandsarbeiten nicht in Mitleidenschaft zu ziehen. Bürgermeister Dr. Stiller glaubte hierbei feststellen zu müssen, daß unsere Arbeitslosenfürsorge nicht so aufzulösen sei, als wenn wir die Unterstützung in Bar ausbezahlen, sondern, daß es in erster Linie darauf ankomme, Arbeitslose mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Erst wenn keine Arbeitsbeschäftigung vorhanden sei, erhielten die Arbeitslosen nach sechs Wochen eine Unterstützung in Bargeld als Darlehen. Die bürgerlichen Vertreter Walter und Moldenhauer unterstützten den Bürgermeisters Ansicht und erklärten weiter, daß ein Teil von den Arbeitslosen sich erst gar nicht melde, weil sie Angst hätten, eventuell mit Notstandsarbeiten beschäftigt zu werden. Genosse Wieke wies diese Behauptungen gegen die Arbeiterschaft ganz entschieden zurück und gab der Forderung Ausdruck, daß auch in Friedrichshagen bald der Zeitpunkt eintreten werde, wo eine Arbeitslosenversicherung eingeführt sei; bei der nächsten Stadtberatung werde die sozialdemokratische Fraktion mit dementsprechenden Vorschlägen kommen. Nach dieser Auseinandersetzung wurde der Antrag auf Errichtung von drei Tennisplätzen im Kurpark hinter der Musikhalle angenommen. Zum Schluß fand noch eine Ortspolizeiverordnung betreffend Kraftdrohnen Annahme.

### Nieder-Schönhausen.

Die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse finden am 19. November statt. Zu wählen sind 70 Delegierte. Um eine vollständige Liste aufstellen zu können, ersuchen wir die Kollegen in den Vereinen zu der Wahl Stellung zu nehmen und Vorschläge bis spätestens Sonnabend, den 16. November, an den Obmann der Gewerkschafts-Unterkommission, Genossen Gütig, Pantow, Linzstr. 35, gelangen zu lassen. Gewerkschafts-Unterkommission Pantow-Nieder-Schönhausen.

### Potsdam.

Aus der Stadtverordnetenversammlung. Seit etwa dreieinhalb Jahren beschäftigt man sich mit der Neuorganisation der gewerblichen Fortbildungsschule. In der letzten Sitzung gelangte diese Vorlage zum Abschluß. Entsprechend der Magistratsvorlage sollen zwei neue Hauptlehrer angestellt werden. Der Unterricht soll 6-7 malen wöchentlich mit Ausnahme des Sonnabends bis abends 8 Uhr stattfinden. Der Sonntagsunterricht soll beibehalten und auf zwei Stunden festgelegt werden. Dem Handwerk muß gebührend werden, diesmal auf Kosten der Lehrlinge, die bisher nur bis 7 Uhr abends Unterricht hatten. Alle Bemühungen des Magistrats, den Sonntagsunterricht auf Wochentage zu verlegen, scheiterten. Allerdings prüft dem Magistrat als zuständiger Behörde das Recht zu, die Stunden so zu legen, wie er es für angebracht findet. Da man aber nicht gern mit den Handwerksmeistern in Feindschaft leben möchte, so sollen deren Wünsche berücksichtigt werden. Um die Schlagfertigkeit unserer Berufsfeuerwehr zu erhöhen, soll eine Automobil-Motorprize mit eingebauter Rundlaufpumpe zum Preise von 25 000 M. angeschafft werden. Die Leipziger Straße ist vor den Grundstücken 1-6 und 25 verbreitert worden. Die Kosten in Höhe von 23 802,86 Mark sollen mit 19 674,25 M. durch Anliegerbeiträge aufgebracht werden, während der Rest von 4138,61 M. von der Stadtkasse übernommen wird. Die interessierten Grundstücksbesitzer müssen pro laufenden Meter Straßenfront 25 M. zahlen. Für die Errichtung einer Wald-erholungsstätte für Kinder werden 40 000 M. aus Sparkassenüberschüssen bereitgestellt, nachdem der Stadtv. Bernhard bewilligt hatte, daß eine Kindererholungsstätte eine Notwendigkeit ist. Herr Bernhard muß das ja wissen, er ist bei früheren Gelegenheiten auch schon der Ansicht gewesen, daß für die Armen zu viel getan wird.

Bei der am Sonntag stattgefundenen Wahl der Vermögensmänner zur Angestelltenversicherung wurden 425 gültige Stimmen abgegeben, von denen auf die Freie Vereinigung 114 (27 Vertreter) und auf den Hauptauschuß 311 (7 Vertreter) entfielen. Über 240 weibliche Angestellte übten hierbei ihr Wahlrecht aus.

Der Verkauf ausländischen Fleisches soll hier am Donnerstag beginnen. Nachdem der Magistrat mit den Schlächtermestern eine Einigung erzielt haben konnte, soll der Verkauf in städtische Hände übernommen und zu diesem Zweck im Hause Brauerstr. 8 ein Laden eingerichtet werden. Der Magistrat wollte den Schlächtermestern den Verkauf nur dann übertragen, wenn sie das Risiko übernehmen, denn bei dem kürzlich stattgefundenen billigen Fleischverkauf hat die Stadt etwa 15 Proz. Defizit gehabt; letzteres soll dadurch entfallen sein, daß die Schlächtermester mitunter Leuten, die 3 Pfund Fleisch für 1/2 Pfund und noch mehr verabsolgt. Dies entspricht eigentlich sonst nicht der Gewohnheit der Schlächtermester. Den Schlächtermestern ist ein Angebot gemacht worden, daß sie 15 Proz. Aufschlag auf den Einkaufswert erhalten sollten, was bei einem Rinde etwa 30 M. und bei einem 2 Zentner schweren Schweine 20 M. Gewinn ausmachen würde.

### Sitzungstage von Stadt- und Gemeindevertretungen.

Lichtenberg. Am Donnerstag, den 14., abends 6 Uhr, in der höchsten Mädchenschule, Rathausstraße.

Adlershof. Donnerstag, den 14., abends 6 1/2 Uhr, im Sitzungssaal des Gemeindeamts, Bismarckstr. 1. Tagesordnung: „Die Maßnahmen gegen die Leuzerung.“

Mariendorf. Donnerstag, den 14., im Rathaus-Sitzungssaal, Kaiserstraße.

Tempelhof. Donnerstag, den 14., nachm. 5 Uhr, im Gemeindegemeinschaftssaal, Dorfstr. 42.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindeangehörige ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Aus aller Welt.

### Der „Saberbecher von Letzlingen“.

Daß der deutsche Kronprinz über außergewöhnliche Fähigkeiten verfügt, ist weltbekannt, angehts seiner Stellung auch ganz selbstverständlich. Seine Tüchtigkeit im Tennis, Golf- und Polospiel, seine rednerischen Erfolge im Kampfe gegen die Sozialdemokratie, seine Ruhmestaten und Jagdabenteuer anlässlich seiner Orientreise, seine Wirksamkeit in Deutschen Reichstagen, seine Leistungen als



Reifschiffsteller, seine Erfindung auf dem Gebiete der Rauschmittelknöpfe sind hinreichend bekannt. Eine weitere besondere Eigenschaft des deutschen Kronprinzen dürfte dagegen unseren Lesern bis dahin fremd gewesen sein, nämlich die Kunst des Kronprinzgen, einen Becher zu leeren, ohne sich zu — befahbern. Der „Anzeiger für Ernter“ weiß darüber folgendes zu berichten: Zur Erhöhung der lustigen Stimmung der Jagdgesellschaft Wilhelm II. im Jagdschloß Zeppelinge trägt stets der „Sabbertbecher von Zeppelinge“ bei, der zwischen der Gabel eines mächtigen Hirschkopfes so befestigt ist, daß er nur durch Drängen des Gesichtes durch die Gabeln mit den Lippen erreicht werden kann. Es ist das ein Kunststück zu nennen, denn die meisten Jagdgäste berühren den Rand kaum, so daß sie sich beim Trinken — befahbern. Sobald der Moment des Befahberns aber eingetreten, erfolgt ein bestimmtes Hallo! der Jagdgesellschaft. Diesem Spott unterliegen, wie das Blatt freudestrahelnd mitteilt, zwei Männer nicht, der Junker Otto v. Bismarck und der jetzige Kronprinz des Deutschen Reiches. Beiden gelang das Kunststück, den Becher zu leeren, ohne sich zu — befahbern.

Ein gutes Omen! Nachdem auch der Kronprinz den „Sabbertbecher“ bezwungen, darf wohl kein Zweifel mehr auskommen, daß Deutschland auch mit seinem Kronprinzen in der Welt vorangeht.

### Ein Gegner der Flugkunst.

Im Kampfe mit einer großen Dogge standen am Dienstag zwei Flieger, die auf einer Nummer-Laube vom Militärflugplatz Döberitz landeten. Als die Nummer-Laube mit Leutnant Jolly und einem Passagier herabging, stürzte sich eine große Dogge auf den Flugapparat. Sie wurde jedoch von dem Propeller erfaßt und in weitem Bogen zur Seite geschleudert. Hierbei brach ein Arm des Propellers ab. Leutnant Jolly und sein Begleiter blieben beide unversehrt.

### Des Zaren Gnade.

Wie wir vor kurzem berichteten, war vom Moskauer Militärgericht ein Soldat zu lebenslänglicher Zwangsarbeit verurteilt worden, weil er es gewagt hatte, bei einer Parade aus der Front zu treten, um dem Zaren ein Wittgeß zu überreichen. Dieses wahnsinnige Urteil ist jetzt durch einen besonderen Gnadenbefehl des Zaren aufgehoben worden. Nicht etwa, weil das Urteil jeder Empfindung Hohn spricht, wurde es korrigiert — der Zar sieht noch heute in dem bittenden Soldaten einen schweren Verbrecher — sondern weil der Thronfolger von einem Unfall gesündigt, gab Nikolaus dem zu lebenslänglicher Zwangsarbeit Verurteilten die Freiheit wieder. Der Erlass lautet: Reinen Dank für Gottes Gnade ausdrückend, welche dem Thronfolger Gerechtigkeit geschenkt hat, verzeihe ich dem Gemeinen Sacharin sein schweres Vergehen.

Welch eine Selbstironie: ein schweres Vergehen ist es, wenn ein Soldat noch den Glauben hat, der Herrscher werde eine Bitte um Gerechtigkeit erfüllen.

### Hebung des Geistes der Mannschaft?

Oesterreich steht vor dem Drieß, der leicht auf ein Krieg um seine Existenz werden könnte. Wie da die Mannschaft vorbereitet wird zum Einlag der höchsten Kraft, schildert ein Bericht aus der niederösterreichischen Kavalleriegarnison Wiener-Neustadt. Dort gab der Oberleutnant plötzlich den Befehl, alle Soldaten ganz kurz zu schneiden. (In Niederösterreich heißt man die Bauern schon immer spottend „Die Scherren“.) Die Soldaten, die zum Teil kurz genug geschoren waren, zum Teil auf Urlaub gehen sollten, waren über die ihnen angeordnete und sogar von einem Oberleutnant (!) ganz ungeschickt und schmerzhaft ausgeführte Veranstaltung recht unglücklich und einer wehrte sich so heftig, daß ihn ein Unteroffizier an eine Säule fesseln sollte. Der Unteroffizier weigerte sich, das zu tun und schließlich marschierte er zurück zum Obersten, um ihm diese ganze schmachvolle Schinderei vorzutragen. Der Oberst bestrafte alle die Widerspenstlichen zwar mit mehrwöchigen Arreststrafen, legte sie aber bald wieder in Freiheit. Bei uns hätte es vielleicht ein paar Jahre Festung gegeben und für die Soldatenquäler je zehn Tage gelinden...

### Ein geistlicher Jugenderzieher.

Vor der Strafkammer des Gerichts zu Zabern i. El. stand der 39jährige Pfarrer Kraus aus Lützelburg wegen Verleumdung und Mißhandlung eines zwölfjährigen Mädchens, das eine Religionsstunde verläumdet hatte. Zur Strafe ließ der Angeklagte anderntags das Mädchen während einer ganzen Unterrichtsstunde auf den Steinplatten der Kirche, in welcher der Religionsunterricht abgehalten wurde, niederknien — seine gewohnte Züchtigungsmethode — und verlegte ihm dann mit einem daumendicken Haselnußstock zehn bis zwölf tüchtige Hiebe über die linke Schulter, so daß diese nach der Angabe des Vaters grün und blau ansah. Acht Tage lang konnte das Kind den Arm nicht gebrauchen. — Einige Tage darauf ließ der Herr Pfarrer in der Religionsstunde in der Kirche vor den etwa dreißig Schülern und Schülerinnen sich in folgender Weise aus: „Da wohnt ein rechtes Lumpenpaar, ein Lumpenpaar in Lützelburg; wenn man sie anrührt, laufen sie gleich zum Gendarm und zeigen ihm den blauen A...“ (sic!) Diese Sitten lernt Dein Vater von den guten Zeitungen.“ Das Mädchen mußte während dieser Stunde wieder auf den Steinplatten knien. — Wegen Mißhandlung beantragte der Staatsanwalt 100 M. Geldstrafe, da dem Pfarrer als Religionslehrer kein Züchtigungsrecht zusteht. Es liege eine durch nichts berechtigte, brutale Mißhandlung eines schwachen Kindes vor. Das Urteil lautete auf 50 M.

Den Lützelburgern kann man zu einem so trefflichen Seelsorger gratulieren, wenn der Herr Pfarrer auch keine allzu große Meinung von seinen christlichen Schafen hat.

### Kleine Notizen.

Ein Substanzreich. In einer Klasse der Mädchenschule in der Schießwerderstraße in Breslau wurde von einem Unbekannten durch ein offenes Fenster ein Schuß abgegeben, der ein Mädchen am Auge schwer verletzte. Schweres Bauunglück. In einem Neubau im 20. Bezirk in Wien stürzte am Dienstag die Decke des dritten Stockwerkes ein. Die Trümmer durchschlugen die Decken der unteren Stockwerke, wobei fünf Arbeiter verunglückt wurden. Zwei der Verunglückten sind tot. Zur Eisenbahnkatastrophe in Nordamerika. Aus New Orleans wird berichtet, daß bei dem Zugzusammenstoß bei Jafoto an der Mississippiabahn bisher 19 Tote und mehr als neunzig Verwundete aus den Trümmern befreit werden konnten. Nach dem Zusammenstoß geriet der Personenzug in Brand. Unwetter in Annam. Wie ein Telegramm aus Saigon meldet, hat ein Taifun an der Küste von Annam, besonders in Nhatrang beträchtlichen Schaden angerichtet. Dreißig Personen sind dabei umgekommen; zahlreiche Häuser sind eingestürzt.

### Witterungsübersicht vom 12. November 1912.

| Stationen    | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. 5 u. 10 Uhr | Stationen  | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. u. G. 5 u. 10 Uhr |
|--------------|-------------------|--------------|------------|--------|-------------------------|------------|-------------------|--------------|------------|--------|-------------------------|
| Stolpen      | 741.0             | 2            | Wolflig    | 1      | 4                       | Saparanda  | 758.0             | 4            | Schnee     | —      | —                       |
| Damberg      | 739.0             | 2            | bedeckt    | 1      | 3                       | Petersburg | 757.30            | 3            | Nebel      | 0      | 0                       |
| Berlin       | 740.20            | 3            | Wolflig    | 2      | 3                       | Scilly     | 757.90            | 3            | Wolflig    | 8      | 8                       |
| Kranke a. R. | 738.80            | 3            | Regen      | 2      | 3                       | Aberdeen   | 751.90            | 3            | Wolflig    | 4      | 4                       |
| München      | 742.30            | 4            | Wolflig    | 2      | 3                       | Paris      | 747.90            | 4            | heiter     | 4      | 8                       |
| Wien         | 743.80            | 2            | Schnee     | 2      | 3                       |            |                   |              |            |        |                         |

### Weiterprognose für Mittwoch, den 13. November 1912.

Nächtliche auflockernd, vormittags trübe und etwas neblig mit geringeren Niederschlägen und ziemlich heftigen nördlichen Winden.

### Wasserstands-Nachrichten

| Wasserstand      | am 11.11. |     | am 10.11. |     |
|------------------|-----------|-----|-----------|-----|
|                  | cm        | cm  | cm        | cm  |
| Remel, Elbst.    | 207       | -7  | 152       | +10 |
| Regel, Ankerburg | -1        | +12 | 65        | +5  |
| Wesjel, Thorn    | 182       | -14 | 60        | +10 |
| Dier, Kahlhor    | 250       | +61 | 88        | -22 |
| Strossen         | 196       | -3  | 86        | +2  |
| Frankfurt        | 196       | -6  | 310       | +43 |
| Barthe, Schönm.  | 62        | +4  | 378       | 0   |
| Landenberg       | 15        | +1  | 446       | +20 |
| Rehe, Borsdamm   | 3         | +3  | 339       | -12 |
| Elbe, Lehmig     | 6         | +4  | 272       | -12 |
| Dresden          | -96       | -6  | 114       | +19 |
| Barth            | 193       | -1  | 195       | +7  |
| Ragdeburg        | 152       | +2  | 91        | -5  |

+) + bedeutet Hoch, — Fall, —) Unterpegel.

# Theater und Vergnügungen

Mittwoch, 13. November 1912.

**Anfang 7 1/2 Uhr.**  
Berliner, Koble und Liebe. Theater am Kolonnenplatz. Schneewittchen.  
**Anfang 7 Uhr.**  
Kgl. Opernhaus, Hofopern.  
**Anfang 7 1/2 Uhr.**  
Königl. Schauspielhaus. Ein Höllelement. Deutsches. König Heinrich IV. 1. Teil. Zirkus Albert Schumann. Gala-Vorstellung. Zirkus Busch. Gala-Vorstellung.

**Anfang 8 Uhr.**  
Urania. Taubenstraße 48/49. Die wichtigsten Kulturpflanzen der Weltwirtschaft. Mit dem Zeppelin-Luftschiff von Spill nach Hamburg. Spiel: Dr. W. Berndt: Die Natur als Lehrmeisterin. Kammermusik. Rein Freund Teddy. Festung. Einmalen Menschen. Deutsches Opernhaus. Fabelle. Retines. Michael Kramer. Königgräzter Straße. Die fünf Frankfurter. Schiller O. Die Kinder der Exzellenz. Saal des Charlottenburg. Im weißen Röhl. Berliner. Filmzauber. Residenz. Gemütsmenschen. Komödienhaus. Die Generalde. Deutsches Schauspielhaus. Der gültigste Prod. Thalia. Autolichth. Theater am Kolonnenplatz. Orpheus in der Unterwelt. Lurhulen-Ober. Der schreiende Troll. Der Prinz Kahl. Montis Operetten. Der Frauenreffer. Luiten. Der Walzerkönig. Wofe. Deutsch-Amerikaner. Metropol. Chauffeur — ins Metropol. Trianon. Liebesbarometer. Herrnsfeld. Die Alpenbrüder. Endlich allein. Casino. Der Großfürst. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Spezialitäten. Vossage. Spezialitäten. Reichshallen. Die Nacht der Töne.

**Anfang 8 1/2 Uhr.**  
Friedr. Wilh. Schauspielhaus. Grigol. Lustspielhaus. Rein aller Herr. Folles Caprice. Der teufliche Joseph. Der Rehbod. Königshadt-Kaffee. Spezialitäten.  
**Anfang 8 1/2 Uhr.**  
Neues Volkstheater. Die Doppelgänger-Komödie.  
**Anfang 10 Uhr.**  
Admiralspalast. Glöckel: Bonome. Sternwarte. Invalidenstr. 57-62.  
Montis Operetten-Theater (früher Neues Theater) abends 8 Uhr: Der Frauenreffer.

**Schiller-Theater O. Bismarck-Theater.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.  
Freitag, abends 8 Uhr: Flachsmann als Erzieher.  
**Schiller-Theater Charlottenburg.**  
Mittwoch, abends 8 Uhr: Im weißen Röhl.  
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Kinder der Exzellenz.  
Freitag, abends 8 Uhr: Zur Feier von Gerhart Hauptmanns 50. Geburtstag. Zum ersten Male: Elga. Vorher: Die Geschwister.

**Berliner Theater.**  
8 Uhr:  
Filmzauber.  
**Theater in der Königgräzter Straße**  
8 Uhr: Die fünf Frankfurter.  
**Deutsches Schauspielhaus**  
8 Uhr: Der gültigste Prod.  
**Residenz-Theater.**  
8 Uhr: 8 Uhr:  
Gemütsmenschen.  
Schwank in 3 Akten von Fritz Friedmann-Frederich. Donnerstag, den 14. November, zum 1. Male: Prinzenerziehung.  
**Theater am Kolonnenplatz**  
(Neues Schauspielhaus). Täglich abends 8 Uhr: Gastspiel des Münchener Künstlertheaters. Orpheus in der Unterwelt. Jeden Mittwoch u. Sonnabend 8 1/2 Uhr: Schneewittchen.

**Luisen-Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der Walzerkönig.**  
Donnerstag: Des andern Ehre. Freitag: Des andern Ehre.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Abends 8 Uhr:  
Deutsch-Amerikaner.  
Lebensbild mit Gesang in fünf Akten von Göta Berger. Donnerstag: Die größte Sünde.

**Reichshallen-Theater**  
Stettiner Sänger. Die Macht der Töne.  
Abends 8 Uhr:  
Sonntag-nachmittag 3 Uhr: Der Kompagnieball.

**„Clou“ :: Berliner ::**  
Konzertthaus  
Mauerstraße 82. — Zimmerstraße 90/91.  
Heute: **Doppel-Konzert!**  
Berliner Konzerthausorchester, Dir. Frz. v. Blon, Komponist. Musik. 2. Garde-Regiments z. F. Dirigent Oberm. Graf. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. Freitag, den 15. cr.: Großer Wohltätigkeits-Monsterkonzert-Abend zum Besten der Reichsfliegerstiftung. 6 Kapellen. Mitwirk. erster Bühnenkünstler. Vorverkauf-Gedenkmünzen à 2,50 im Clou zu haben! Abonnements u. Passepart. haben keine Gültigkeit!

**Urania**  
Taubenstraße 48/49.  
Wissenschaftliches Theater.  
Abends 8 Uhr:  
Die wichtigsten Kulturpflanzen der Weltwirtschaft. Mit dem Zeppelin-Luftschiff von Syll nach Hamburg. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Die Natur als Technikerin.

**Metropol-Theater.**  
Abends 8 Uhr: Rauchen gestattet. **Chauffeur — ins Metropol!**  
Große Jahresrevue mit Gesang und Tanz in 10 Bildern von J. Freund, Musik v. Rud. Kellner. Länge arrang. von Wil. Bishop. In Szene gesetzt vom Direktor H. Schülz.

**Folies Caprice.**  
Zum 74. Male  
Die drei Schlager:  
Der teufliche Joseph.  
Der Rehbod.  
Der Einbrecher.

**KKK Lichtspiele**  
Passage-Theater  
Unter den Linden.  
Neu eröffnet.  
Das hochinteressante Programm enthält Dramen, humoristische Szenen, Naturaufnahmen, wissenschaftl. Filme sowohl Kinematokolor (naturfarbig) wie auch schwarz-weiß.  
Jeden Sonnabend Programmwechsel.  
Anfang wochentags 4 Uhr, Sonntags 3 Uhr.  
Preise der Plätze von 50 Pf. an.

**Apollo Theater**  
Ab 8 Uhr.  
Nie dagewesener Erfolg des neuen Programms!  
12 große Attraktionen! Ganz Berlin spricht von M. Bendix und E. Schnabel als Droschkenkutscher u. Fiaker.  
**Voigt-Theater.**  
Gehlsbudenweg 58.  
Mittwoch, den 13. November 1912:  
**Zapfenstreich.**  
Sitten-drama in 5 Akten von Adam Beyerlein.  
Raffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr.

**Zirkus Albert Schumann.**  
Heute Mittwoch, 13. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Große Sport-Vorstellung mit einzig dastehendem Weltstadtprogramm.  
Um 9 1/2 Uhr:  
Der unsichtbare Mensch.  
Vier Bilder aus Indien.  
Der Clou der Saison!

**Herrnsfeld Theater**  
8 Uhr:  
Die mit beispiellosem Lacherfolge aufgenommene Novität  
**Die Alpenbrüder.**  
10 Uhr:  
Endlich allein!  
Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld in den Hauptrollen.  
Vorverkauf 11-2 (Theaterkasse).

**Theater Königstadt-Casino.**  
Holtenauerstraße 72.  
1. Min. v. Rahn. Rannowbrüde.  
Tägl. abends 8, Sonnt. 5 1/2 Uhr:  
8 erstklassige Spezialitäten und Kalt gestellt oder: Fehlgelassen.

**Humor-Quartett**  
Gg. Treuer Kastanienallee 48

**Passage-Panoptikum**  
Das größte Naturwunder!  
Die HEILIGE WEISSE NEGERIN und ihre schwarze Priester-Schwester.  
Beide lebend ohne Extra-Entree zu sehen.

**Zirkus Busch.**  
Heute Mittwoch, 13. November, abends 7 1/2 Uhr:  
Neu! Kapit. Spaulding.  
Die Experimente geschehen nicht vor den Augen des Publikums und ist jede Täuschung ausgeschlossen. Neu! Albas Kapi-Drachtselbfahrt. Neu! Die unvorgl. Tourbillons. Präkulein Martha Mohrke, Schulleiterin auf „Goldbird“, sowie das große Galaprogramm.  
Zum Schluß: Unter Gorillas.

**Casino-Theater**  
Pothringer Str. 37. Täglich 8 Uhr: Das sensation. November-Programm  
Robert Neemann.  
Berlins Lieblingshumorist mit neuen Schlägern. Wiesen-Vacherfolg des lustigen Der Großfürst.  
Sonntag 4 Uhr: O diese Männer!

**Germania-Prachtsäle**  
N., Chausseest. 110. K. Richter.  
Heute Mittwoch:  
Paul Mantheys  
lustige Sänger.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf.  
Nachdem Freitanz. — Vorzugsarten gelten. — Jeden Donnerstag: Gr. Militär-Streich-Konzert anschließend Familienkränzchen.

**Trianon-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Liebesbarometer.

**Admiralspalast**  
am Bahnhof Friedrichstraße, Eispalast.  
Einzig in der Welt mit solchem prunkvollen Eishallens.  
Allabendlich das sensationelle Eishallens „Yvonne“  
100 Mitwirkende. Fabelhafte Ausstattung!  
Die kleine Charlotte. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends halbe Kassenspreise.  
Restaurant I. Ranges! Wein- und Bier-Abteilung.

Für den Inhalt der Quierare übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.



